

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Dentsch-Strasse 2.

Sonnabend, den 11. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Dentsch-Strasse 3.

Reichsschulden und Zentrum.

Vor ein paar Jahren fühlte sich das Zentrum mit einem Male berufen, eine Reichsfinanz-Reform in Angriff zu nehmen — nicht die des Herrn Miquel, die 100 Millionen neuer Steuern für unbedingt nötig hielt, und auch nicht die des Grafen Posadowsky, der sich mit 60 Millionen bescheiden wollte, sondern eben die Finanzreform des Zentrums.

Damals kludete das Zentrum vor allem auf dem Gebiete der Anleihen eine neue Ära bürgerlicher solider Grundzüge an, nachdem besonders die Kartellparteien zur Zeit ihrer Herrschaft sich als flotte Schuldenmacher leichtfertiger Art entpuppt hatten. Bei der Eröffnung des Reichstages im Winter 1895 betonte Herr Fröhen als Staatsredner, es sei nachgerade Zeit, ernstlich der Schuldentilgung näher zu treten.

Am 21. März erinnerte Herr Fröhen sogar an das 25 jährige Jubiläum des deutschen Reichstages, um dem zur Beratung stehenden Zentrumsantrag die richtige Folie zu geben. 25 Jahre hatten die Reichsdeutschen in schweren Finanzjahren auf ihren Messias warten müssen, nun sollte die Schuldenlast von ihnen genommen werden.

Wenn der Herr Abgeordnete Graf Limburg-Stirum gemeint hat, daß der Gedanke, die Parlamente wären nicht geeignet, die Sparsamkeit zu wahren, immer mehr um sich greifen werde — so glaube ich, im Anschluß an diesen jetzigen Reichstag kann ein solcher Gedanke garnicht um sich greifen. Dieser Gedanke konnte um sich greifen in einer Zeit von 1887 bis 1890, als der Reichstag ganz anders wirtschaftete als wir jetzt, und da hat er allerdings in weiterem Maße um sich gegriffen.

Das war Ende März 1896. Wenn die Erwartung, die jetzt die Limburg-Stirum an die Rede des Herrn Dr. Lieber knüpfen, sich im nächsten März erfüllen wird, dann dürfte das Urtheil über die Zentrumspolitik selbst seitens ihrer Befürworter etwas kleinlauter ausfallen.

Der vorliegende Etatsentwurf für 1898 sieht einen Anleihebedarf von 55,6 Millionen Mark vor. Ein neuer Gesetzentwurf stellt allerdings gewisse Summen zur Verminderung der Reichsschuld bereit, falls nämlich 1898 die Ueberweisungen an die Einzelstaaten infolge größerer Ergiebigkeit der Steuerquellen die Matrikularbeiträge übersteigen sollten.

Dieser jetzige Reichstag fängt also, wenn er die Marineforderungen und die Anleihe von 55,6 Millionen bewilligt, trotz Herrn Dr. Wachen auch bereits zu wirtschaften an wie der Reichstag von 1887 bis 1890; anstatt „ernstlich“ Schulden zu tilgen, legt er sich an die Schuldenmacher, obwohl unsere herrin erreichte Höhe bereits recht großmächtig ansteht.

Als zum Jahre 1875 machte man zum ersten Male eine Anleihe und zwar in erster Reihe für die Marine. Sie beschränkte sich noch auf den bescheidenen Bedarf von 10 Millionen Mark und war sogar 1878 erst etatsmäßig verwendet.

mehrung der Wehtrakt, für Erweiterung der Festungen verwendet worden.

Im Jahre 1875 machte man zum ersten Male eine Anleihe und zwar in erster Reihe für die Marine. Sie beschränkte sich noch auf den bescheidenen Bedarf von 10 Millionen Mark und war sogar 1878 erst etatsmäßig verwendet.

Table with 2 columns: Description of military and naval expenses, and Amount in Million Marks (Mia. Mark).

Das waren die Anleihe-Ausgaben für Rechnung der Gesamtheit aller Bundesstaaten. Für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausschluß von Bayern bezw. Bayern und Württemberg folgen dann noch:

Table with 2 columns: Description of expenses for Bavaria and Württemberg, and Amount in Million Marks (Mia. Mark).

Die hier sich ergebende Gesamtsumme würde noch um 84,8 Millionen Mark über den oben angeführten Betrag von 1987 Millionen hinausgehen, wenn nicht zuguterletzt 84 Millionen gedeckt worden wären durch Rückstellungen auf (aus dem Festungsbau-Fonds geleistet) Vorschüsse, aus Kaufgelbern von Kölner Festungsgrundstücken, aus Ueberflüssen des Münzwesens, und endlich 60 Millionen aus der lex Lieber von 1897.

Fast alle diese Schulden sind, wie man sieht, für unproduktive Zwecke gemacht worden, es stehen ihnen wenige bleibende Altwerthe gegenüber. Sie sind im wahren Sinne des Wortes verpult.

Es ist bezeichnend — schrieb Herr Müller-Fulda 1896 — daß gerade unter der Herrschaft der Kartellparteien die Hauptschuldenlast jährlich kontrahirt werden mußte. Es wird für die Herrschaft Molochs nicht minder bezeichnend sein, daß auch das hochgebietende Zentrum die abschüssige Bahn des Schuldenmachens hinabgleiten muß, wenn es sich vor dem Marinegöhen in den Staub wirft.

Freilich, Herr Dr. Lieber spricht von neuen Einnahmen, welche die Besingenden aufzubringen haben würden. Indeß, davon sprach Graf Caprivi auch, um die Militärreform durchzuführen. Und als die Zeit erfüllt war, kam er mit der Bier-, Branntwein- und Tabaksteuer.

Herr Lieber will in dem Marinegesetz alles mögliche für Reichstag wie für Regierung festlegen. In der Deckungsfrage wird er wahrscheinlich dem Reichstage wie der Regierung freieste Hand lassen. Das Ende vom Liede kennen wir nunmehr aus dunnendfachen Erfahrungen: für den Augenblick neue Schulden, dann neue Steuern auf den Lebensbedarf der Massen und abermals Schulden dazu. Und dabei soviel Rühmens von „der Finanzreform des Zentrums“.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 10. Dezember. Aus dem Reichstage. Wie es voranzugehen war, kam es heute, in Fortsetzung der Debatte über die Petroleum-Interpellation zu sehr ausgedehnten handelspolitischen Erörterungen. Den Reigen eröffnete der Abgeordnete Dr. Barth, welcher, gestützt auf die Thatsache, daß unter dem Regime des Petroleumringes die Preise eher gefallen als gestiegen sind,

*) Der Ausgabensumme entspricht nicht eine noch größere Schuldensumme; im Durchschnitt hat das Reich für Schuldverschreibungen im Neumbetrage von 100 bis her 97,8 Mark (je nach dem Zinssatz 96 1/2 — 98 1/2) erhalten.

**) Und weitere 49 Millionen durch Preußen.

sich gegen jeden gewaltsamen Eingriff in die Entwicklung des Petroleumhandels aussprach. Ganz auf denselben Standpunkt stellte sich namens des Zentrums der Abgeordnete Spahn, welcher die Zeit für ein Eingreifen des Staates erst dann für gekommen erachtet, wenn im Verlaufe der Dinge sich ergäbe, daß die Monopolstellung der Standard Oil Company zu Ungunsten der Konsumenten mißbraucht würde.

Für den „nationalen Brennstoff“ und zu gunsten der ostelbischen Spiritusbrenner legte sich besonders der neukreirte Direktor des Bundes der Landwirthe, Dr. Spahn, ins Zeug, während Herr v. Seyl seinen Jörn über die Amerikaner ausschüttete, weil diese für ihr Land dieselben Handels- und Zollmaximen in Anwendung bringen, welche Herr v. Seyl für Deutschland in Anwendung gebracht wissen will.

Nachdem Graf von Posadowsky mitgetheilt hatte, daß für den Eisenbahntransport des lauffähigen Petroleums bedeutende Tarifiermäßigungen seitens der russischen und deutschen Eisenbahn-Verwaltungen theils bereits durchgeführt, theils für die allernächste Zeit in Aussicht genommen seien, stellte Fischbeck (fr. Bp.) eine Reihe von Fragen an den Herrn Staatssekretär des Innern, worauf jedoch eine Antwort nicht erfolgte.

In äußerst interessanten Ausführungen nahm dann unser Genosse Schippel Stellung zu der Frage. Derselbe sprach sich zunächst gegen die weit verbreiteten Befürchtungen gegenüber den Kartellen und Trusts aus. Diese Kapitalvereinigungen seien ein notwendiges Ergebnis der privatkapitalistischen Produktion und sie haben dem Kleinbetrieb gegenüber Vortheile, welche dem letzteren es auf die Dauer immer unmöglicher machen werden, mit Erfolg zu konkurriren. Die auf hoher Stufenleiter unter Ausnutzung aller technischen Fortschritte betriebene Produktion habe so bedeutende Kostenersparnisse im Gefolge, daß der Kleinbetrieb nicht dagegen aufkommen kann. Die Befürchtung der rücksichtslosen Auswucherung durch die großen Trusts, wenn erst die Konkurrenz beseitigt sei, sei aber unbegründet. Das Eigeninteresse der großen Gesellschaften spreche gegen ein solches Vorgehen. Eine übermäßige Preistreiberi würde den Konsum einschränken und die Konkurrenz wieder lebensfähig machen; beides Möglichkeiten, die nicht aufkommen zu lassen im Interesse der großen Gesellschaften selbst liege. Die Thatsache, daß Petroleum-Funde sich in allen Welttheilen wiederholen, schließe es aus, daß eine einzige Gesellschaft die gesamte Produktion dieses Leuchtstoffs monopolisire. Diese Befürchtungen seien Luftgebilde. Schippel charakterisirte dann die Handlung der Konservativen und Agrarier, welche aus angeblicher Furcht vor einer in der ferneren Zukunft liegenden Vertheuerung des Petroleum schon heute dasselbe durch einen hohen Zoll zu gunsten des heimischen Spiritus unerschwinglich verhögern wollen. Es sei eben die alte Geschichte: Sobald die Herren von vaterländischen Interessen reden, könne man jedesmal den Konsumenten zürnen: Haltet die Taschen zu.

Mit Schippel's Ausführungen war die Debatte erschöpft und das Haus trat nach einigen persönlichen Bemerkungen in die Staatsberatung ein. Diese eröffnete der neue Finanzsekretär mit einer längeren Rede, welche aber so ausschließlich kalkulatorischen Charakter war, daß wir uns begnügen können, die Leser auf den Parlamentsbericht zu verweisen.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung der Staatsdebatte. — Zum Statut des Reichstages. Im Handelsbelle der „Breslauer Zeitung“ wurde in den letzten Tagen eine Zuschrift veröffentlicht, die sich mit dem Einflusse der Marine vorlage auf den Beschäftigungsgrad der deutschen Hüttenwerke befaßt. Im ersten Theil der Zuschrift wird folgendes ausgeführt:

„Es würde den preussischen Regierungsgespinntheiten kaum entgehen, wenn die Behörden bis jetzt mit den betreffenden Aufträgen gewartet haben. Sicher ist ein Theil derselben bereits in Bestellung, wie ja sowohl die Krupp gehörende Germania in Kiel, als auch der Vulkan in Stettin und auch unsere Hütten, von denen das Zubehör zu liefern ist, wenn es sein muß, sehr lange Kredite bewilligen können. Auch kann die Bezahlung unter den so vielfach verschlungenen bürokratischen Formen außerordentlich verzögert werden, ohne daß dabei nur der Schein einer Kreditgewährung hervorzutreten brauchte.“

Sollte diese Mittheilung dem Sachverhalt entsprechen, so würden dadurch unsere Crachten die Verhandlungen über die Flottenvorlage auf einen wesentlich anderen Boden gestellt werden. Der Reichstag würde sich der Regierung gegenüber im Stande der Nothwehr gegen Eingriffe in seine Rechte befinden.

Wir halten die Regierung für verpflichtet, ohne Verzug dem Reichstag Aufschluß zu geben, ob die Darstellung der „Breslauer Zeitung“ zutreffend ist.

Die chinesische Frage. Aus London — in Berlin braucht man ja der Nation nichts mitzutheilen — kommen Nachrichten, welche im Falle ihrer Richtigkeit die Sachlage erheblich ändern. Den „Times“ wurde aus Peking gemeldet:

Der Tsungtshamen (Aushändiger Amt) telegraphirte an den Botschafter von Peking, nachdem China in Deutschlands Forderungen gewilligt hat, wird dieses Peking verlassen und statt dessen als Kohlenstation die Bucht von Samtsch erhalten.“

Die Bucht von Samsah liegt in der Provinz Fokien. Sie ist zehn Meilen breit, zwei Meilen tief, ist durch eine Anzahl vorgelagerter Inseln geschützt und soll einen guten Ankerplatz gewähren. Sie ist auf halbem Wege zwischen Hongkong und Shanghai gelegen und beherrscht die nördliche Einfahrt der Insel Formosa. Während Kiao-Tschou der russischen Interessensphäre nahe liegt, würde die Befestigung von Samsah britische, französische und japanische Interessen betreffen. Die „Times“ nehmen an, daß Deutschland diesen Austausch mit Rücksicht auf Rußland vorgenommen hat. Eine Bestätigung der Nachricht muß abgewartet werden. Endlich einmal wird sich doch die deutsche Regierung bequemen, ihren „Unterthanen“ Klarheit zu schaffen über die Dinge, die in China vorgehen; oder sind die Leiden „Unterthanen“ nur zur Bewilligung von Schiffen und zum Zahlen von Steuern da?

Nicht interessant sind die Ausführungen, die ein japanischer Diplomat in Berlin einem Korrespondenten der Dresdener „Neuesten Nachrichten“ über die Stellung Japans zu der deutschen Okkupation gemacht hat:

Die japanische Regierung kann noch keine Entschlüsse gefaßt haben, da es sich in vorliegendem Falle ja nicht um ein fait accompli (vollendete Tatsache) handelt. Die letzten Ziele der deutschen Regierung, die eine verhältnismäßig ganz beträchtliche Streitkraft für ihre Aktion gegen China aufgebildet hat, sind amtlich nicht bekannt gegeben, und es wäre daher auf alle Fälle verfrüht, hierüber offiziell eine Meinung zu äußern. Die japanische Regierung ist sonach gegenwärtig in derselben Lage, wie alle anderen in Ostasien interessierten Mächte: sie verhält sich abwartend. Ich kann nur soviel sagen, daß Japan allerdings das größte Interesse daran hat, daß bezüglich Ostasiens, resp. Chinas, der status quo ante (der bisherige Stand der Dinge) in vollem Umfange aufrecht erhalten, bezw. daß die Integrität Chinas bewahrt bleibt. Im selben Augenblicke, wo eine fremde Macht chinesisches Territorium annektiert, wäre vielleicht das Signal für andere europäische Mächte gegeben, dem Beispiel zu folgen, und damit wäre der Anfang der Auflösung des „kranken Mannes China“ gegeben. Die Sache liegt hier ähnlich wie mit der Türkei, deren Integrität die Großmächte zu erhalten ja gleichfalls ängstlich bemüht sind.

Deutschland will die Missionare in China beschützen und will „Garantien“ fordern für die künftige Sicherheit der Missionstationen. Wie soll aber eine solche Garantie von der chinesischen Regierung gegeben werden? Es bliebe dann eben nichts Anderes übrig, als ganz China zu annektieren, denn überall in dem Riesengebiet existieren solche Missionen. Man muß auch im Ernstfall an einen bewaffneten Widerstand Chinas gegen die bevorstehende Okkupation seitens Deutschlands denken; mit Rechtigkeit kann die chinesische Regierung 10 000 Mann oder mehr an die bedrohten Punkte entsenden, und wenn auch der japanisch-chinesische Krieg gerade nicht geeignet war, die Chinesen in glänzender Dichte erscheinen zu lassen, so wären doch immerhin Zusammenstöße zu befürchten.

Im übrigen glaube ich nicht, daß Japan — oder eine andere Macht — gegen das deutsche Vorgehen bereits protestiert hat. Die japanische Regierung hat den aufrichtigsten Wunsch, mit der deutschen Regierung auf freundschaftlichem Fuße zu verbleiben. Freilich würde eine dauernde Festsetzung Deutschlands in China als gegen die Integrität Chinas gerichtet, in Japan nicht sehr angenehm begrüßt werden. . . .

Deutsches Reich.

— Herr v. Koller tritt also doch zum Präsidentenamt des Abgeordnetenhauses zurück. Als Grund wird seine schwankende Gesundheit und sein Augenleiden angegeben. Als seinen Nachfolger werden die Konservativen den Abg. v. Kröcher zu präsentieren, der als Verleger die „Kreuzzeitung“ leitet.

— Aus der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes. Der zur Zeit auf Urlaub in Berlin anwesende Generalkonsul für Japan, Dr. Schmidt-Peda, ist dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherrn v. Richthofen, zur Unterstützung bei der Fortführung der Geschäfte der Kolonialabteilung bis auf weiteres zugeteilt worden. Dr. Schmidt-Peda, seit 1888 Generalkonsul in Yokohama, hat im Jahre 1884 als Sekretär der internationalen Kongokonferenz in Berlin, 1885/86 als deutscher Mitglied der Grenzregulierungs-Kommission in Sansibar und 1888 als Leiter der Konsularbehörde in Batavia fungiert, von 1895 bis 1898 hat er auf den Samoa-Inseln das deutsche Konsulat vertretungsweise verwaltet.

— Der Gesekentwurf zum Schutze der Forderungen der Bauhandwerker entspricht, der „Mil.-Pol. Korr.“ zufolge, bis zu einem gewissen Grade dem französischen Gesetz. Nach diesem, das auch in Elsaß-Lothringen noch gilt, kann auf Antrag der Bauhandwerker abgeschätzt und danach der Anspruch der Bauhandwerker bemessen werden. Der jetzt ausgearbeitete deutsche Gesekentwurf mache die Abschätzung des Bauhandwerkes zur unbedingten Voraussetzung für die Eintragung der Forderungen der Bauhandwerker in das Hypothekenbuch an bevorzugter Stelle.

— Zur Geschichte des Gesekentwurfes betreffend die Entschädigung der im Wiederkaufverfahren freigesprochenen erzählt die „Volks-Ztg.“ aus politischen Kreisen der schwäbischen Residenz, daß die Initiative zum Vorgehen des Bundesrates von dem Bevollmächtigten Württembergs ausging. Dieser ließ seine Kollegen wissen, daß das württembergische Ministerium infolge einer Interpellation des volksparteilichen Abg. Fr. Saunemann in der Abgeordnetenlammer das Versprechen abgegeben habe, eine landesgesetzliche Regelung der in Frage stehenden Entschädigungsfrage herbeizuführen, falls die Reichsregierung noch lange damit zögern sollte, und zwar würde eine Vorlage noch während der laufenden Winterferien des schwäbischen Landtages eingebracht werden. Diese Mitteilung, sowie die Erwägung, daß es denn doch einen leineswegs günstigen Eindruck machen würde, wenn auch in dieser Materie, ähnlich wie auf dem Gebiete der Vereinigungsgesetze die Führung verloren würde, war entscheidend für die Beschlußfassung des Bundesrates.

— Deutschlands Waarenausfuhr nach Ostasien betrug nach Angabe der Münchener „Allgem. Ztg.“, die sich auf amtliche Zahlen stützt,

	in den Jahren		
	1896	1895	1894
	Millionen Mark		
nach China	45,8	85,4	24,8
Japan	35,6	26,1	18,5
Niederländisch-Ostindien	18,8	11,6	10,2
	99,7	73,1	53,0

— In den wichtigsten Exportgruppen ist China wie folgt beteiligt gewesen:

	1896	1895
	Millionen Mark	
Baumwollwaren	1,1	0,4
Drogen	9,3	5,3
Eisenwaren	18,1	7,5
Kupferwaren	4,1	1,0
Wollwaren	8,0	6,0

Die Zunahme des Exports der Eisenwaren hat zu einem großen Teil in dem außergewöhnlichen Umfange des japanisch-chinesischen Krieges ihre Ursache; der Bedarf Chinas an Kriegsgewehren stieg um fast 8 Millionen; die gleiche Ursache veranlaßte die Zunahme des Exports von Patronen, wodurch sich namentlich die bedeutende Steigerung der Ausfuhr der Gruppe Kupferwaren erklärt. Bei den Drogen kam der Gewinn haupt-

sächlich aus dem Export der Kautschukwaren, in deren Produktion Deutschland unter allen Ländern den ersten Rang einnimmt. Sonst noch sind an dem Aufschwung des Exports beteiligt: Nähmaschinen und Nähmaschinenwaren mit 7,1 Mill., gegen 2,9 Mill. im Jahre 1895, Postamentenwaren, baumwollene Strümpfe und dicke Gewebe, wollene Tücher und Zeug.

Der deutsche Export nach Japan wies im speziellen folgende Biffern auf:

	1896	1895
	Millionen Mark	
Drogen	4,9	2,4
Eisen u. Eisenwaren	5,7	4,9
Materialwaren	4,4	0,8
Papierwaren	2,0	0,8
Wollwaren	12,4	5,8

Kautschukwaren, Stabseifen, Drahtstifte, Eisenrohr, Uhrsournituren, Zucker und Branntwein, Bunt- und Druckpapier, Luche und Garne waren den Exportgewinn ab.

Nach Niederländisch-Ostindien ist besonders der Eisenwaren- und Maschinen-Export gewachsen; ferner verhältnismäßig recht ansehnlich die Ausfuhr von Baumwollwaren, Drogen, Flaschenbier, Wein, Seife, Holzwaren, Kupferwaren, Kurz-, Woll- und Seidenwaren.

Die Zahlen über die Ausfuhr bedeuten aber nicht, daß die ausgeführten Waaren wirklich schon verkauft und bezahlt wären. So wird im Eisen-, Kautschuk- und Textilwaren-Handel über unbefriedigenden, zum Teil auch verlustreichen Gang des Geschäftes geklagt.

Jedenfalls zeigt aber diese Ausfuhrstatistik, daß sich Deutschlands Handel in Ostasien ganz gut entwickelt hat, ohne die jetzt beliebte „Weltpolitik“.

— Die Generalsynode und das Duell. Die anerkennende Verurteilung christlicher Männer, wie ein Redner die „hochwürdige“ Versammlung der Generalsynode am Mittwoch nannte, verfehlt es diesmal auch in den Kreisen Aufmerksamkeit zu erregen, die sonst den Dingen recht fernstehen, die von diesen Kirchenherren behandelt werden.

Die Generalsynode sah sich genötigt, Stellung zu der viel-erörterten Duellfrage zu nehmen. Vorsichtig und weise geschah es, daß ja nicht den Vertretern eines „besonderen Ehrbegriffs“ zu nahe getreten werde. Die Synode hat sich zu folgendem Antrag ausgesprochen:

1. Die Generalsynode erklärt in Uebereinkimmung mit den Provinzialsynoden, daß das Duell gegen Gottes Gebot ist. Sie betrachtet es als eine heilige Pflicht der Kirche, dem Duell mit dem ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie spricht Seiner Majestät dem Kaiser und Könige für den Erlaß vom 1. Januar dieses Jahres, durch welchen eine Verminderung der Duelle angebahnt worden ist, ihren ehrendüchtigsten Dank aus. Sie hegt, unter Anerkennung der auf einen vermehrten Schutz der persönlichen Ehre gerichteten Bestrebungen, zu dem Evangelischen Oberkirchenrathe das Vertrauen, daß er auch fernerhin mit allem Nachdruck für die gänzliche Beseitigung des Duells einzutreten werde. 2. Die auf die Vergabung der kirchlichen Beerdigung von im Duell Gefallenen und andere Maßregeln bezüglichen Anträge der Provinzialsynoden, soweit sie nicht etwa das zu erlassende Kirchenstrafgesetz betreffen, und die Petition der Kreisynode Buxtehude a. D. durch den Beschluß zu 1 Satz 2 für erledigt zu betrachten.

Die Anträge der Provinzialsynoden enthielten weitergehende Forderungen. So wurde verlangt, streng die Kirchensucht in Anwendung zu bringen und den Duellanten die Wahlfähigkeit für kirchliche Ämter abzurufen. Aber dies ging der Synode zu weit.

Noch leuzendehnder für die Anschauungen dieser Vertreter des „wahren Christentums“ ist die Begründung des Konfistorialrates Dr. Hering, der im Laufe seiner Rede sagte:

Da Kantens Ehre und Ehrengedächtnis doch viel wertvoller sein und auch das ordentliche Gericht schätzt die Ehre angemessener als die Sühne mit Blut. Dennoch wollen wir diejenigen, die diese Sühnen für unabwehrlich halten, nicht verurteilen. In welche Gewissensnoth kommt der Familienvater, der fürchtet, für seine gehalten zu werden, wenn er das Duell nicht annimmt. Vielleicht denkt er an seine Kinder, an Gott, vielleicht versucht er zu beten und vor sein Auge tritt das Antlitz voll Blut und Wunden. Wenn er dann doch zur Waffe greift in der höchsten Seelennoth, wer wollte einen Stein auf ihn werfen?

An einer anderen Stelle theilt der Redner mit, daß die Kommission, der die Resolution zur Umarbeitung vorlag, nicht zu dem Beschluß kommen konnte, das Duell ist eine Sünde, sondern die abgeschwächte Form in der Resolution gewählt hat.

Protestand, und mit Recht, ist die katholische Germania ihren Spott an diesen evangelischen Vertreter der christlichen Kirche. Diese Halbheit, diese Unentschiedenheit und Rücksichtnahme auf die Vorurtheile der „Geistlichen“ ist doch in dieser Votung nur in der evangelischen Kirche möglich. Ja, wo unsere Kirchenwörter ihr Regiment gegen die unteren Klassen der Bevölkerung richten, da sind sie freilich konsequent.

Die „sozialen Pastoren“ wirft man aus dem Amte, aber die Duellanten, die sich „wider göttliches und weltliches Gesetz“ vergehen, behandelt man mit Sammethandschuhen.

Und da wundern sich die evangelische Kirche noch, daß sie beim Volke immer mehr in Mißkredit geräth!

— Ueber die Mannschaffsverhältnisse der deutschen Armee und Marine ist dem Reichstag eine Uebersicht zugegangen. Wie entnehmen derselben, daß als unermittelt in den Rekrutenlisten geführt werden 51 022 Mann. Ohne Entschädigung sind von der Bestellung ferngeblieben 111 727. Ausgeschlossen von der Dienstpflicht wurden 1267 Mann, dagegen sind freiwillig eingetreten 20 607 Mann in das Heer und 726 Mann in die Marine. Außerdem sind noch vor Beginn des militärpflichtigen Alters freiwillig eingetreten 20 808 Mann in das Heer und 915 Mann in die Marine. Wegen unerlaubter Auswanderung sind aus der Landbevölkerung im Jahre 1896 verurtheilt worden 24 497 Mann und aus der seemannschaftlichen und halbseemannschaftlichen Bevölkerung 435 Mann. Noch in Untersuchung wegen unerlaubter Auswanderung befinden sich aus den beiden Bevölkerungskategorien 14 544 und 240 Mann.

— Die Lotterien. Die im Deutschen Reich bestehenden fünf Staatslotterien werden im nächsten Rechnungsjahr eine Steuer von zusammen rund 16 844 000 M. zu entrichten haben, und zwar die preussische etwa 6,4 Millionen, die sächsische 3,7 Millionen, die hamburgische 2,5 Millionen, die braunschweigische 2,2 Millionen, und die mecklenburgische 1,5 Millionen. Dazu wird noch der Steuerertrag der neuen Lotterie der Thüringischen Staaten treten, wofür noch keine Summe in die Uebersicht der Einnahmen des Deutschen Reichs an Stempelabgaben für 1898 eingestellt ist. Die Abgaben von Privatlotterien sind, abgesehen 2 pCt. für die Bundesstaaten, auf 8,8 Millionen veranschlagt. Die Gesamteinnahme aus dieser Quelle wird sich also für das Reich auf etwa 20 Millionen Mark belaufen. Dazu kommen dann noch die bedeutenden Ueberschüsse für die betreffenden Einzelstaaten. So streicht die preussische Staatskasse allein jährlich nahezu zehn Millionen Mark ein. Es ist unter solchen Umständen trotz aller Kritik vom Standpunkte der Moral und der Volkswirtschaft an eine Abschaffung der Staatslotterien natürlich für absehbare Zeit nicht zu denken.

— Keine Achtung vor § 8 des preussischen Vereinsgesetzes haben die Konservativen. Dies zeigt die folgende, auch sonst nicht uninteressante Mittheilung:

Im Anschluß an den konservativen Parteitag für die Provinz Brandenburg hat am Mittwoch Abend eine Beratung von Vertretern der Berliner Bürgervereine stattgefunden, in der beschlossen wurde, den jetzigen Vorsitzenden des Wahlvereins Berlin der Deutsch-konservativen Partei, Herrn v. Langen, zur sofortigen Ein-

berufung einer Parteiraths-Sitzung aufzufordern. Gleichzeitig wurde die Erwartung ausgesprochen, daß Herr v. Langen vom Vorsitz zurücktrete.

Was werden Herr v. d. Neefe, Staatsanwalt Drescher und die so eifrigen Kriminalkommissare der Berliner politischen Polizei mit den so ungebärdigen, gesetzesverächterischen Bürgervereinen thun? —

Die Konservativen denken freilich wie die Nationalliberalen, daß der § 8 ihnen nicht ungenug werden dürfe, sie werden nervös, wenn man die den Sozialdemokraten sehr theuren Uebertretungen dieses vorfindlichen Paragraphen bei anderen Parteien konstatiert. So schreibt die „Nationallib. Corr.“ sehr nervös:

„Nach der Polizei schreibt die „Freis. Ztg.“ gegen das Komitee, daß unter Führung des Herrn Wörmann zusammengetreten ist, um im kommenden Januar eine Vertreterversammlung der Handelskammern und anderen wirtschaftlichen Vereinigungen zu veranstalten, die für Verstärkung der Wehrkraft zur See ihre Autorität geltend machen soll. Für solche Herren scheint das preussische Vereinsgesetz mit seinem Verbot der Koalition von Vereinigungen zu politischen Zwecken schon jetzt nicht mehr vorhanden zu sein — so ist zu lesen in dem Organ des unentwegt für Freiheit u. s. w. kämpfenden, „Sturmerprobten“ Politikers, an dem die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus vom letzten Sommer offenbar spurlos vorübergegangen sind.“

Die „Nationallib. Corr.“ scheint von dem gleichen Recht für alle nichts zu wissen. Im heutigen Deutschland dreift man sich von Fuhngela wie dem § 8 nur dadurch, daß man nachweist, daß selbst das schwache öffentliche Leben der volkshenndlichen Richtungen nur bei Uebertretung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes möglich ist.

Dresden, 10. Dezember. (Sig. Ver.) Auch heute wieder gab es recht heftige Zusammenstöße im Landtage, die ein Ausfluß sind der gereizten Stimmung im Lande, die infolge der konservativen Angriffe auf das Versammlungsrecht entstanden ist. Zunächst waren 3 142 800 M. für die Zivilliste zu bewilligen; unsere Genossen enthielten sich wie immer der Abstimmung, da diese Forderung in der Verfassung begründet ist. Sodann kamen die Anapanen an die Reihe. Zu den bereits früher geforderten 262 088 M. für den Prinzen Georg, 200 000 M. für den Prinzen Friedrich August (Thronfolge) und 100 000 M. für den Prinzen Johann Georg kamen diesmal neu 24 668 M. Stabirungsgeelder und 50 000 M. jährliche Anapanen. Von den Konservativen erklärten sich Wehner gegen die Anapanen für Prinz Johann Georg und Prinz Albert, Behrens nur gegen die letztere. Der Nationalliberale Dreißig erklärte sich wieder gegen beide Anapanen. Seitens unserer Partei nahm zunächst Fräulein v. d. Borje das Wort. Die Deputation habe sich außerordentlich Mühe gegeben, die Rechte der Krone zu wahren, sie solle aber lieber die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes wahren. Mit diesen Rechten springe man hier um, als ob sie garnicht vorhanden wären. (Ordnungsruf) Die Mehrheit will nur mit ihrer patriotischen Gesinnung punkten, wenn sie diese Summen bewilligt. (Großes Oh!) Die Mehrheit der Bedileerung will aber von solchem Patriotismus nichts wissen, die steht hinter uns. (Übermüthiges großes Oh!) Wir, als die Gemählten des gleichen direkten Stimmrechts, als die wirklichen Vertreter des Volkes, sagen: Taschen zu! Hand weg! Aus dem Steuerfackel ist nichts zu bewilligen! Der Majorität war diese Rede höchst unangenehm und der bekannte Sozialistenstreifer Opiß beeilte sich deshalb, eine große patriotische Pause zu halten. Goldstein (Soz.) meinte, Opiß habe sich wieder einmal als Asozialist ausgespielt, der aus der Befassung aus beweisen zu können glaube. Die beiden konservativen Dissidenten Wehner und Behrens würden in dieser Frage sicher noch zahlreiche Gesinnungsgenossen in ihrer Fraktion haben. Der Landtag von 1845 sei verfassungswidrig aufgelöst worden und seitdem habe eigentlich überhaupt kein verfassungsmäßiger Landtag wieder getagt. — Gräuber g (Soz.) bemerkt, daß es gerade die reichste Familie des Landes sei, die solche Unterstützungen beanspruche. Opiß (!) rempelt auch den „Vorwärts“ an. Dort sei die beste Gelegenheit, die sozialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen, aber nirgends werde denselben mehr im Gesicht geschlagen als dort.

Fräulein v. d. Borje: Die sächsische Monarchie habe immer nur sich selbst zu halten gesucht. Sie nütze die ihr noch verbliebenen Rechte am wenigsten zum Schutze der Volkrechte aus. Die Majorität rühme das Fundament derselben selber. Der König habe das Dreiklassen-Wahlgesetz unterschrieben, er werde auch die verlangte Einschränkung des Versammlungsrechts sanktionieren. Die Plutokratie herrsche nirgends schlimmer als bei uns und ihre Herrschaft sei ja gerade durch das Dreiklassen-Wahlgesetz besonders gesichert worden. Heute seien es gerade zwei Jahre, daß Wehner seine Wahlverslechterungs-Anträge im Landtage eingebracht, und darum passe diese Debatte für den heutigen Tag ganz besonders. Die Arbeiter im „Vorwärts“ würden am besten bezahlt und hätten die niedrigste Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe. Die Majorität sei zum großen Theil auf Grund eines Gesetzes hier, das gegen den Willen des Volkes zu Stande gekommen; sie seien Vertreter von Geldsacks Gnaden. Die Sozialdemokraten werden gegen die Anapanen auch draußen im Lande agitieren. (Größter Ruf) erhält einen Ordnungsruf, weil er gesagt, die Monarchie schütze die Rechte des Volkes nicht! Goldstein ist der Meinung, Opiß habe nur deshalb gegen den „Vorwärts“ gesprochen, um im Zentralorgan der Partei einmal seinen Namen zu lesen. Der Majorität war der Verlauf dieser Debatte erstlich äußerst unangenehm; das kommt aber davon, wenn man das Volk fortgesetzt durch reaktionäre Maßnahmen reizt. In der darauf folgenden Schlussberatung über die Nachtragkredite für die Hochwasser-Geschädigten stellte Goldstein namens unserer Fraktion den Antrag, die Entschädigung in vollem Umfange einzutreten zu lassen; der Antrag fand aber seitens der anderen Parteien keine Unterstützung und fiel deshalb unter den Tisch.

Leipzig, 10. Dezember. (Sig. Ver.) Der Anschlag der Konservativen im sächsischen Landtage, der das Versammlungsrecht der Arbeiter noch mehr beschränken und minderjährige und Frauen von „anarchistischen“ und sozialistischen Versammlungen ausschließen will, hat die Arbeiterschaft Sachsen wieder lebhaft in Bewegung gebracht. Die sonst schwach besuchte gesammten Versammlungen sind mit einem Schlage zu den bestbesuchtesten geworden. Der Protest gegen die reaktionären Pläne flammte empor und gestaltete einen Rückschlag auf die kommenden Reichstagswahlen. Nachdem einzelne Versammlungen vorausgegangen, waren gestern die Leipziger Arbeiter in sechs großen Lokalen versammelt und protestierten in der Stärke von 9—10 000 Menschen gegen die Pläne der Konservativen, die als Wünsche der Regierung aufgeföhrt werden. In einer Versammlung, wo Frau Eichhorn-Tresden sprach, waren die Frauen sehr stark vertreten. Ueberall wurde eine Protest-Resolution angenommen und eine Regelung des Vereinsgesetzes auf reichsgesetzlicher Grundlage gefordert. Möge die Protestbewegung einen guten Einfluß auf die Reichstagswahlen ausüben und den letzten Reaktionär aus dem Reichstage fegen.

Cannstatt, 9. Dezember. (Sig. Ver.) Die diesjährige Gemeinderaths-Wahl ist ein großer Erfolg der Sozialdemokratie. Alle Gegner hatten einen Kompromiß abgeschlossen, trotzdem drachten sie nur 4 Kandidaten durch. Die Sozialisten zogen mit einem reinen Parteizettel in die Wahl und es wurden gewählt: Dörfert mit 708, Reichmann mit 515 Stimmen. Unsere übrigen Kandidaten erhielten 400—426 Stimmen. Unabgeänderte Stimmzettel wurden abgegeben für die Sozialdemokratie (1896: 310, 1895: 191), für die drei koalitierten Parteien (deutsche Partei, Güterbesitzerverein und Bürgergesellschaft) 156, Volkspartei 84 Stimmen.

Karlruhe i. B., 10. Dezember. (Sig. Ver.) Fünf Stunden tobte heute der Kampf um die Wahl in Lörrach-Land, die endlich mit 82 gegen 28 Stimmen für ungültig erklärt wurde. In der Debatte spielten alle möglichen politischen Fragen hinein; so entwickelte sich zwischen den Führern der nationalliberalen und

Mexikaner Partei, Piefer und Wader, eine große Kulturkampfs-Zentrale.

Baden, 9. Dezember. (Fig. Ver.) Die Militärvereine des „Württembergers“ machen wieder einmal gegen die Sozialdemokratie mobil. Bei den letzten Landtagswahlen hat es sich nämlich herausgestellt, daß unter den sozialdemokratischen Wahlmännern auch solche waren, welche Militärvereinen angehörten. Man soll dem Organ des „Badischen Militärvereins-Vereins“ zufolge die rühmlichen Schiffe aus den Militärvereinen ausgeschlossen werden, was übrigens, nebenbei gesagt, diesen nichts schadet.

Die freisinnig-demokratische Fraktion des Landtags hat einen Antrag auf Abänderung des badischen Gemeinde-Wahlrechts eingebracht, das bekanntlich auf einem Jesuitentum beruht, wie es platonischer nicht gedacht werden kann. Eine Vorstellung von dem badischen Gemeinde-Wahlrecht kann man sich machen, wenn man den Hauptvorwurf des freisinnig-demokratischen Antrages liest, der, für Gemeinden berechnet, die nicht unter die Städte-Division fallen, immer noch reaktionär genug klingt. Danach soll der § 35 des betreffenden Gesetzes lauten:

„Für die Wahl des Bürgerausschusses werden die Wahlberechtigten nach Maßgabe der in die Gemeindefakaster gedrückten Steuerkapitalien in drei Klassen eingeteilt. Es besteht: die erste Klasse aus den Höchststeuernden und umfaßt ein Sechstel der Wahlberechtigten, die zweite Klasse aus den Mittelsteuernden und umfaßt die folgenden zwei Sechstel der Wahlberechtigten, die dritte Klasse aus den Mindeststeuernden und umfaßt die übrigen drei Sechstel der Wahlberechtigten. Wenn bei dem Uebergang von der einen zur anderen Klasse mehrere in gleichem Maße besteuerte Wahlberechtigte zusammenfallen, so werden die nach dem Lebensjahre älteren von den jüngeren in die höhere Klasse eingeteilt. Däß sich die Zahl der Wahlberechtigten nicht durch sechs teilen, so werden die Uebrigbleibenden der dritten Klasse zugeteilt.“

Das neue Eisenbahn-Unglück, welches gestern zwischen Thalheim und Herblingen passierte, und nun seit kurzer Zeit das vierte auf den badischen Staatsbahnen ist, soll durch übermäßig schnelles Fahren verursacht worden sein. Dieser Umstand gewinnt seine besondere Bedeutung dadurch, daß vor nicht allzu langer Zeit von der Direktion der badischen Staatsbahnen eine Ordre an die Lokomotivführer erlassen wurde, daß sie unter Vermeidung empfindlicher Strafen alle Zugverspätungen durch schnelleres Fahren einzuholen hätten. Infolge dessen ist bei den Führern eine wahre Sucht zum Wettfahren entstanden, wobei es als eine besondere Ehre gilt, den höchsten Rekord in der Fahrgeschwindigkeit bei Verspätungen zu erreichen. Daß unter diesen Umständen ein verspäteter Zug, wie es der gestern an der Schweizer Grenze eingeleiste war, mehr als ein anderer in seiner Sicherheit gefährdet ist, liegt auf der Hand. Man ist begierig, ob die Direktion ihre oben erwähnte Ordre zum Schnellfahren aufrecht erhält.

Aus Hessen, 9. Dezember. (Fig. Ver.) Landtag. Die gestern abgetroffene Debatte über die Wahlbeanstandung Ohl nahm auch noch den größten Teil der heutigen Sitzung in Anspruch. Es wurde noch ein Hausen schmutziger Wahlwische gewaschen. Die Abstimmung brachte das überraschende Resultat, daß nur fünf Nationalliberale für Kassierung stimmten, alle übrigen stimmten mit der Opposition für Gültigkeit. Im nationalliberalen Lager scheint völlige Anarchie zu herrschen. Ein solches Zustimmlassen der Führer seitens des Gros der Fraktion hatte denn doch niemand erwartet. Sie transit gloria mundi! — Die Regierung beantwortete dann noch einige Interpellationen, u. a. die der Abgeordnete Schmidt und Gen. (3.) betr. Maßregeln gegen die Waarenhäuser, Versandgeschäfte u. Die Regierungskantantwort gesteht ein, daß man kein wirksames Mittel gegen diese „ungesunde“ Entwicklung des Detailhandels kenne, das nicht zugleich auch die „gesunde“ Entwicklung schädigend treffe. Doch habe sie eine stärkere Heranziehung der Waarenhäuser u. zur Bekämpfung ins Auge gefaßt, die werde bei der geplanten allgemeinen Steuerreform eingebracht werden. — Darauf darf man gespannt sein. Die einzige Form einer höheren Besteuerung, die sich rechtfertigen läßt, wäre eine Erhöhung der Progression der Einkommensteuer und die Einführung einer Progression für die in Aussicht genommene Vermögens- respektive Kapitalsteuer. Damit würden allerdings nicht nur die Waarenhäuser sondern alle Großkapitalisten und Großunternehmungen getroffen. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber die ultramontanen Mittelstands-Politiker, die die Anfrage gestellt haben, werden für die progressiv erhöhte Besteuerung des Kapitalbesitzes überhaupt wohl nicht zu haben sein.

Aus Elßah-Köthlingen, 9. Dezember. (Fig. Ver.) Die Handwerker von Schleifstadt, von denen wir kürzlich berichteten, daß sie ein Eingehen auf das Organisationsgesetz abgelehnt haben, weil sie der Ansicht sind, daß dem Handwerk überhaupt nicht mehr zu helfen sei, scheinen mit der Auffassung ihrer Lage Schule zu machen. Das Straßburger Organ der Arbeiter, die sich zur Zeit bei der Vorbereitung der Handwerker-Vereinigungen am eifrigsten ins Zeug legen, veröffentlicht heute den Notenschrei eines Kleinhandwerkers, der als typisch gelten kann für die Stimmung, die gegenwärtig in jenen Kreisen herrscht. Es heißt darin u. a.: „Wenn die Regierung das Handwerk wieder auf besseren Fuß stellen will, so muß sie zuerst verbieten, daß man in den Gefängnissen Arbeiten macht, welche das Handwerk schädigen. Wir Möbelmacher haben das Gefängnis-Eisenblech als Konkurrenz; da werden Stühle und Möbel verfertigt von den gemeinsten bis zu den feinsten. Hände und Maschinen arbeiten dort um die Wette. Wie ich erfahren habe, arbeiten nicht weniger als zweihundert Gefangene in den Möbelwerkstätten. Die können ja ganz Elßah-Köthlingen mit Möbeln überschwemmen. Wenn für uns eine solche Konkurrenz besteht und von der Regierung gebildet wird, was können dann die Handwerker und Jungens aus der Noth helfen? Scham um Tisch, wie es zugeht! Ueberall, wo man hinkommt, hört man dasselbe Klage Lied. Das Eigentum hat beträchtlich abgenommen, der Handel steht, das Handwerk liegt darnieder, die Konkurrenz ist erdrückend, der Verdienst klein, die Steuern groß und werden immer größer. Bei solcher Lage muß der gute Arbeiter mürrisch und energielos werden; denn er weiß wohl, daß mit kleinen Pfäferchen und Mitteln dem Handwerker nicht zu helfen ist.“ — So weit der Kleinmeister. Die Redaktion des Merikalen Blattes theilt zwar voll und ganz die Ansicht des Eisenblech, rath ihm aber, die gebotene helfende Hand nicht zurückzuführen, da die Handwerkskammern verbessert wirken würden. Ein beneidenswerther Optimismus und zugleich ein sehr schlechter Trost für diejenigen, denen das Wasser am Halse steht!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Kammermann Eduard Pohl in Leipzig hatte eine geringfügige Ausrufung in Bezug auf ein Kaiserbild gethan, welche eine Rindin von ihm hörte. Mit dieser Frau geriet Pohl in Differenzen und die Frau mag deshalb gelegentlich gegen Dritte wohl bemerkt haben, daß sie P. wegen Majestätsbeleidigung hineinlegen könne. Der Angeklagte ging darauf zur Polizei, um verschiedene Anzeigen gegen die Frau vorzubringen. In der Untersuchung darüber kam auch die angebliche Majestätsbeleidigung des Handelsmannes zur Sprache und der Staatsanwalt erhob wegen derselben Anklage gegen den Angeber. Das Gericht erachtete für erwiesen, daß in der Ausrufung über das Kaiserbild eine Verungeltung der Person des Kaisers enthalten sei und verurtheilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Oesterreich. — Die österreichische Delegation hat, wie üblich, den ganzen Monat unverändert angenommen. — Wien, 10. Dezember. Der Exekutivkomitee der Rechten genehmigte heute Vormittag eine Kundgebung an die Wähler, die noch

im Laufe des Tages zur Publikation gelangen sollte. Dieser Schriftstück enthält neben der neuerlichen Betonung der Solidarität aller Gruppen der Rechten auch eine Stelle, welche dem Wunsche nach friedlichen Beziehungen zwischen den Parteien und auf baldigste Wiederherstellung der parlamentarischen Verhältnisse Ausdruck giebt.

Wahltag, 10. Dezember. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde beschlossen, daß unverweilt zur Wahl einer deutschen Stadt Wdöhmens geschritten werde als Hauptstadt Deutsch-Böhmens, da unbedingt nothwendig geworden sei, eine Zweitheilung Böhmens zu bewerkstelligen.

Ungarn. **Budapest, 10. Dezember.** Die Nationalpartei beschloß in einer gestern Abend abgehaltenen Konferenz einstimmig, die Vorlage über das Ausgleichsprovisorium anzunehmen, nachdem Graf Koppány und der Präsident der Partei Goronkay erklärt hatten, die sachlichen und höheren politischen Gründe ständen in diesem Falle für die Partei höher als ihr Mißtrauen gegen die Regierung.

Der Antrag des Ministerpräsidenten von Banffy, nach welchem der Gesetzentwurf über das Ausgleichsprovisorium nicht einem besonderen Ausschusse sondern dem Finanzausschusse überwiesen werden soll, wurde heute vom Abgeordnetenhaus in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 87 Stimmen angenommen.

Erst wenn der Gesetzentwurf aus dem Ausschusse ins Plenum zurückkehren wird, will die äußerste Linke mit der geplanten Obstruktion energisch einsteigen. Die Opposition läßt an das Aufgeben der Obstruktion zwei Bedingungen: Die Zusage der Herstellung eines selbständigen Postgebietes und zeitliche Begrenzung der Frist, bis zu der die Regierung auf dem Verordnungswege vorgehen darf.

Die erste Forderung kann das Ministerium Banffy nicht zurückgehen. Von dem Ausgange dieser Kämpfe hängt für Ungarn wie für Oesterreich sehr viel ab.

Schweiz. **Zürich, 8. Dezember.** (Fig. Ver.) Die Frage der Unterhaltung der Volksschule durch den Bund ist seit 1898 abhängig und nun endlich scheint Aussicht auf ihre befriedigende Lösung zu sein. Von großem Interesse auch für das Ausland ist dabei die Art, wie die Kantone vorgegangen sind. Als vor vier Jahren die Frage in der Bundesversammlung auftauchte, erhob sich in der ultramontanen und welschen Presse großer Geschrei, der Bund wolle die Kantone in Schulwesen bevorzugen, es wurde das Gespenst des „Schulvogts“ vorgeführt und damit in der That ein Stückland in der Behandlung der Angelegenheit errichtet. Die organisierten Lehrer drängten aber vorwärts und nicht minder wünschten die fortschrittlichen Kantone die baldige Gewährung der Bundesubvention. Da ergriff vor einigen Monaten die Züricher Erziehungsdirektion die Initiative, lud die Unterrichtsminister der übrigen 24 Kantone zu einer Konferenz ein, der drei weitere folgten und zum Ergebnis den Auftrag an die Züricher Erziehungsdirektion hatten, nach den eingestellten Grundfragen einen Entwurf für ein bezügliches Bundesgesetz auszuarbeiten. Der Entwurf ist nun in den letzten Tagen veröffentlicht und an die Kantonsregierungen gesandt worden, die sich darüber bis Ende 1897 zu Händen der Züricher Regierung äußern sollen. Der 8. Artikel umfassender Entwurf will die Bundesubvention für folgende Schulzwecke: 1. Einrichtung von Turnplätzen und Beschaffung von Turngeräthen; 2. Schulhausbauten und Umbau bestehender Schulhäuser; 3. Errichtung neuer Lehrstellen; 4. Beschaffung von Lehr- und Lehranweisungsmitteln; 5. unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln und Schulmaterialien an die Schulkinder; 6. Verforgung von Schulkindern während der Schulzeit mit Speise und Kleidung; 7. Aus- und Fortbildung von Lehrkräften; 8. Verbesserung von Lehrerbefoldungen und Ruhegehältern; 9. Errichtung von besonderen Klassen für Schwachbegabte; 10. Förderung des des Primar-Unterricht erhaltenden Fortbildungsschulwesens. Die Bundesbeiträge dürfen keine Verminderung der bisherigen Leistungen der Kantone (Staats- und Gemeindeforderungen) für das Schulwesen zur Folge haben. Für jede Schiffschule der Primarschule, deren es in der ganzen Schweiz 10 274 giebt, sollen mindestens 200 Fr. per Jahr Bundesbeiträge, somit in Summa 2 048 800 Fr. geleistet werden. Organisation und Leitung des Schulwesens bleiben nach wie vor Sache der Kantone; sie haben nur über die Verwendung des Bundesbeitrages dem Bundesrathe alljährlich Bericht zu erstatten. Es steht übrigens jedem Kanton frei, die Subvention anzunehmen oder abzulehnen. Bei den Konferenzen waren mit Ausnahme von Gené und der Waadt alle Kantone vertreten. Stimmen sie im allgemeinen dem Entwurfe zu, so ist für die Bundesbehörden der Weg für die Förderung der Volksschule gebahnt und kann mit sicherer Aussicht auf Erfolg an die gesetzgeberische Arbeit gegangen werden.

Bern, 10. Dez. Der Ständerath hat das Uebereinkommen mit Paris, betreffend die Abänderung der lateinischen Münzunion zwecks Erhöhung des Kontingents an Silberfaedemünzen, genehmigt. Der Bundesrath wird im Nationalrath den Antrag auf die Kündigung der lateinischen Münzunion am 13. d. M. ablehnen.

Frankreich. **Paris, 10. Dezember.** Für den am 18. d. M. beginnenden Panamaprozess sind ungefähr 100 Zeugen vorgeladen worden, von denen die Hälfte Entlastungszeugen sind. Unter den Belastungszeugen befinden sich mehrere Journalisten, welche zuerst Enthüllungen über die Panama-Angelegenheit gebracht haben.

Belgien. — Die Deputiertenkammer verhandelte am Donnerstag über die Interpellation Vandervelde's, betreffend die Verordnung des Schulinspektors von Malines. Dieser hatte, wie wir seinerzeit mitgetheilt, durch Rundschreiben den Lehrern und Schülern verboten, an dem Begräbnisse eines verstorbenen Schülers theilzunehmen. Der betreffende Knabe war ohne die Mitwirkung des Geistlichen beerdigt worden. Vandervelde und einige nachfolgende Redner geshelten in scharfen Worten den auf die Lehrer und Kinder ausgeübten Gewissenszwang. Der Unterrichtsminister, Herr Schellens, nahm diesmal nicht die Partei seines Untergebenen; er bekämpfte ihn und sprach sein Bedauern über das Vorkommnis aus. Der Inspektor habe eine Verordnung des Ministers vom Februar 1896, in der den Lehrern anempfohlen war, sich nicht in Politik zu mischen und an der Wahlagitiation sich nicht zu betheiligen, falsch ausgelegt. Den Lehrern, die sich trotz des Zirkuläres des Inspektors an dem Beerdigungsbegräbnisse betheiligten, werde nichts geschehen. Hierauf wurde die von Vandervelde eingebrachte Tagesordnung mit großer Majorität angenommen; auch der Minister stimmte ihr zu.

Niederlande. **Haag, 9. Dezember.** (Fig. Ver.) Bei der Behandlung des Justiz-Gesetzes wurden von den Abgeordneten Troelstra und van der Zwag zwei Sachen in die Debatte gezogen, welche beachtet worden waren. Die wichtigere Angelegenheit war der Fall Hogerhuis, die Verurteilung der drei Brüder Hogerhuis zu 12, 11 und 6 Jahren Gefängnis, wegen eines Raub- und Mordattentats, woran sie höchstwahrscheinlich keine Schuld tragen. Troelstra hatte persönlich die Sache wiederholt an Ort und Stelle untersucht und er hat eine Anzeige wegen Meineid gegen den Hauptzeugen des Prozesses eingereicht. Diese Angelegenheit steht in Beziehung zur Arbeiterbewegung. Der betreffende Raubüberfall in dem friesischen Dorfe Veerum war kein vereinigtes Vorkommnis, sondern nur ein unter vielen Verbrechen, die von der arbeitenden Bevölkerung dieser Gegend begangen wurden. Die Polizei war nun bemüht, einen oder einige Thäter zu bekommen, und als sie endlich gegen drei Personen gewisse Verdachtsgründe herauszufinden mußte, erfolgte denn auch die oben erwähnte Verurteilung. Troelstra führte nun gestern alle Argumente für die Unschuld der Verurtheilten an und stellte einen Antrag auf neue Untersuchung der Sache. Der Minister erklärte sich bereit, die Klage wegen Meineid gegen den Hauptzeugen erheben zu lassen. Die Sache wird jetzt aufs neue vor den Richtern untersucht werden; die Befreiung der Geschwister Hogerhuis kann jeden Augenblick erwartet werden.

San der Zwag interpellirte über die Ausweisung der deutschen Anarchisten Karl Biller und Louise Fromauer. Der Minister erklärte, die Polizei hätte nicht auf Anregung der preussischen Polizei oder Regierung gehandelt, sondern aus eigenem Antrieb, weil jenes Paar keine genügenden Existenzmittel hätte, nämlich 10 M. wöchentlich. Holland würde das Asyl bleiben, die theuerste der Justizminister, für alle diejenigen, welche in ihrem Vaterlande keine Gewissensfreiheit haben.

England. **London, 8. Dezember.** (Fig. Ver.) In Derby tagt seit gestern eine Generalversammlung der Vorstände des großen Bundes der liberalen Partei behufs Berathung des Aktionsprogramms, auf das sich die Partei für den Fall der Wiedererlangung einer Majorität im Parlament verpflichten soll. Hauptpunkt war die Frage der Wahlrechtsreform. Dieselbe steht schon lange auf dem liberalen Programm, aber bisher nur in der Form von Reform der Wählerregistrierung und Abschaffung der Pluralstimmen. Auch gestern hatte das Generalkomitee einen dahingehenden Entwurf vorgelegt, die hier besuchte Versammlung aber nahm fast einstimmig einen Verbesserungsantrag an, der kurzerhand „Stimmrecht aller erwachsenen Männer nach dreimonatlichem Aufenthalt und Abschaffung aller Pluralstimmen“ verlangt. Ebenfalls nahezu einstimmig ward Einführung des Systems der Stichwahlen auf Programm gesetzt, und ein Antrag zu Gunsten des Frauenstimmrechts fand eine Mehrheit von 182 gegen 124 Stimmen, doch einige machten sich dahin, es bei den ersten Forderungen bewenden zu lassen. Bemerkenswert ist, daß die auf die Reform des Hauses der Lords (Abschaffung oder Einschränkung des Veto's derselben) abzielenden Anträge in die zweite Linie gesetzt wurden, unter der Erklärung, ohne ein reformirtes Haus der Gemeinen habe ein Angriff auf das Haus der Lords keine Aussicht.

Diese Abstimmungen beweisen, daß in den liberalen Komitee's der linke Flügel die Oberhand über die „Right“ der Partei gewonnen hat. Wie die Liberalen im Lande und der nächste Kongress die Beschlüsse aufnehmen werden, bleibt abzuwarten, die größere Wahrscheinlichkeit ist, daß der Kongress sie gutheissen wird. In diesem Falle würde alsdann die liberale Partei die nächste Wahlkampagne unter dem Schlachtruf der Chartisten führen.

Edinburgh, 9. Dezember. Der Staatssekretär des Krieges, Marquis of Salisbury, hielt heute eine Rede über die Reorganisation der englischen Armee, in welcher er ausführte, die an die britische Armee, welche von den Heeren des Festlandes völlig zu unterscheiden sei, zu stellenden Anforderungen seien folgende: 1. drei Armeekorps für eine wirksame Inland-Garnison, um einen etwaigen Einfall zurückzuschlagen; 2. die Möglichkeit, zwei Armeekorps für Angriffszwecke außerhalb der britischen Inseln zu mobilisieren; 3. die Möglichkeit, nach Bedarf kleinere Armeekorps abzugeben zu entsenden, ohne das Heer zu mobilisieren; 4. die Möglichkeit, den Garnisonen in Indien und den Kolonien pünktlich die erforderlichen Ergänzungsmannschaften zuzuführen. Sandowne sprach sodann die Hoffnung aus, daß jedes inländische Bataillon soweit vermehrt werden könne, daß eine größere Anzahl ausgebildeter Soldaten als bisher erreicht werde. Ferner schlug Redner vor, mit einer bestimmten Anzahl Reservisten einen besonderen Vertrag abzuschließen, welcher denselben erlaubte, während des ersten Jahres ihre Zugehörigkeit zur Reserve im Falle von solchen aktiven Operationen wieder unter die Fahne zu treten, welche gleichwohl nicht die Einberufung der gesamten Reserve nötig machen. Sandowne sprach als seine Ansicht aus, daß die Volkstimmung in England der allgemeinen Wehrpflicht zuwider sei, ausgenommen vielleicht für die Vertheidigung der Heimath. Er schlug noch vor, eine Anzahl Leute für 8 Jahre anzuwerben und denselben nach Ablauf derselben die Wahl zu lassen, zur Reserve überzutreten oder bei den Fahnen zu verbleiben. Die Regierung sei auch entschlossen, es dem Heere nicht an Artillerie fehlen zu lassen. Schließlich hatte er dafür, daß die Miliz in engerem Zusammenhang mit der Linie gebracht werden solle.

Spanien. **Madrid, 9. Dezember.** Hier eingegangene Depeschen des Marqualls Blanco bestätigen, daß die Aufständischen in Guisla Granafanleiten bezwungen. Die Truppen, welche nach Guisla zurückkehrten, fanden hunderte verbrannter und verblühter Leichen, darunter auch Frauen und Kinder.

Tafel ein so langer, rücksichtslos geführter Krieg beide Parteien aufs äußerste verwildern muß, verzieht sich von selbst. — Von dem Zustand, in welchem sich das spanische Heer auf Kuban befindet, entwirft ein Berichterstatter des Madrider „Imparcial“ das folgende düstere Bild: Von den 200 000 Soldaten, die nach Kuban gekommen sind, bleiben uns, nach der letzten Heerschau vom November, nur noch 114 961. Von diesen sind 55 882 detachirt und 26 949 krank, so daß für die Kriegsoptionen nur 32 130 übrig bleiben; aber von dieser Zahl müssen noch diejenigen abgezogen werden, welche andere Dienste leisten, und diejenigen, welche krank sind, ohne ein Hospital aufzusuchen. Es besteht also eine große Differenz zwischen der Zahl der hier angekommenen und der Zahl der wirklich vorhandenen brauchbaren Soldaten. Wieviel Mann hat uns der Krieg gekostet? Niemand weiß es; wir wissen nicht einmal, was aus der Differenz zwischen 200 000 und 114 961 geworden ist. Sind die 85 039 Mann todt, verschwunden oder verschollen? Es sind viele nach Spanien zurückgekehrt — aber wie viele haben die Heimath erreicht? Wie viele haben die Anämie überwunden, die sie von der Insel nach Hause brachten? Nach der Statistik hat nicht die Brechruhr unserm Heere den größten Schaden zugefügt, sondern das Sumpffieber, und dieses ist hauptsächlich auf Mangel an Ernährung zurückzuführen. Die Truppen sind erschöpft und werden schlecht ernährt. Und ferner: Der Staat hat viele Schube für alle bezahlt, und die meisten gingen darnach; er hat viele Kleidungsstücke bezahlt, und die meisten Soldaten gingen halb-nackt; er hat für reichliches Essen gesorgt, und sehr viele starben vor Hunger.

Rußland. — Zur Studentenbewegung in Warschau wird der „Int. Corr.“ aus Petersburg geschrieben: Nach amtlichen Mittheilungen sind während der letzten beiden Wochen insgesamt 28 Studenten polnischer und russischer Nationalität in Warschau verhaftet worden, dieselben haben ziemlich empfindliche Strafen wegen Aufregung und Schmähung mehrerer Professoren zu gewärtigen. Es hatten nämlich sechs Professoren der Universität Warschau, darunter der deutsche (7) Professor Grote, anlässlich der Enthüllung des Murawjew-Denkmal in Wilna ein Begrüßungstelegramm abgefaßt, worin sie die Unterdrückung der polnisch-katholischen Propaganda durch Murawjew als eine der größten staatsmännischen Thaten dieses Jahrhunderts für Rußland bezeichneten. Hierausin verstanden die jetzt verhafteten Studenten ein Rundschreiben an sämtliche Professoren, worin sie den geseierten Geistes Murawjew als einen blutdürstigen Panzer schilderten, der nicht nur von allen Polen verflucht, sondern auch von jedem anständigen Russen verabscheut worden sei. Daher hätten sich jene sechs Professoren durch ihre Begrüßungsgramme zu Mitschuldigen an den Verbrechen Murawjew's gemacht, weshalb nicht nur die Studenten der Universität Warschau diese unwürdigen akademischen Lehrer meiden würden, sondern auch die übrigen Professoren sich jeder Gemeinschaft mit ihnen enthalten müßten. — In den abesigen und baurgeoisien polnischen Kreisen Rußlands wird dieses Vorgehen der Warschauer Studenten lebhaft beklagt, da es in die gegenwärtige „Verhöhnung“ zwischen Russen und Polen einen scharfen Miston gebracht hat.

Rumänien. **Bukarest, 6. Dezember.** (Fig. Ver.) Hier haben sich gestern eine Reihe schmachvoller Szenen abgespielt, die so recht drastisch beweisen, wie weit die Auseinandersetzung von Nation oder Konfession führen kann. Die Hauptstadt Rumäniens schien von Sonntag Nachmittags 1/4 Uhr an bis abends gegen 7 Uhr einer Meuterei ausgesetzt zu sein.

überlassen zu sein. Die Regierung sowohl als die Polizei vorsektur wussten schon Sonnabend vorher ganz bestimmt, was kommen sollte.

Die Ursache der Vorkommnisse war ein der Kammer vorgelegter Gesetzentwurf, wonach die Juden vom Militärdienst ausgeschlossen werden sollten. Bisher mußten die Juden, welche hier in Rumänien anwesig sind, wohl der Wehrpflicht genügen, besitzen aber nicht das mindeste politische Recht. Der Ruf nach letzterem wurde immer lauter und als Paroli nun diese Vorlage.

Am dagegen Stellung zu nehmen, versammelten sich am 21. v. M. die jüdischen Reservisten, wobei es, da auch ein Teil rumänischer Studenten erschienen war, um Stände zu provozieren, zu einer regelrechten Prügelei kam. Nun entfaltete die Studentenschaft eine lebhaft antisemitische Propaganda, die von oben herab genährt, nach der gestrigen Versammlung ihren Höhepunkt erreicht und als Ursache der gestrigen Gewalt betrachtet werden muß.

Schon Sonnabend Abend wurden massenhaft Flugblätter gegen die Juden vertheilt. Ebenso erschien die erste Nummer eines antisemitischen Tagesblattes unter dem Titel „Jos Jidani“ (Nieder mit den Juden). Die Versammlung, die von Studenten geleitet, aber von anderen Leuten zahlreich besucht war, wurde um 2 Uhr nachmittags eröffnet. Der Vorsitzende Danielopol erklärte, sie seien zusammengelommen, um den Juden den von ihnen zu Grunde gerichteten Handel aus der Hand zu nehmen. Alle Redner ergingen sich in den heftigsten Ausfällen gegen die Semiten; das Märchen vom Ritualmord wurde in gräßlichen Bildern vorgeführt. Die so aufgeregte Versammlung brach in ein Geheul aus, als ein Student hereintrat mit der Meldung: die Juden hätten einen rumänischen Wegger geschlagen. Alles schrie: „Auf zu den Juden, erschlagen wir sie!“ Als die aus der Versammlung Kommenden das Signal: „Auf nach Strada Vasarest“, auf zu den Juden! gegeben, zerstreuten sich die Haufen und zogen in Gruppen nach jenen Straßen, wo die meisten jüdischen Geschäfte sind. Es begann nun ein Fenstererschlagen und Zertrümmern der Eingänge in die Geschäftslöcher; die Waren wurden auf die Straße geworfen; Uhren, Ringe und andere Werthsachen wurden gestohlen; Kaffeehäuser, so zum Beispiel „Café National“ gänzlich zerstört. Hervorgehoben muß werden, daß gerade vis-à-vis der Polizeiprästur ein Laden gänzlich zertrümmert und ausgeplündert wurde, ohne daß sich die Polizei gerührt hätte, welche in einer Viertelstunde dem ganzen Standa ein Ende hätte bereiten können. 5-6 Straßen hielten bereits ein trauriges Bild der Zerstörung, als gemächlich Polizei und Militär ausrückte kam. Anstatt nun die Trottoirs zu säubern, wie man das sonst doch bei sozialistischen oder regierungsfremdlichen Kundgebungen so gut versteht, stellten sich selbe mit auf der Straße auf, so daß es möglich war, noch eine Zeit lang das Zerbrüchwerk fortzusetzen und noch in andere Gassen voranzudringen. Hätten die verantwortlichen Organe vorgehen wollen, es wäre eine Leichtigkeit gewesen und viele arme Krämerfamilien und Geschäftsleute wären nicht durch diese Bestialität ruiniert worden. In der blinden Wuth hat man nicht mehr beachtet, wen man schädigt, man verwißelte auch bei Christen, rumänischen, deutschen, schweizerischen und österreichisch-ungarischen Geschäftsleuten.

Auch gegen die Redaktion unseres Partei-Organs, der „Lumen Rona“, wo auch der rumänische sozialistische Arbeiterklub sich befindet, wollte diese Rote vorrücken, mußte aber schleunigst flüchten, denn unsere Genossen waren zu hunderten im Lokal und hielten Wache.

Die Ruhe ist nun wieder hergestellt, doch befinden sich die Juden noch immer in Angst und fürchten die Wiederkehr der Verfolgung.

Heute kam die Sache in der Kammer zur Sprache, doch lehnt der Minister die Verantwortung sowohl seitens der Regierung als auch der Studenten ab und die Majorität hat sich zufrieden gegeben. Treffend hat unser Genosse Mortu diesen Herren die Wahrheit gesagt. Er richtete eine Interpellation an den Minister des Innern, den Ansturm auf unsere Redaktion betreffend, und lud wir auf die Antwort begierig.

Alle geschädigten ausländischen Firmen haben bereits Schadensersatzansprüche erhoben in einer Gesamthöhe von ca. 600 000 Fr. Der Gesamtschaden übersteigt nach den bisherigen Erhebungen 1 1/2 Millionen Franks.

Bessarabien, 9. Dezbr. („Frankf. Zig.“) Der russische Gesandte Fronton verständigte im Auftrag des diplomatischen Korps den Ministerpräsidenten, daß, nachdem bei den Pöbelzeßes am Sonntag insolge mangelhafter Firgore der Polizei viele fremde Unterthanen geschädigt wurden, die betreffenden Gesandten von der Regierung entsprechende Schadloshaltung verlangen werden.

Amerika.

Die Hungersnoth unter den Goldsuchern. Wie der „Zit. Kor.“ über London drachlich gemeldet wird, ist die Regierung Kanadas bezüglich der Lage in Alondyde sehr beunruhigt, da dieselbe voraussichtlich zu verschiedenen Unternehmungen seitens der Vereinigten Staaten Veranlassung geben wird. In New-York sind bereits große Summen gesammelt, um Disfzüge nach den Goldfeldern zu organisiren und den Hungernden Nahrungsmittel zu bringen. Diese Züge, die den Landweg durch Nordkanada nehmen müssen, werden jedoch zugleich gut ausgerüstete Züge von Bewaffneten darstellen, denen gegenüber die kanadischen Behörden am Yukon völlig machtlos sein würden. Man ist daher in Ottawa in großer Verlegenheit, da man die Theilnahme der Vereinigten Staaten an dem Hilsunternehmen für die nothleidenden Goldsucher doch auch nicht zurückweisen kann.

Partei-Nachrichten.

Für den bayerischen Reichstags-Wahlkreis Kaufbeuren ist, nachdem der Parteigenosse Hilt die Kandidatur abgelehnt hat, von einer Volksversammlung in Kaufbeuren der Parteigenosse E. Klenner aus Augsburg als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden.

Von der Agitation. Bei einer Vertheilung der Agitations-Schrift „Der Kommer.“ wurden in dem Städtchen Laffan an der Aeene einem Parteigenossen aus Wolgast ca. 50 Exemplare beschlagnahmt. Dabei entwickelte sich zwischen einem Polizeibeamten und dem Parteigenossen folgendes Gespräch: „Se kriegen doch dafür Bezahlung?“ — „I bewohr, dat dohn wie ut Interesse für unsere Sak.“ — „Dat begrip id nich bi son Weder.“ — „Kas hölt nich Wegen noch Schuee up.“ — „Na, denn sind Se ol woll 'n richtigen Sozialdemokrat?“

In rheinischen Wahlkreise Neuh-Grevenbroich vertheilten am Sonntag die Düsseldorf'er Parteigenossen 10 000 Agitationskalender und 2000 Broschüren. Dabei wurden sie in dem Dorfe Orken mit Pflastersteinen bombardirt. Der Wahlkreis ist eine Domäne des Zentrums, das bekanntlich sofort nach Reichshilfe schreit, wenn in Afrika oder Asien einem aufspringlichen Missionar das Hüll gerührt wurde.

Der Parteigenosse Storch aus Stettin sprach am Sonntag in Danzig und am Montag in Elbing über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Beide Versammlungen waren gut besucht. In Danzig wurde Storch angefordert, die Kandidatur anzunehmen, man wünschte aber seine Uebernahme nach Danzig. La Storch hierauf nicht einging, wollen die Parteigenossen einen Ausweg suchen. Auch in Graudenz sollte eine Versammlung abgehalten werden, der Birch zog aber im letzten Augenblick sein Lokal zurück.

Zur Landagitation wird dem „Vennschwäger Volksfreund“ von einem Parteigenossen u. a. geschrieben: „Die heutige Agitation hat vielfach den Fehler, daß die Agitatoren nicht genügend die Ortsverhältnisse studiren, ehe sie in einem Bezirke erscheinen. Der ländliche Agitator hat in möglichst einfacher, aber feinerer Kleidung hässlich aufzutreten, in Wirtschaften sich sehr reservirt zu verhalten, wenn nicht nur Arbeiter vertreten sind; jede Disziplin, die er nicht nach allen Seiten beherrscht, soll er möglichst zu vermeiden suchen. Religiöse Thematia sind überhaupt nicht anzuschneiden. Auf alle Fälle muß man sehen, mit Werten in Verbindung zu treten, die, wenn sie auch ganz acur sind, moralisch

gut dastehen, andernfalls uns andere nur darum fernbleiben, um mit jenen nichts zu thun zu haben. Weiter darf der Agitator dem ländlichen Arbeiter in seinen eigenen Sachen keine Vorschriften machen wollen, da sonst leicht das Gegentheil erzielt wird, indem der Landmann sagt: der will mich belehren und ist dünner als ich. Wird in diesem Sinne agittirt, so werden die Früchte nicht ausbleiben. Ob nun Flugblätter oder Kalender oder Versammlungen richtiger sind, richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am 7. April d. J. kam es in der Generalversammlung des Stettiner Konsum- und Sparvereins, nachdem das Protokoll über die Verhandlungen vorgelesen und genehmigt war, zu einer kleinen Aussprache darüber, warum bei der Zentenarfeier am 22. März nachmittags die Verkaufsläden des Vereins geschlossen worden waren. Es wurde hierbei gewünscht, daß die Läden nun auch am Nachmittage des 1. Mai geschlossen werden sollten. In dieser Erörterung erblickte die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 143 des Genossenschafts-Gesetzes, der folgenden Strafe lautet: Mitglieder des Vorstandes werden mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft, wenn ihre Handlungen auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind, oder wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, deren Erörterung unter die Befehle über das Vereinsammlungs- und Vereinsrecht fällt. Sämmtliche Vorstandsmitglieder, darunter Reichstags-Abgeordneter Herberich, erhielten eine Anklage. Das Schöffengericht nahm an, daß die Generalversammlung noch nicht geschlossen war, wies den Einwand, daß Anträge nicht gestellt worden, und erkannte gegen Herberich und zwei andere Vorstandsmitglieder auf je 10 M. Geldstrafe oder zwei Tage Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen, weil er erst in der Generalversammlung in den Vorstand gewählt worden war und seine Funktion noch nicht ausgeübt hatte; ein anderer Angeklagter, Rektor Leese, war wegen Krankheit nicht zur Verhandlung erschienen.

Die 8000 Flugblätter, die von der Polizei in Burg beschlagnahmt waren, sind wieder freigegeben. Die Beschlagnahme wurde damit entschuldigt, man habe verhindern wollen, daß die Flugblätter während der Kirchzeit verbreitet würden, weiter habe man gelaubt, sie bezögen sich auf die von dem Hoffjägerwirth inszenirte Saalperre. Der Inhalt der Flugblätter betraf aber nicht diese Sache, sondern die Reichstagswahlen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Schuhmacher! Die in der zweiten Beilage annoncirtre Versammlung findet nicht statt!

Unter den Leder- und Galanterie-Arbeitern soll demnächst eine besonders rege Agitation entfaltet werden. Heute, Sonnabend, Abend findet bei Schöning, Köpenickerstraße 68, eine öffentliche Delegirtenversammlung statt, zu der jede Werkstatt unbedingt wenigstens einen Vertreter zu entsenden hat. Der Einberufer:

Deutsches Reich.

Die Geschäftskommission der Lokalorganisirten Gewerkschaften giebt bekannt, daß der nächste Kongress im Monat März kommenden Jahres einberufen werden soll. Außer den gewöhnlichen geschäftlichen Verhandlungen-Gegenständen: Bericht der Geschäftskommission, Vorschlagsangelegenheiten, Ausbreitung der Organisation, soll die Streikunterstützung, die Wander- und Arbeitslosen-Unterstützung auf die Tagesordnung gestellt werden.

Die **Waldbarbeiter-Organisation**, die vor kurzem von unserm Genossen Volck für das Herzogthum Sachsen-Gotha gegründet wurde, hat schon, ehe die Gründung der Organisation vollzogen war, einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. Unser Genosse Volck erhielt nämlich kurz vor der Versammlung in Schwarzwald, in der die Gründung der Organisation beschlossen wurde, folgenden Brief:

Gechter Herr!

Da Sie morgen, wie ich soeben höre, eine Organisation der Waldbarbeiter ins Leben rufen wollen, darf ich Ihnen wohl mittheilen, daß die Herzoglich-Domänenverwaltung in Verbindung mit der Neueregung der Lohnverhältnisse auf dem Walde beschloffen hat, einer Anregung des gotthaischen Landtagsausschusses Folge zu geben und in Anlehnung an das Institut der Waldbarbeiter-Unterstützungskasse eine den modernen Anschauungen entsprechende Vertretung der Holzhauser herbeizuführen. Es besteht der Plan, die gewählten Vertreter nicht nur bei der Verwaltung dieser Kasse zu betheiligen, sondern in ihnen zugleich ein Organ zu schaffen, welches in wichtigen Fragen über die Ansichten und Wünsche der Arbeitnehmer gehört werden soll.

Ich darf Ihnen überlassen, von dieser Mitteilung den geeigneten Gebrauch zu machen. Ergebenst Dr. Samwer, Reg.-Rth.

Diese Zuschrift sieht in erfreulicher Weise recht lebhaft ab von der sonst in anderen Bundesstaaten geübten Zurückhaltung gegenüber dem Verlangen der Arbeiter.

Wie die **Zentrumssente** die Koalitionsfreiheit der Arbeiter achtet, erzählt man wieder einmal aus einem Inzerat, in dem die Paulinusdruckerei in Trier, Eigentum des Zentrum-Abgeordneten und Kaplans Dasbach, einen Schriftsetzer sucht, von dem sie verlangt, daß er nicht Mitglied des Buchdruckerverbandes ist!!

Der **Streik der Kammergründer** in Gausch bei Leipzig ist durch das vermittelnde Vordringen des Vorstandes des Gewerkschafts-Kartells unter theilweiser Bewilligung der Forderungen beendet worden.

Die **Bewegung der Brauerei-Arbeiter** in Erlangen ist beendet und zwar zu gunsten der Arbeiter. Die Erzeugnisse sind sehr beachtenswerthe, da in allen Brauereien Lohnaufbesserungen und eine Verlängerung der Arbeitszeit stattgefunden hat. Auch ist es den Verheiratheten gestattet, außerhalb des Geschäfts zu schlafen.

Wegen Einführung des Tarifs befinden sich die Buchdrucker der Firma Sperling u. Co. in Magdeburg im Unstunde.

Die **Steinmehlen** in Selb (Bayern) haben ihren Streik, nachdem es dem Fabrikanten nicht gelungen war, die Arbeit bei einer anderen Firma anfertigen zu lassen, siegreich beendet.

Unstunde.

Der **Streik der Wiener Kutterarbeiter** ist nach zehnwöchentlicher Dauer von den Arbeitern vorläufig für beendet erklärt. Die Unternehmer, die vordem es ablehnten, mit den Streikenden zu unterhandeln, haben einige Konzessionen gemacht, mit denen sich die Arbeiter für jetzt begnügen; der Neumlandtag ist allerdings noch nicht bewilligt. Bis auf 40 Mann sind alle Ausständigen wieder untergebracht.

Der **Secrätär der englischen Maschinenbauer-Gewerkschaft** hat von Herrn Injo Brentano ein Schreiben erhalten, in welchem er seine Ansicht über die neueste Phase des Kampfes zum Ausdruck bringt. „Die Vorschläge der Unternehmer sind solche, daß man glauben möchte, der Herr v. Stumm habe sie gemacht. Sie sind noch dem Mutter der von unsrer (deutschen) Unternehmer-Verbände verfochtenen Politik angefertigt. Soweit die englische Arbeiterklasse lenne, wird sie die Bedingungen ablehnen und ein erbitterter Kampf wird die Folge sein. Die Niederlage der Maschinenbauer würde, wie ich befürchte, in der ganzen Welt als endgiltige Niederlage des Unionismus angesehen werden. Diese Niederlage würde aber keineswegs einen Triumph der Unternehmer bedeuten; sie würde eine Stärkung der revolutionären Tendenzen in der ganzen Welt bedeuten. England, das sich bisher rühmte, keine revolutionäre Partei von irgend welcher ernstlichen Bedeutung zu besitzen, würde künftig in dieser Beziehung der Rival des Kontinentes werden und das Ende würden erste Unruhen sein mit allen ablen Allianzen und Reaktionen in ihrem Gefolge.“ Der Brief, dem ein Geldbetrag beigelegt ist, schließt mit den Worten: „Ihre Niederlage würde auf die ganze zivilisirte Welt eine höchst unheilvolle Wirkung ausüben.“

Wie groß die Verluste sind, welche die englische Maschinenbau-Industrie schon bis jetzt erlitten hat, geht aus den Berichten des britischen Handelsamts für den Monat November deutlich hervor. Gegen den gleichen Monat des Jahres 1896 hat in diesem Jahr die Maschinenausfuhr um 207 963 Ltr. abgenommen. Die deutsche Maschinenausfuhr im letzten Monat dagegen hat, verglichen mit November 1896, um 475 000 Ltr. zugenommen.

Die **englischen Eisenbahner** — so schreibt unser Londoner Korrespondent — werden also bis auf weiteres nicht streiken. Ihr Vorstand hat zwar dem Redakteur des Verbandesorgans „Railway Review“, dem kürzlich in Sheffield gewählten liberalen Arbeiterabgeordneten J. Maddison, einen schweren Verweis beibringt, daß er in dem Blatt gegen den Streik geschrieben und erklärt hatte, die Organisation gebiete noch gar nicht über die nötigen Mittel, einen Streik in größerem Umfange durchzuführen, aber in der Sache selbst hat er gethan, was Maddison empfahl. Und er hat wahrlich gut daran gethan, denn ein Streik von Angestellten eines so wichtigen Verkehrsweiges, wie es die Eisenbahnen sind, muß sehr erleuchtende Gründe haben, wenn ihm das Publikum sympathisch oder auch nur nicht feindlich gegenüberstehen soll. Es hängen zu viele Interessen an der ununterbrochenen Aufrechterhaltung des Verkehrs, als daß es anders sein könnte. Man merkt es an der Faltung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klassengenossen anderer Gewerksweige verrathen, sobald dies ihnen Abkommenszuwachs verpricht. Den Eisenbahnern gegenüber schlugen sie einen durchaus anderen Ton an als wie sonst bei solchen Konflikten. Sie warnten halb freundschaftlich, halb drohend. Und den gleichen Ton atmet der gestern publicirte Erlaß des Ministers Ritchie, worin derselbe die Einmischung derjenigen Zeitungen, deren spekulative Inhaber mit Vergnügen das Interesse ihrer Klass

Reichstag.

7. Sitzung vom 10. Dezember. 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, v. Tziellmann.

Präs. v. Buel eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Gegenstand der Tagesordnung: Besprechung der Interpellation Wassermann, betreffend den deutschen Petroleumhandel.

Abg. Barth (fr. Bg.): Ich hätte den Wunsch, daß die National-liberalen ihre wirtschaftspolitischen Anschauungen über die vorliegende Frage auf die gesammelten Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens übertragen möchten. Die Verträge, die die deutschen Kohlenquidate, an denen Nationalliberale selber beteiligt sind, abgeschlossen haben, haben eine ganz außerordentliche Ähnlichkeit mit den Verträgen der Standard Oil Company. Alle die Verträge sind nur möglich und großgezogen durch die protektionistische Gesetzgebung, deren Anhänger die Nationalliberalen sind, mit ihrer Begünstigung von Kartellen, die einzelne Kreise tributpflichtig machen. Der Gedanke der Interpellation ist mir deshalb sympathisch; es fragt sich nur, ob es ein Mittel gibt, einem solchen Kartell wie das der Standard Oil Company, das allein durch seine Kapitalmacht diese Stellung erreicht hat, entgegenzutreten. Die geschäftliche Leitung dieser Gesellschaft, an deren Spitze Rockefeller steht, ist ganz ausgezeichnet. Um einen großen Absatz zu erzielen, mußte sie den Preis möglichst niedrig halten und war so in der Lage, die übrigen Gesellschaften aus dem Felde zu schlagen. Deutschland ist ein besonders wichtiger Absatzmarkt für die Standard Oil Company. Will man nun dem drohenden Monopol entgegenzutreten, so darf man nach meiner Ansicht auf die Konkurrenzfähigkeit des russischen Petroleums und der Pure Oil Company keine allzu große Hoffnung setzen. Begünstigt man die Pure Oil Company allzu sehr, so würde man die Standard Oil Company sehr in Versuchung bringen, die erstere aufzulassen, was ihr bei ihren riesigen Geldmitteln wohl möglich wäre. Alle die bisher vorgeschlagenen Mittel laufen in ihrer Wirkung darauf hinaus, den Preis des Petroleums für den Konsumenten zu verteuern. Etwas anderes wäre es, wenn man es dem russischen Petroleumhandel ermöglichen könnte, seine Erzeugnisse billiger auf den Markt zu bringen und so zu konkurrieren. Ich weiß nur ein Mittel: daß man die Eisenbahn-Tarife für russisches Petroleum ermäßigt. Aber auch die anderen Gesellschaften würden ihrerseits dasselbe fordern, und nach dem Grundsatz der allgemeinen Gerechtigkeit müßte man ihnen nachgeben. Ebenso verhält es sich mit den Verträgen, durch Zollpolitik das russische Petroleum konkurrenzfähiger zu machen. Das muß man doch stets bedenken: die Leute von der Standard Oil Company sind so leistungsfähig, daß sie immer wieder billigere Preise machen könnten. Es wäre wünschenswert, daß die Verträge mit dem Brennspritus zu einem günstigen Ergebnis gelangen. Jedenfalls thut man gut, die Dinge ruhig abzuwarten und sich nicht zu voreiligen Beschlüssen hinreißen zu lassen. (Beifall links.)

Abg. Freiherr Dethl zu Herrnsheim (natl.): Die national-liberale Partei will einer ungebührlichen Ausnutzung des Rockefeller'schen Monopols entgegenzutreten. Wenn Abg. Barth auf die Beteiligung Nationalliberalen an den Kohlenquidaten hingewiesen hat, so vermag ich, daß diese Syndikate keinen monopolistischen Charakter haben. Würden die Syndikate einen gemeingefährlichen Charakter annehmen, so würden meine Freunde auch dagegen auftreten. Ich muß ferner bestreiten, daß die Syndikate eine Folge der protektionistischen Politik sind. Vor Maßnahmen gegen Amerika brauchen wir nicht zurückzuschrecken, sie machen es mit unserem Zucker ja ebenso.

Abg. Spahn (B.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Der Reichstag hat keinen Anlaß, die Interessen der Groß-Petroleumhändler zu wahren. Wohl aber sollte er für die Arbeiter, für die kleinen Konsumenten von Petroleum Fürsorge treffen. Es ist nicht die Standard Oil Company, sondern die deutsche Mannheimer-Dreiner-Gesellschaft, die die deutsche kleine Konkurrenz zu Grunde zu richten und das Verfehltes und Petroleummonopol für Deutschland in dieser rückwärtsigen Weise in ihre Hände zu bringen sucht. Die Erklärung des Staatssekretärs hat jedenfalls sehr viel zur Beruhigung beigetragen. Die Befürchtung, daß ein Mißbrauch des Monopols, eine Preistreiberei stattfinden wird, habe ich nicht. Eine Begünstigung der Konkurrenz darf doch nur den Zweck haben, den Konsumenten das Petroleum zu verbilligen. Die Vorschläge der Interpellanten aber können leicht die entgegengesetzte Wirkung haben.

Abg. Dr. Hahn (wildkonf.): Herr Spahn huldigt einem Optimismus, den ich mir nicht zu eigen machen möchte. Ich halte eine Gefahr für vorliegend und empfehle das Raffinieren in Deutschland vorzunehmen. Ein Zoll von 3-4 M. würde für Rohpetroleum gegenüber einem Zoll von 7-8 M., wie er jetzt für raffiniertes Petroleum eingeführt ist. Es ist noch nicht zu spät, der Standard Oil Company entgegenzutreten, wenn wir im eigenen Vaterlande die Schätze ausbeuten wissen. In der ganzen nordwestdeutschen Tiefebene wird sich noch viel Petroleum finden. Damit könnten viele Millionen dem deutschen Nationalwohlstand erhalten werden. Herr Barth hat den Rockefeller-Zust, mit dem er ja gewiß in gar keiner Beziehung steht — das will ich hier öffentlich erklären — als sehr harmlos hingestellt. Diese guten Kaufleute würden nicht daran denken, die weitenden Röhre zu schlachten und den Deutschen zu viel abnehmen. Ich meine, die Rockefeller sind eine Ausbeuterkompanie, sie halten die Preise so lange niedrig, bis sie die Konkurrenz vollständig beseitigt haben. Dann ziehen sie den Konsumenten das Fell über die Ohren. Herr Barth sollte doch nicht so vertrauensselig sein. Ich bedauere, daß uns der frühere Staatssekretär des Innern nicht schon vor Jahren die Rede gehalten hat, die uns Herr Graf Posadowsky gestern gehalten hat. Vom jetzigen Staatssekretär hoffen wir, daß er es nicht nur bei den schönen Worten bewenden lassen wird und daß er vor allem die heimische Spiritusindustrie durch die That unterstützen wird. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Als eins der Mittel, die Konkurrenz des russischen Petroleums auf dem deutschen Markt zu erleichtern, erwähnte ich gestern die Herabsetzung der Eisenbahntarife. Ich bin heute in der Lage zu erklären, daß bereits seit dem 6. Oktober ein Ausnahmetarif für die Beförderung von russischem Petroleum von Alexandrow nach Preußen besteht, und daß in aller nächster Zeit ein weiterer Ausnahmetarif für die Beförderung von Rohpetroleum von russischen nach deutschen Stationen ausgegeben wird. Das russische Petroleum hat also den billigsten Tarif für Rohprodukte in Preußen überhaupt. Also einer der hier geäußerten Wünsche wird bereits erfüllt werden. — Bisher durften Milchprodukte von amerikanischen und russischem Del nach Deutschland nicht gebracht werden, es sei das die Mischung unter Augen der diesseitigen Behörde stattgefunden habe, weil dieses gemischte Del nur nach dem Gewicht abgenommen wurde. Wie sind im Begriff, Vorschriften auszuarbeiten, wonach dieses auch nach dem Volumen abgenommen werden kann. Darin liegt eine weitere Begünstigung des schweren russischen Petroleums. Es ist hier ferner mit größter Sicherheit behauptet worden, wahrscheinlich wäre eine Fusion zwischen den amerikanischen und kanadischen Petroleum-Interessenten zustande gekommen; die amerikanischen besitzen bereits eine große Anzahl der russischen Aktien. Ich kann dem gegenüber konstatieren, daß ich im Frühjahr dieses Jahres darüber mit einer Persönlichkeit verhandelt habe, die darüber am allerbesten orientiert sein konnte. Derselbe hat mir positiv erklärt, daß eine solche Fusion nicht stattgefunden hat, und ich habe keinen Grund, an deren Wahrheitsliebe zu zweifeln. Man hat endlich der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie nicht schon 1895 einen Differenzialzoll eingeführt hat. Speziell der Mannheimer Vertreter hat mir

aber auf das positivste erklärt, daß er ein Gegner dieses Zolls sei, daß er seinen Interessen nicht entspreche.

Abg. Fischbeck (fr. Bg.): Es scheint, als ob die bis jetzt gepflogenen Unterhandlungen im Reichstag und die Erörterung in der Presse bereits eine gewisse Wirkung ausgeübt haben, indem der Herr Staatssekretär gestern die Erklärung abgegeben konnte, daß die angefochtenen Kontrakte den deutschen Händlern nicht mehr vorgelegt würden. Es ist mir aber noch zweifelhaft, wie weit diese Zusage Wirkung geht. Es ist nur gesagt, daß Kontrakte in dieser Form, wie sie jetzt ausgearbeitet sind, nicht mehr gebraucht werden sollen. Gegenüber Ausbeutungen der Konsumenten hat der Reichstag nicht nur die Berechtigung, sondern auch die Verpflichtung, in Erwägung darüber einzutreten, wie man ihnen entgegenzutreten soll. Aber mit den vorgeschlagenen Mitteln können wir nichts anfangen; man würde das Gegenteil erreichen von dem, was man wollte. Besonders mit dem Reichsmonopol können wir uns, schon von unserem allgemeinen politischen Standpunkt aus, nicht befremden. Zudem hat uns der Herr Staatssekretär doch gestern dargelegt, daß zu solch verhängnisvollen Ausbeutungen, wie sie hier gemacht werden, noch kein Anlaß vorliegt. Die Geschichte der Standard Oil Company zeigt uns doch, daß die Preise stetig gesunken sind. Zollmaßnahmen andererseits würden den Konsumenten größere Preise auferlegen; denn es ist nicht so, wie der Abg. Hahn behauptet hat, daß das Petroleum im Inlande in irgendwie genügender Menge produziert wird.

Abg. Schöppel (Soz.): Ich fasse die Sache sehr kühl und ruhig auf, ähnlich wie der Abg. Spahn. Ich will aber gleich, um Mißverständnisse aususchließen, hervorheben, daß auch in unserer Partei über derartige komplizierte wirtschaftliche Erscheinungen, wie es die Trusts und Monopole sind, die Urtheile auseinandergehen. Ich bitte deshalb, meine Äußerungen nur als meine persönliche Meinung anzufassen.

Der Staatssekretär hat uns gestern vorgeführt, daß unter der Herrschaft des Trusts die Preise stetig nach unten gegangen sind, daß also von einer Vertheuerung, von einer Ausbeutung der Konsumenten in dem Sinne, wie die Antifemiten und die Rechte es hinstellen, nicht die Rede sein kann. Im gewissen Sinne ist das eine Anerkennung unserer Ideen. Gerade bei der Standard Oil Company zeigt es sich, was für kolossale ökonomische Ersparnisse durch Konzentration großer Betriebe bewirkt werden. Die Preisdifferenz zwischen Roh- und raffiniertem Petroleum ist seit dem Bestehen des Trusts, seit 1872, fortwährend geringer geworden. Die Differenz ist von 17,6 Cents gesunken auf 6,5 ja 4 1/2. Der Trust liefert — und da zeigt sich wieder der gewaltige ökonomische Fortschritt durch die großindustriellen Einrichtungen — mit Hilfe der Tanks und seiner Organisation durch das ganze Reich hindurch das Petroleum viel billiger als früher. Selbst 1895, das als das Jahr einer maßlosen Spekulation hingestellt wird, waren im Durchschnitt die Preise nicht höher, als in früheren Jahren; wir haben 1895 allerdings monatelang eine Pause gehabt. Ich bestreite, daß ein Trust, der so große Kapitalien gleichsam immobil angelegt hat, Kapitalien, die er nicht jeden Augenblick wieder heranziehen kann, hauptsächlich durch maßlose Spekulation und Preissteigerung große Profite machen könnte. Denken Sie z. B. an die Eisenbahnen: wenn sie Grundstücke erwirbt, Dämme gebaut, Schienen gelegt, Tunnel gebohrt, Brücken geschlagen hat, ja dann ist es doch vom rein geschäftlichen Standpunkt aus ganz falsch, hohe Preise zu nehmen. Nein, mehr Personen und Güter zu transportieren, das erreicht man nur durch billige Preise. Die Betriebskosten sind dieselben, ob die Bahn nun einen Mann oder 1000 transportiert. Gerade solche Trusts haben ein Interesse daran, durch billige Preise den Massenkonsum anzuwecken. Maßlose Ausbeutung der Konsumenten ist von ihnen also nicht zu befürchten. Herr Dr. Hahn sagte, wir hätten wohl großes Vertrauen zu den Trusts, zu den Großkapitalisten. Nicht das geringste Vertrauen haben wir, aber ich vertraue auf den Selbsterhaltungstrieb und den Geschäftssinn, der vorschreibt, das Publikum nicht auszubeuten. Nun bestreite ich, daß sich in den letzten Jahren die Herrschaft der Standard Oil Company irgendwie befähigt hat. Im Gegentheil, gerade die Vorgänge in Süd- und Südwestdeutschland sprechen dafür, daß diese Herrschaft sehr erschüttert ist. Woher denn mit einem Male der Instinkt auf diese Position? Bisher haben dort die unabhängigen Firmen die Herrschaft behauptet. Poth u. Rastow, Jung u. Co. sind aber dann übergegangen zur Standard Oil Company. Wegen die Standard Oil Company haben sich jetzt die Dufflers, die unabhängigen amerikanischen Delproduzenten zusammengeschlossen. Die Dufflers haben die weitaus größte eigene Produktion. Sie drängen, nachdem sie selbstigen Establishments begründet haben, auf den deutschen Markt. Noch können sie nicht fest zugreifen, weil sie noch nicht die nötigen Einrichtungen und Anlagen haben. Das in diesem Augenblicke die Standard Oil Company thätig ist, um die Kunden für sich einzufangen und sie durch Kontrakte festzulegen, das finde ich selbstverständlich. Aber ich sehe darin gerade ein Anzeichen dafür, daß die Standard Oil Company selbst große Befürchtungen hat. Sie fürchtet, daß, wenn sie jetzt nicht mit Gewalt vorgeht, die unabhängigen Kompagnien den Absatz an sich heranziehen; dem mag nun sein, wir ihm wolle, ich bezweifle jedenfalls, daß heute die Gefahr der Monopolisierung größer ist, als früher. Wenn Sie aus den letzten Jahren die Angaben über die Entdeckung neuer Petroleumquellen in ganz Mexiko, China und den Südpazifik verfolgen, so wird es klar, daß keine einzelne Kompagnie den ganzen Weltmarkt beherrschen und noch Belieben Preise diktiert kann. Wenn der Preis für das Petroleum steigt, treten andere Produkte, zum Beispiel das Gasöl, an seine Stelle. Die Standard Oil Company würde Selbstmord begehen, wenn sie durch Preissteigerung ihr Absatzfeld beeinträchtigt.

Der Reichstag spielt bei diesen ganzen Verhandlungen mehr die Rolle des Zuschauers. Wie haben schon einmal 1895 über das Monopol gesprochen. Damals wurde uns die baldige Verwindung der Unterjochung und Mißthelung des Ergebnisses versprochen. Es ist uns aber nichts mitgeteilt worden, die Dinge sind ganz im Unklaren. Herr Dr. Hahn meint, die brennisch-amerikanische Gesellschaft sei ganz unabhängig. (Abg. Wassermann: Nein, Bedanke!) Wer hat nun recht, Herr Hahn oder Herr Wassermann? Ist die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft eine freie Gesellschaft oder nur ein Zweig der Standard Oil Company? Von der Antwort hängt die Vertheilung ab. Herr Dr. Hahn sagt: unser Geld soll nicht nach Amerika gehen. Wenn die deutsch-amerikanische Gesellschaft eine freie Gründung ist, bleibt das Geld doch in deutschen Händen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet, und es ist noch nicht widerlegt, daß diese Gesellschaft ihre Aktien zu zwei Dritteln in deutschen Händen hat, daß sie deutsche Schiffe besitzt. Ja, wenn all' das in sichere Erfahrung zu bringen wäre, so würden vielleicht die Auffassungen mancher Herren von der Rechten und unter den Antifemiten auch anders werden. Aber alle diese Dinge gehen an uns vorbei, man sagt uns kein Wort darüber. Wie wichtig wäre es für den Reichstag, wenn er das Recht hätte, das wir Sozialdemokraten stets in Anträgen für ihn beansprucht haben, eigene Enquetekommissionen einzusetzen! (Sehr richtig! links.) Auf die Zusammenlegung der Kommission zur Vorbereitung der Handelsverträge hat der Reichstag nicht den geringsten Einfluß gehabt. Durch solche Kommissionen, deren Urtheil einfach als feste Thatsache vorgelegt wird, wird der Reichstag gebunden und beinträchtigt, nicht aber durch von ihm gewählte Enquetekommissionen. Es wäre sehr nützlich, wenn wir uns in dieser Beziehung nach dem Zuschnitte anderer, parlamentarisch registrierter Länder einrichten würden.

Das Kartellgesetz in Oesterreich ist gestern erwähnt worden. Der Staatssekretär schien es nicht zu kennen; wäre er noch Staatssekretär, würde er sich wohl mehr dafür interessieren, denn dieses Kartellgesetz dient nur den Steuerinteressen, soll die Interessen des Fiskus gegenüber den Produzenten wahren.

Dies wird wesentlich begründet mit dem Zuckerartell. Wie steht nun unsere Regierung zu diesen Dingen? Nun, wenn man den Zuckerindustriellen glauben darf, so ist das Zuckerartell mit Genehmigung und stillschweigender Förderung seitens der Reichsregierung eingeleitet worden. Ja, in anderen Ländern macht man Befehle gegen dergleichen Kartelle, um den Fiskus zu schätzen, denn wenn das Kartell die Preise steigert und der Konsum zurückgeht, wird die Steuerentnahme geringer. Bei uns aber berufen sich die Interessenten darauf, daß sie von Regierungen wegen gefördert und unterstützt werden. Es wäre interessant, hierüber einmal etwas Genaueres zu hören. Jedenfalls kann eine Regierung, die selber diese ungerechtfertigten Kartelle unterstützt, sehr schlecht einen Kampf gegen ein ausländisches Monopol führen, denn dazu gehört doch schließlich ein gutes Gewissen, und bei dem Kalk- und Kohlenyndikat ist, glaube ich, das Gewissen auch nicht ganz rein!

Für die Pläne der Agrarier hätte der Staatssekretär gestern sehr wohlwollende Worte. Die Agrarier wollen nämlich bei dieser Gelegenheit nicht eine Verbilligung des Petroleumpreises, sondern eine Steigerung herbeiführen, um dadurch für den Brennspritus, den die Oelbiller produzieren, einen größeren Absatz herbeizuführen. Der Staatssekretär meinte, auf diesem Wege könnten wir die Agrarfrage lösen. Das verlangt auch die Resolution des konservativen Parteitag von Standenburg. Da heißt es: „Eine härtere Verwendung von Brennspritus ist im Interesse der vaterländischen Landwirtschaft anzustreben.“ Gut, wenn es gelingen könnte, den Spiritus an Stelle des Petroleums hier in Deutschland zu setzen, ohne die armen Steuerzahler zu bedrücken, unsern Segen hätten sie. Aber wie wollen die Herren das erreichen? Sie wollen den Petroleumzoll, der doch selbst von denen, die für ihn gestimmt haben, nicht als angenehm angesehen wurde, noch maßlos steigern, damit der Petroleumpreis steigt und damit der Spiritus eher konkurrenzfähig wird. Und nicht zufrieden damit, verlangen die Agrarier für den Spiritus für Brennwecke noch je 1/2 l. Subvention, alles unter dem Titel vaterländischer Interessen. Ja, wenn die Rechte von vaterländischen Interessen spricht, dann haben wir alle Ursache, den Volkswissen zuzurufen: haltet die Tassen zu! (Sehr richtig! links.)

Aber täuschen Sie sich nicht! Selbst wenn es Ihnen gelingen sollte, den Spiritus an die Stelle des Petroleums zu setzen durch Subventionen und Erhöhungen des Petroleumzolls, eine zu große Freude würden Sie nicht daran haben! Was würde das für eine Umwälzung in unserer ökonomischen Landwirtschaft geben, eine Umwälzung in den ganzen Produktionsverhältnissen für unsere Brennweckebrenner. Wir wären von der Lösung der Agrarfrage so weit entfernt wie jetzt! (Sehr richtig! links.) Glauben Sie denn, Sie können die kleinen Betriebe aufrecht erhalten, glauben Sie, Sie können alle die Maßnahmen bei der deutschen Kontingierung, womit Sie das Interesse der kleinen Landwirtschaft wach erhalten, durchführen, wenn solche Massen von Brennspritus zu produzieren sind? Dann werden sich die Großbetriebe über das Land verbreiten, Sie werden dann vielleicht nicht mehr ganz so konservativ sein, Sie werden lernen, kapitalistisch zu tanzen, und die Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, werden dann lernen, sozialdemokratisch zu springen! (Sehr gut! bei den Soz.)

Dazu kommt der gewaltige Agitationsfluß, wenn Sie noch einmal das Köpchen des armen Mannes vertheuern wollen! Sie hätten keine Freude daran, und der Reichsfiiskus würde bankrott werden bei solchen Massen von Viebzgaben! Er wird vielleicht noch Energie genug haben, sich gegen solche Pläne zu wehren, andererseits wird aber auch der Reichstag Manns genug sein, derartige Absichten vom deutschen Volke hintanzuhalten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Hahn (wildkonf.): Rastow Jung u. Co. und P. Poth importieren raffiniertes Petroleum, sie waren also natürlich nicht für differenzielle Zollbehandlung und ich wundere mich, daß der Herr Staatssekretär sich auf das Urtheil dieser Firmen berufen konnte. Es war mir interessant, daß zwischen dem Abg. Schöppel und Herrn Barth, zwischen der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung, soviel Uebereinstimmung in dieser Frage besteht. Beide Parteien haben volles Vertrauen zu Herrn Rockefeller. Wie konträr dieses Vertrauen zu dem Mißtrauen, das beide Parteien gegen die Regierung hegen. (Lachen links.) Abg. Schöppel hat die Kesperungen des Herrn Ring ganz mißverstanden. Herr Ring will durchaus nicht eine künstliche Vertheuerung des Petroleums. Er hat nur betont, daß das deutsche Publikum nicht gut gefahren ist bei der Verbilligung des Petroleums durch die Standard Oil Company, weil sie auf Kosten des Materials erfolgt ist. Die Standard Oil Company importiert nämlich ihr geringwerthiges Oel aus Deutschland. Die sogenannten Liebesgaben sind notwendig, um die landwirtschaftliche Industrie leistungsfähig zu erhalten. Die Angriffe gegen die Brennerlei sind ganz unberechtigt. Es giebt Land, das sich bloß für den Kartoffelbau eignet. Die Nebenprodukte der Brennerlei finden weitere Verwendung im landwirtschaftlichen Betriebe. So dient die Schlempe zur Viehfütterung. Aber für diese höheren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte haben die Herren links kein Verständnis. (Lachen links.)

Abg. Barth (fr. Bg.): Herr Dr. Hahn wundert sich über die Uebereinstimmung in dieser Frage zwischen uns und den Herren von der Sozialdemokratie. Diese Uebereinstimmung hat auch sonst schon stattgefunden. So sind die Sozialdemokraten Freihändler und Anhänger der Goldwährung. Die Herren, speziell Herr Schöppel besitzen sich eben sehr eingehend mit Nationalökonomie. Um so leichter kommt man da zu einem vortheilhaften Urtheil. Herr Dr. Hahn wirft uns Vertrauen zu Rockefeller vor. Wir haben kein Vertrauen zu Menschen, sondern nur zum Geschäftsmann Rockefeller. (Sehr richtig, links.) Jedenfalls haben wir mehr Vertrauen zu seiner Geschäftsfähigkeit, als zu der geschäftlichen Tüchtigkeit unserer Herren Agrarier. So ist die Herren hier mit irgend welchen volkswirtschaftlichen Vorschlägen gekommen sind, sind sie zu ungunsten derer ausgefallen, zu deren Nutzen sie dienen sollten. Ich erinnere nur an das Vorseu und an das Margarinegesetz.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Am Bundesratsstische sind inzwischen der Reichskanzler, Schatzsekretär v. Tziellmann, v. Bülow, v. Podbielski und v. Gohler erschienen.

Das Gnad tritt in die erste Lesung des Etats ein. Reichs-Schatzsekretär Frhr. v. Tziellmann: Ich habe zum ersten Male die Ehre, dem hohen Hause den Etat vorzulegen und möchte im allgemeinen darauf hinweisen, daß der neue Etat in seiner Zusammenstellung vereinfacht worden ist. Im abgelaufenen Etatsjahr 1896/97 hatten wir allein bei der Heeresverwaltung Wünderausgaben von 5 1/2 Millionen, von denen 4 1/2 Millionen auf Naturalverpflegung kommen. Bei der Reichsschuld hatten wir eine Wünderausgabe von 3 1/2 Millionen, beim Reichsfonds 1 1/2 Millionen. Die gesammten Wünderausgaben betragen 10 1/2 Millionen. Mehrausgaben hatte das Reichsamt des Innern fast 1 Million, außerdem sind die einmaligen Ausgaben für die Kolonien um 2 Millionen und bei der Post um 8 1/2 Millionen gestiegen. Im ganzen sind 8 1/2 Millionen Mehrausgaben beim außerordentlichen Etat, die auf den ordentlichen Etat übernommen sind. Die Mehreinnahmen stellen sich auf 13 Millionen für Zucker, eine Wirkung des Gesetzes von 1896, 2 Millionen beim Salz, 2 Millionen bei der Post, 1 Million Wechselstempel; im ganzen einschließlich der Post, bei den Reichseisenbahnen 20 1/2 Millionen. Den Mehreinnahmen stehen Wünderausgaben von 8 Millionen gegenüber, so daß die Netto-Mehreinnahmen 20 1/2 Millionen betragen würden.

Die Ueberschüsse aus der eigenen Wirtschaft des Reiches betragen 69 Millionen. Dazu kommen 404 Millionen Ueberweisungssteuer, ergibt zusammen 473 Millionen oder einen Ueberschuß von 53 Millionen über die Matrixbeiträge. Nach dem Schuldentilgungsgesetz müssen drei Viertel davon, also 40 Millionen, zur

Schuldentilgung verwandt werden und es bleiben noch 18 Millionen für die Einzelstaaten übrig. Ich würde nun also am liebsten jeden Pfennig Ueberschuss zur Schuldentilgung verwenden und glaube, Herr Richter würde damit einverstanden sein. (Heiterkeit, Richter nicht zustimmend.) Das ist aber nur meine persönliche Meinung. Inwiefern glaube ich auch, die meisten Einzelstaaten würden nichts dagegen einzuwenden haben, vorausgesetzt, daß ihre Matrikularbeiträge nicht erhöht werden.

Für das laufende Jahr erwarten wir Mehreinnahmen; bei diesen ist der Oktober bereits mitberücksichtigt; das Mehr wird geliefert vom Zucker 4 1/2 Mill., Salz 1 1/2, Brausteuer 2, Post 4, Eisenbahn rund 2 Mill., mit mehreren anderen kleinen Posten ca. 16 Millionen. Dazu kommen Minderausgaben bei einigen Posten, besonders bei der Heeresverwaltung, ca. 2 Mill., und voraussichtlich auch noch einige größere Einnahmen aus dem Bankwesen, so daß wir hoffen dürfen, zu dem erfreulichen Ergebnis eines reinen Ueberschusses von rund 20 Mill. zu kommen.

Zu den Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern ist ein großer Ueberschuss über den angesehnten Etat, volle 70 Millionen, voranzusehen. Es bleibt dies freilich noch abzuwarten; aber da von einer Stagnation auf diesem Gebiet von Handel, Gewerbe und Verkehr etwas zu bemerken ist, so ist eine begründete Hoffnung vorhanden, daß die Mehreinnahmen auch vom November bis März sich auf der bisherigen Höhe halten werden.

Von der Zuckersteuer sind 4 1/2 Millionen Mehreinnahmen zu erwarten. Dazu möchte ich einige allgemeinere Bemerkungen anlässlich des Zuckersteuer-Gesetzes machen. Dieses hat kaum seinen ersten Geburtstag gefeiert, und heute schon hört man von allen Seiten Klagen, daß es nicht gehalten hätte, was es versprochen hat. (Sehr richtig!) Ich will die Berechtigung dieser Klagen nicht bestreiten; aber die Verbesserungsvorschläge, die in der Presse gemacht sind und bei der ersten Lesung vielleicht ausgesprochen werden, sind doch auch noch nicht genügend geklärt, um ein neues Gesetz auf ihnen aufzubauen. Wir müssen warten, bis auf den Sturm nach den amerikanischen Tarifen eine Beruhigung eintritt. Die Zuckersteuer ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ganz außerordentlich stark gewachsen; sie war um 1/5 höher als in den ersten neun Monaten des vorigen Jahres. Was ist nun zu thun? Ich kann eine Mittheilung machen, die den Zuckerinteressenten erfreulich sein wird. Bisher befanden sich die Verhandlungen mit anderen Ländern über eine allgemeine Aufhebung der Prämie auf einem todtten Punkt. Dieser ist jetzt überwunden; gerade die Regierungen der westbaltischen Länder nehmen sie jetzt neu auf. Das ist eine gute Wirkung des Unfalls, daß wir in dem amerikanischen Tarif gleichsam einen Docht im Karpentische haben: er macht, daß die Karpen lebendiger werden. Es wird also besser sein, mit Abänderungen unseres Zuckersteuer-Gesetzes zu warten, bis die angebahnten Unterhandlungen zu einem Ergebnis kommen werden. Persönlich möchte ich dazu noch bemerken: es wird auf eine Vermehrung des inländischen Zuckerverbrauchs, sei es infolge des wachsenden allgemeinen Wohlstandes, sei es für den Fall, daß die Zuckerprämie abgeschafft wird, gerechnet. Daß eine solche Vermehrung eintritt, ist eine erfreuliche Thatsache; aber es würde falsch sein, zu hoffen, daß wir ja in Lande soviel Zucker verbrauchen könnten, als es für unsere Industrie nöthig ist. Der Engländer und Amerikaner verbraucht im Durchschnitt viel mehr Zucker als der Deutsche. Wir bleiben also auf die Ausfuhr angewiesen und werden hoffentlich auch in die Lage kommen, eine ungehinderte Ausfuhr zu erhalten.

In der Besprechung des Haushaltsplans für 1898, der gedruckt vorliegt, möchte ich mit der Zusammenstellung der fortwährenden Ausgaben anfangen. Sie finden eine Gesamtvermehrung von jetzt 85 Millionen. Dazu noch eine Vermehrung der einmaligen Ausgaben von jetzt 88 Millionen, also insgesamt 101 Millionen Vermehrung. Die hohen Ziffern geben nur zu Bedenken Anlaß, solange man sich nicht die Mühe giebt, sie in ihre Bestandtheile zu zerlegen. 2 Posten nehmen allein über 2/3 des Ganzen fort: 42 Millionen für Artilleriematerial und 73 Millionen Mehrausgaben an die Bundesstaaten. Von dem übrigen entfallen bei der Heeresverwaltung ca. 9 1/2 Millionen auf die Verpflegung der Truppen, auf das Ihnen am Herzen liegende warme Abendbrot, wobei wir nicht auf Widerspruch stoßen werden, und 4 Millionen auf die erhöhten Ausgaben für Naturalien. Bleiben die Posten bei der Garnisonverwaltung, 2 1/2 Millionen, bei den Übungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes 1 Million mehr; letztere Ausgabe ist nöthig, weil infolge der zweijährigen Dienstzeit die Übungen der Mannschaften stärker betrieben werden müssen, da sie jetzt weniger praktische Übung erlangen können als früher. Die übrigen Mehraufwendungen verteilen sich auf eine ganze Reihe von Posten, die in der Kommission nähere Berücksichtigung finden werden; für den Heeresetat, abgesehen von dem Artilleriematerial, 19 Millionen, für die Marine 8 1/2 Millionen. Kleinere Posten für das auswärtige Amt, die verschiedenen Schutzgebiete etc. machen den Rest aus.

Speziell möchte ich Sie aufmerksam machen auf die Verminderung der Posten für das Remunerationen- und Unterstützungswesen der Beamten. Bei der Schöpfung der Gehälter für die mittleren und höheren Beamten wurde gewünscht, daß diese Posten eingeschränkt werden. Die verbündeten Regierungen haben dies als berechtigt anerkannt. Da die Rang- und unteren Beamten nichts erhalten haben, sind für sie diese Ausgaben noch geblieben. Dagegen sind die Remunerationen für die höheren Beamten ganz ausgefallen, bei den mittleren sind diese und die Unterstützungsfonds bei beiden herabgemindert worden. Die Ersparnis beträgt ca. 1/3 Million.

Um auf die Einnahmen des Reichs überzugehen, so werden Sie bei den Zöllen sehen, daß sie mit 409 Millionen eingestellt sind, also mit 36 Millionen mehr als im Vorschlage, aber mit ziemlich ebenso viel weniger, als wir erwarten konnten. Früher hatten wir die Vorschläge nach dem Durchschneit einer Reihe von Jahren angestellt. Es bedeutet eine Verbesserung, daß wir jetzt die letzte Periode von 24 Monaten nehmen, also für diese Berechnung die vom 1. September 1895 bis 31. August 1897. Ein unwürdiger Staatssekretär könnte das außerordentlich günstige Ergebnis des laufenden Jahres benutzen, um das Endergebnis noch höher einzuschätzen. Diesen Vorwurf der Unvorsichtigkeit möchte ich mir nicht zuziehen; wie stellen für das nächste Jahr immer noch 36 Millionen weniger ein als wir erwarten können. Wir würden uns freuen und hoffen auch, daß diese Jahre anhalten werden.

Von den Zöllen sind untrennbar die Zollkurios, namentlich bei der ersten Lesung spielen sie immer eine Rolle. Keine Verwaltung hat es in der Macht, sie abzustellen; denn abgesehen davon, daß die zentralen Stellen nicht auf jeden Beamten direkt wirken können, giebt es auch im feinsten ausgeklügelten Zollsystem eine Reihe von Lücken. Immer sind bei diesem Gegenstande Beschwerden vorgebracht worden; viele waren berechtigt, daß gebe ich gern zu. Aber die Wege, die dabei vorgeschlagen wurden, sind nicht gangbar. Ich kann Ihnen nun die erfreuliche Mittheilung machen, daß zwischen den verbündeten Regierungen eine Einigung angebahnt wird, die einen großen Theil dieser Zollbeschwerden beseitigen wird. Es giebt danach eine Zentralkommission, bei der man sich vergewissern kann, welchem Zollfuß eine bestimmte zur Probe eingeführte Waare unterliegen würde. Der einführende Kaufmann wendet sich an die Direktionsbehörde des Bezirks, durch dessen Poststellen er die Waaren einführen wünscht. Der Bescheid, den er sich da holt, liefert ihn gegen Nachforderungen. — Sogt man, daß sei nur ein Palliativmittel, so gebe ich das vollkommen zu. Aber nehmen Sie dieses günstig an; es wird sich weiter entwickeln; damit wird sich ein ziemlich allgemein befriedigender dauernder Zustand herstellen. Natürlich ist auch damit eine absolute Abhilfe nicht möglich.

Die übrigen Einnahmen des Reichs sind so klar gehalten, daß sie den nöthigen Ueberblick ermöglichen. Insgesamt werden die Reichseinnahmen für 1898, abgesehen von den Matrikularbeiträgen und den Ueberschüssen aus dem Etatsjahre 1896, rund 60 Millionen höher veranschlagt werden können als im laufenden Jahre.

Die Ausgaben für Heeresverwaltung und Marine werden in der Kommission noch mehr besprochen werden. Der gesammte außerordentliche Etat 1898 bleibt hinter dem des laufenden Jahres um 34 Millionen zurück.

Ich darf diesen Darlegungen wohl noch einige Worte hinzufügen. Seit zwei Jahren brauchen wir keine Schaamlosigkeit zu geben. Wir haben nicht weniger als 122 Millionen offenen Kredit, den wir jeden Augenblick flüssig machen können.

Es ist das erste Mal, daß ich den Etat vertreten habe. Ich habe mich in den Ziffern soviel wie möglich beschränkt. Mir ist als einem Neuling im Amt nichts erwünschter, als Ihre Kritik, die mir stets eine Anregung geben wird. Ich werde Ihnen dafür Dank wissen. (Beifall.)

Darauf wird die Weiterberathung vertagt.
Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Schwebender Antrag Auer auf Einstellung des Strosverfahrens gegen den Abg. Horn. 2. Weiterberathung des Etats.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Etat des Reichstages, der immer erst aufgestellt werden kann, nachdem der Reichstag sich konstituiert und eine Sitzung des Gesamtvorstandes stattgefunden hat, ist soeben ausgegeben worden. Die Ausgaben für 1898 betragen 689 400 M. (26 910 M. mehr als im vorigen Etat). Die Unterhaltung der Amtswohnung des Präsidenten kostet 20 000 M. Der Direktor bezieht, außer seiner Dienstwohnung, 10 200 M. Gehalt, die Unterhaltung der Gebäude kostet 20 530 M. Für Entschädigung der Privat-Eisenbahnen für die Bewilligung der freien Fahrt der Reichstags-Abgeordneten sind 4000 M. ausgesetzt.

Die Kommission zur Vorberathung eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gedieh in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung bis zum § 17. Die Regierungsvorlage wurde fast unverändert angenommen. Der Antrag unserer Genossen auf Einführung des *Nacheides* begegnete zunächst „sympathischen“ Zustimmungserklärungen seitens einiger Mitglieder anderer Parteien. Unannehmbar erachteten sie aber die Forderung der Bestrafung des Richters, der der in dem gestern mitgetheilten Antrag aufgeführten Vergehen sich schuldig machen würde. Der „freiwillige“ Abgeordnete *Penzmann* meinte gar, man müsse die Bestrafung entgegenseitiger Verbindungen dem „diskretionären Belieben“ des Richters und seinem Tactgefühl überlassen. Nachdem die Regierungsvorleser erklärt hatten, daß das Prinzip des *Nacheides* zu billigen sei, daß aber diese Frage allgemein geregelt werden solle, wurde der Antrag unserer Genossen in allen seinen Theilen abgelehnt. Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Ausdehnung des Koalitionsrechtes. Die Abgg. Dr. *Pachnide* (fr. Vg.) und *Rösche* (willib.) haben, mit Unterstützung der Sozialdemokraten, den Antrag eingebracht, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere a) den § 152 der Gewerbe-Ordnung dahin abändert, daß Zerwürfungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verbündenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen betreffen, oder darauf gerichtet sind, Änderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen. b) Den in § 152 der Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten. c) Den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verleiht, wenn sie den §§ 55 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen.

Agrarischer Initiativantrag. Der Abgeordnete von *Pöhl* und Genossen haben beim Reichstage den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen angemessenen Zoll auf Saccharin dem Reichstage vorzulegen und eine Fabriksteuer für den im Zolllande zu produzierenden Saccharin einzuführen. Einen ähnlichen Antrag haben die Nationalliberalen unter Führung ihres agrarischen Zuderedners *Paasche* eingebracht.

Heimstätten-Gesetz. Die beiden konservativen Parteien und das Zentrum haben im Reichstage wieder den Entwurf eines Heimstätten-Gesetzes eingebracht.

Die Nationalliberalen und die Standard Oil Company. Die „National. Correspondenz“ schreibt: Mit den Ergebnissen der Interpellation betreffs der Standard Oil Company wird sich die nationalliberale Fraktion des Reichstages nicht begnügen, sondern in noch zu formulierenden Anträgen diese Frage weiter verfolgen.

Antisemitische Initiativanträge. Die deutsch-soziale Fraktion hat beim Reichstage vier Anträge eingebracht: betreffend die Erweiterung des allgemeinen und gleichen Reichstags-Wahlrechts zu einer Reichstags-Wahlpflicht, betreffend das Betreten der Schlachthöfe, betreffend die Mißbräuche auf dem Gebiete des Privatversicherungswesens und betreffend die Einwanderung ausländischer Juden.

Eingetragene Berufsvereine. Der Abg. *Schneider* (fr. Vg.) hat seinen bez. Antrag wieder eingebracht.

Verurteilung in Strafsachen. Ein dahingehender Initiativantrag wird von der freisinnigen Volkspartei eingebracht.

Kommunales.

Bezüglich der Gehaltsverhältnisse der Gemeindefullehrer und Lehrerinnen hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, dem beschämenden Votum der Stadtverordneten-Mehrheit beizutreten. Maßgebend war für diesen Beschluß hauptsächlich der ständige Wunsch, mit der Stadtverordneten-Versammlung in Einklang zu bleiben und einer Wiederholung heftiger Debatten in dieser Angelegenheit vorzubeugen. Nein, solcher Partisan!

Die städtische Feuer-Sozial-Versicherung hat im Verwaltungsjahre 1. Oktober 1896/97 gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich schlechtere Geschäfte gemacht. Die Zahl der Brandentschädigungen betrug im angeführten Jahre 2073, während im Vorjahre nur 1881 Brandentschädigungen zu befriedigen waren. In demselben Maße hat sich auch die Entschädigungssumme erhöht, welche die angeführte Summe von 1 511 906,88 M., präferiert gegenüber dem Vorjahre mit 627 759,98 M., also gegenüber der letzten Zahl um ein Mehr von 884 146,88 M. Dagegen hat sich die Versicherungssumme der neu hinzugekommenen Baulichkeiten im Betrage von 108 280 800 M. gegen das Vorjahr mit 110 401 100 M. um 2 120 300 M. verringert. Größere Brände fanden in dem Geschäftsjahre 1896/97 statt: der Brand auf den Grundstücken in der Chausseestraße 79, 80—81, 83—85, 88 und Poppenstr. 40, 43, 44, 45 mit einer Brandentschädigungssumme von 457 555 M., der Brand Hausvogteiplatz 1, 2, 3—4 und Oberwallstr. 6—7 und 8 mit einer Brandentschädigungssumme von 179 849 M. etc. Die Gesamtausgaben der Feuer-Sozialität betragen 2 517 551 M., in welcher Summe die oben genannte schließliche Entschädigung mit enthalten ist. Die Kosten des Feuerlöschwesens incl. der Hälfte der Unterhaltungskosten der Feuerwachtgebäude und der anteiligen Kosten für den Erweiterungsbau der Haupt-Feuerwache in der Lindenstraße betragen 890 313 M. etc. Der Gesamtversicherungswert der bei der städtischen Feuer-Sozialität versicherten Gebäude betrug Ende September 1897: 3 723 883 500 M. Bei einer Ausschreibung von 6 5 Pf. für je 100 M. der Versicherungssumme einschließlich der doppelten, vier- und sechsfachen Beträge ergibt sich die Summe von 2 439 897 M., jedoch eine Mindereinnahme von 77 633 M. entsteht, um welche Summe sich der Ueberschuss der früheren Jahre im Betrage von 886 240 M. verringert. Die Zahl der bei der städtischen Feuer-Sozialität versicherten Grundstücke betrug am Schlusse des Verwaltungsjahres 23 307, neu hinzugekommen sind im Laufe des Geschäftsjahres 23 610 versicherte Grundstücke.

Das Feuerwacht-Depot in der Lindenstraße bedarf dringend des Umbaus und das Magistrats-Kollegium hat daher beschlossen, die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, die erforderlichen Mittel zum Umbau in Höhe von 16 000 M. zu bewilligen.

Städtische Anleihe. Die bereits angekündigte Aufnahme einer städtischen Anleihe ist vom Magistrats-Kollegium auf Antrag des Kammerers *Raas* in Höhe von 60 Millionen Mark beschlossen worden und wird der Finanzdeputation diese Angelegenheit zur Vorbereitung überwiesen werden.

Tokales.

Der Berliner Stadtverordnete *Wunder* wurde gestern auf dem Gemeinde-Friedhof zu Friedrichsfelde begraben. Dem letzten Geleit hatten sich viele Stadtverordnete aller Parteien und eine Magistrats-Deputation angeschlossen. *Wunder's* Wunsch gemäß fand die Beerdigung ohne geistliche Hilfe und ohne Gesang statt. Der Verstorbene war einer von jenen stillen alten Achtundvierzigern; er hatte seinerzeit dem verfolgten *Ladendorfer* auf längere Zeit ein Asyl gewährt. Bis in die letzte Zeit hinein war er, soweit seine Kräfte reichten, wohlthätig. Oeffentlich trat er wenig hervor; in der Versammlung stimmte er häufig mit den Sozialdemokraten, trotz seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie. Den Nachruf hielt sein Fraktionsgenosse *Kreiling* in der Kapelle des Friedhofes.

Hoffänger. Sie sind, wie die ganze Kategorie der „Hof“-Musikanten, in manchen Stadtgegenden recht selten geworden. Die Hauswirthe betrachten es als eine Befähigung ihrer Wirthler, wenn auf dem Hofe sich die häufig recht unschönen Stimmen der Hoffänger erheben. Auch paßt diese altmodische Art nicht recht in die modernen Mietpalaestien und dort, wo die Häuser nicht verschlossen sind und von einem der wegen ihrer Kurzangebundenheit berühmten Pförtner bewacht sind, können die Hoffänger sicher sein, daß ihnen jenes bekannte Schildchen: „Hausiren, Musikanten u. s. w. ist in diesem Hause verboten“, entgegenleuchtet. Auf diese Weise will man dasselbe verhalten, was z. B. die Annschriften: „Verein gegen Verarmung und Bettelei“ bewirken, nämlich, daß das Geld ins Haus kommt. Denn wenn die Warden des Hofes auch mehr oder weniger fröhliche Lieder erklingen lassen, ihre Gestalt und ihr ganzes Wesen erhebt eine laute Stimme von Roth und Glend. Hat sich nun wirklich einmal so ein armer Teufel auf einen jener Höfe verirrt, auf die der Zutritt verboten ist, weil „herrschastliche“ Wohnungen auf ihn münden, so öffnet sich schon bei den ersten Strophen des Hoffängers im Erdgeschoß ein Fenster — der Portier fällt mit lauter Stimme in den Gesang ein und verlangt Schluß. Der Sänger achtet meist nicht darauf. Dann kommt schließlich der Portier heraus und führt den Sänger vom Hof. Die Dienstmädchen schauen ihm mitleidig nach und bedauern den Abbruch des Gesanges, denn für sie sind die Lieder des Hoffängers nur zu oft der einzige künstlerische Genuß, da sie von dem Klaviergellimper der Gnädigen nichts verstehen. Ein solches Abführen der Hoffänger geht meist nicht ganz ruhig ab. Einige kräftige Schimpfworte erregen schließlich die Gemüther, und die Szene endet vor der Strafkammer, wo sich dann schließlich herausstellt, daß die soziale Lage wieder eine Gesetzesübertretung veranlaßt hat. Denn nicht bloß zwingt die Hoffänger zum Widerstand und zur Nichtbeachtung der Hausordnung, sondern einzig und allein ihre Nothlage. Auf den Höfen, wo ihnen das Singen erlaubt ist, wohnen nur Arbeiter. Und wenn die auch nicht kuaferig sind, in den letzten Tagen der Woche muß die Arbeiterfrau jeden Pfennig zehnummal umdrehen, ehe sie ihn ausgiebt. Darum versuchen die Hoffänger immer wieder, sich die besseren Häuser zurückzuerobern, denn die Dienstmädchen spenden gern einen Obolus für die Unterbrechung des eintönigen Gesanges durch die Sänger, übermitteln diese ihnen doch die Melodien und Texte der neuesten Schlager und Gassenhauer. Ein ordentlicher Hoffänger muß nämlich heutzutage mehr als das Vieh von der Gärtnerin und ähnliches können, er muß mit der Zeit mitgehen. Sang er vor mehreren Jahren die „Hofantation“ und das „Tavara Sumitara“, so muß er jetzt den „Jahrmarkttrummel“ und „Gustav ärgerte Dich nicht“ vortragen. In neuester Zeit sieht man nicht nur ältere Leute so von Hof zu Hof ziehen, manche Frauen nehmen ihre sämmtlichen Kinder auf ihre Kunstfahrten mit. Manchmal mag die Spekulation auf das Mitleid der Menschen mißprechen, doch wollen auch viele Mütter ihre Kinder nicht ohne Aufsicht lassen und so sind sie der Unbill der Witterung ausgesetzt. Selbst einzelne Kinder oder Kindergruppen ohne Eltern ziehen stehend auf den Höfen umher als schreiende Zeugen des Jammers, in dem so viele kleine Geschöpfe in der heutigen Gesellschaft verkommen.

Die Berufsvereine stehen im allgemeinen nicht in dem Verdacht, daß sie verunglückten Arbeitern gegenüber allzu generös handeln. Im Gegentheil legen zahlreiche Vorkommnisse Zeugnis davon ab, daß die von diesen Unternehmerkorporationen manchmal aufgetriebenen Hindernisse einen im Dienste des Kapitals zu Schaden gekommenen Proletarier geradezu zur Verzweiflung bringen können. Umso mehr muß man staunen, wenn man von einer Berufsvereinsgesellschaft vernimmt, die im letzten Gegenstande von allem bisher gewohnten Verhalten sogar wider die Zwecke des Gesetzes handelt, nur um einem armen Arbeiter Geld zuzuführen. Es ist die Berufsvereinsgesellschaft für *Heinrich*, die ihrer eigenen Verbindung nach aus christlichem Mitleid sich den Bahnen nähert, die einstens der heilige *Crispinus* gewandelt hat.

Der Feizer *Johann S.* in Charlottenburg hatte am 6. Noobr. 1895 einen Betriebsunfall erlitten, wofür er eine Rente von 10 pSt. erhielt. Vom 1. Oktober d. J. ab stellte die Berufsvereinsgesellschaft die Zahlung dieser Rente ein, eine Maßregel, durch die S. veranlaßt wurde, sich an das Schiedsgericht zu wenden. In der Sitzung dieses Gerichts, das, nebenher bemerkt, die Berufsvereinsgesellschaft zur Weiterzahlung der bisherigen Rente verurtheilte, kam auch die übliche Gegenerklärung der Berufsvereinsgesellschaft zur Verlesung, und in dieser Erklärung stand schwarz auf weiß folgendes:

Schon nach dem Gutachten des Dr. *Habra* vom 8. März 1896 (Blatt 42 der *Allen*) war der objektive Befund des verletzten Fußes normal. Das Fußgelenk war nicht mehr verdrückt und der Fuß in allen Richtungen frei beweglich. Wenn wir dem Kläger damals noch eine Rente von 10 pSt. beließen, so geschah dies nur in Rücksicht darauf, daß er keine Arbeit hatte. Jetzt arbeitet er...

Diese Erklärung, die von einer im christlichen Staate fast unerbötlichen Mächtigkeits zeigt, hat für die Berufsvereinsgesellschaft für *Heinrich* das eine Gute an sich, daß sie selbst vom Schiedsgericht nicht geglaubt wird. Andererseits hätte auch wegen unrechtmäßiger Verwendung der öffentlichen Gelder gegen die Berufsvereinsgesellschaft eingeschritten werden müssen.

Der skandalöse Fall der Eiskirch und sittenpolizeilichen Untersuchung eines anständigen Mädchens auf Grund einer skandalösen Denunziation hat auch die bürgerlichen Frauenkreise in lebhafter Erregung gebracht. In eine Anzahl bekannterer Frauen waren Anfragen folgenden Inhalts gestellt worden: 1. Was ist Ihre Meinung über diesen Fall und 2. welche Mittel und Wege halten Sie für geeignet, um ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen?

Frau Professor *Raslowitz*, die Präsidentin des *Bethehauses*, hielt es für wünschenswerth und notwendig, daß die Polizei angewiesen wird, zu allererst die erforderlichen Klageunterlagen einzuziehen, um eine unschuldige Person eventuell vor ungerechter Strafe zu bewahren. Frau *Schubert-Hedder*, Dr. phil. schreibt: „Es herrscht wohl nur eine Meinung der Entschiedenheit. Die subalternen Polizeiorgane haben kein Geringes im *Zarigefühl* machen können und müssen angehalten werden, die gewünschte Anträge bei Verwandten oder Bekannten sofort zu thun.“ Für Fr. Dr. *Sera. Prosch* ist der Fall ein neues Blatt in der Geschichte der doppelten Moral, sie will einen energischen Protest aller Berliner Frauenvereine. Sehr energisch geht *Fraulein Dr. med. W. Inhm* vor: „Jede verhasste Person kann zu jeder Tag- und Nachtzeit die Identifizierung ihrer

Persönlichkeit verlangen, aber es muß auch die Persönlichkeit eines jeden Mannes, der eine Frau durch Ansprechen belästigt, polizeilich festgestellt werden, wie diejenige der Frau, die den Mann zur Anstößlichkeit verlocken will. Ein Mann, der wiederholt beim Ansprechen von Frauen betroffen wird, ist wie eine Prostituirte zu behandeln und zweimal wöchentlich Untersuchungen von Seiten eines Arztes zu unterwerfen. Die erste polizeiliche Untersuchung von Frauen hat durch einen weiblichen Arzt zu erfolgen. Fräulein Selene Lange schreibt wörtlich: „Ich glaube die Ursache der empörenden Sittlichkeit und Untersuchung eines anständigen Mädchens in den zu weit gehenden Befugnissen der untergeordneten Polizeibehörden liegen.“ Frau von Witt nennt den Fall „einen Schlag ins Gesicht aller anständigen Frauen, eine schwere Sorge für uns Mütter von heranwachsenden Töchtern“. Sie will strengste Strafe für die Männer, die Frauen in unziemlicher Weise ansprechen, und Einsetzung von zuverlässigen Polizeimatrone. Vor allem Abschaffung der staatlichen Prostitution. Die Juristin Fräulein Dr. Anita Kuerzberg dringt auf sofortige Revision der einschlägigen Polizeiverordnungen und energische Stellungnahme der Frauenvereine, damit die notwendigen Änderungen in den Vorschriften vom Volke erzwungen werden. Frau Schulzath Cauer sieht in dem Falle einen Beweis der Schutzlosigkeit der deutschen Frau, deshalb müßte ein Entschuldigungssturm durch die deutsche Frauenwelt gehen. Mittel zur Aenderung sind Erlangung der Rechte der Staatsbürger für die Frau, Anstellung von Polizeimatrone, Aufhebung des staatlichen Schutzes der Prostitution.

Das Berliner Bauwesen wird vom Magistratsassessor v. Schulz, dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, in einem jetzt veröffentlichten Gutachten für den Polizeipräsidenten dahin zusammengefaßt: Daß ein zahlungsfähiger Privatmann sein Grundstück durch einen Maurermeister bebauen läßt, eventuell unter Zuhilfenahme des Hypothekendarlehs; daß jemand, der sein Vermögen in Häusern anlegen will, den Bau für seine Rechnung ausführen läßt, scheint die Ausnahme. Auch daß ein leistungsfähiger Bau-Unternehmer auf Spekulation baut, mit der Absicht, möglichst bald weiter zu verkaufen, scheint nicht die Regel. In der Mehrzahl der Fälle scheinen die eigentlich treibende Kraft bei Errichtung des Bauwerks der Baustellenverkäufer und der Wangelgeber zu sein, die aber nur als Hypothekengläubiger auftreten, das nominelle Eigentum des Baues, das Abschließen der Arbeitsverträge anderen, meist zahlungsunfähigen Personen überlassen. Der eigentliche Unternehmer vermeidet es, Arbeitgeber zu sein. Dies zeigt sich dann durch alle Stadien des Baues und alle Kategorien der beim Bau Mitwirkenden fort. Es ist immerhin gut, daß die bekannten Schusterpraktiken gewisser Privatpersonen und Hypothekendarlehen auch einmal von amtlicher Stelle aus annähernd als das bezeichnet werden, was sie sind.

Die Art der Autorität, mit der die Lehrer höherer Schulen sich in gewissen Dingen ihren Schülern gegenüber begnügen müssen, wird durch folgende Mitteilung dargestellt: „Die Frage, ob sich die Schüler höherer Lehranstalten in Zukunft an dem Wettrudern betheiligen werden oder nicht, wird in der nächsten Zeit definitiv und zwar, wie verlautet, vom Kaiser, dem Protektor des Schülerruderns, entschieden werden. Der Gymnasial-Ruderverband, d. h. diejenigen Oberlehrer, welche an den höheren Lehranstalten die Aufsicht über die Rudervereinigungen haben, sind bekanntlich schon vor fünf Monaten bei dem Provinzial-Schulkollegium dahin vorstellig geworden, aus pädagogischen Gründen für einige Jahre die Schüler der höheren Lehranstalten nicht zum Wettrudern zuzulassen. Auf diese Eingabe ist bis jetzt noch kein Bescheid erfolgt.“ Und zwar, wie verlautet, weil der Kaiser Kenntnis von der Sache erhalten hat und bei dem großen Interesse, welches er dem Schülerrudern entgegenbringt, selbst eine Entscheidung treffen wird. Daß dem Rudersport nach wie vor an den höheren Lehranstalten Berlin die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird, geht daraus hervor, daß am nächsten Sonntag zum besten der Rudervereinigung des Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in der Aula der Anstalt ein Konzert veranstaltet wird. Auch hat sich dies Gymnasium an der Oberspree hinter Ober-Schöneweide ein eigenes Boots- und zwar in Gestalt eines Pavillons, der früher auf der Gewerbe-Ausstellung stand, angelegt.“

Schon längst haben sich die Lehrer davon überzeugen müssen, daß die Ausdehnung der körperlichen Übungen bis zum Wettsport die Erziehung und geistige Entwicklung der ihrer Verantwortung unterstellten Jungen außerordentlich beeinträchtigt.

Zum Zweck der Errichtung allgemeiner studentischer Ehrengerichte soll an der Universität Berlin ein studentischer Verein begründet werden, während das Komitè, das bisher die Idee der Ehrengerichte vertreten hat, sich auflösen soll. Ein definitiver Beschluß hierüber soll von einer Studenten-Versammlung gefaßt werden, die vom bisherigen Komitè einberufen ist und am Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Viktoriasälen, Leipzigerstraße (nahe Leipziger Platz) tagen soll.

Weihnachtsverkehr auf der Eisenbahn. Auf den preussischen Staatsbahnen und einer großen Anzahl anderer norddeutscher Eisenbahnen ist zu Weihnachten dieses Jahres die Geltungsdauer der gewöhnlichen Nachfahrkarten von sonst kürzerer Dauer für die Tage vom 18. Dezember d. J. bis einschließlich den 6. Januar 1898 festgesetzt. Es gelten danach die vom 18. Dezember d. J. gelassenen Nachfahrkarten dieser Art, deren Geltungsdauer tarifmäßig vor dem 6. Januar 1898 ablaufen würde, bis zu diesem Tage einschließlich der Rückfahrt. Die Rückfahrt muß spätestens am 6. Januar 1898 bis um 12 Uhr Mittags einschließlich angetreten sein. Das Nähere ist aus den öffentlichen Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahndirektionen zu entnehmen.

Die spanischen Schatzgräber, von denen vor längerer Zeit ein Theil als Betrüger entlarvt und zur Haft gebracht war, rühren sich wieder. Da das Publikum, gewarnt durch die Presse, nicht mehr an den vergabenen Schatz glaubt, ist ein neuer Schwindel, und zwar mit großen ausländischen Erbschaften, inszeniert worden. In der Regel theilt ein angeblicher Rechtsanwalt vom Auslande her den betreffenden Personen mit, daß ihnen von einem Verwandten eine bedeutende Erbschaft zugefallen, und zur Behebung derselben ein Vorschuß von mehreren 100 M. für Gerichtskosten, Stempel pp. einzufenden sei. Es ist festgestellt, daß die Betrügerbande weitgehende Verbindungen nach allen Ländern, auch außereuropäischen, besitzt und in der Lage ist, sich die genauesten Informationen über die verwandtschaftlichen Verhältnisse der von ihr heimgesuchten Personen zu verschaffen; sie operirt so geschickt, daß die Betrogenen, wie es vorgekommen ist, eher ihrem eigenen Konfuz misstrauen, als an einen Betrug glauben wollten. Es wird deshalb erneut vor jenen Schwindlern gewarnt und dem Publikum empfohlen, in den erwähnten Fällen, in welchen es sich um vorherige Entsendung größerer Beträge, namentlich ins Ausland, handelt, zuvor die Hilfe der Behörden zur Prüfung der Sache in Anspruch zu nehmen.

Aus dem Lager der Anarchisten theilt ein hiesiges Blatt mit, daß das von dem linken Flügel derselben vor einigen Monaten begründete Wochenblatt „Neues Leben“ mangels weiterer Geldmittel sein Erscheinen einstellen wird und noch ein Defizit von 161 M. zu decken bleibt. In der gestern erschienenen letzten Nummer des genannten Blattes theilt die Redaktion und Expedition ihren Lesern — unter Trauerand — mit dem Hinjüngern mit, daß eine Anzahl Genossen nicht so viel Ehrgelüste besaßen hätten, ihr Schuldenskonto zu begleichen. — Auf Grund der November-Nummer des „Sozialist“ ist der Einbrecher der Anarchisten-Konferenz, Urmacher Knand in Frankfurt a. M., wegen Aufrufes zum Klassenkampf angeklagt worden. — Die Polizeibehörde in Frankfurt a. M. hat den Anarchisten Jüdel aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen. — Bei dem Anarchisten Schweiger in München wurde eine Hausdurchsuchung abgehalten. Die Beamten beschlagnahmten verschiedene Druckschriften.

Mit der Festnahme des Einbrechers Mollek hat die Kriminalpolizei einen guten Griff gethan. Mollek lebte bereits seit vier Monaten ausschließlich von Einbrüchen, die er meistens vor- mittags ausführte, wenn die Hausfrauen mit dem Dienstmädchen auf den Markt gegangen waren. Er legte sich auf die Lauer, beobachtete, wann die Frauen weggingen, und drang dann mit Hilfe von Nachschlüssel in die Wohnungen ein. Seinen letzten Schlag führte er gegen den Versicherungsinспекtor Niemann in der Berliner-Kroße 123. Eine Apothekerschachtel wurde ihm hierbei verhängnisvoll. Als Frau Niemann den Einbrecher bei der Arbeit überraschte, streute ihr dieser nach einer alten Spitzbubennethode feingemahlene Pfeffer in die Augen, was aber so unvorsichtig, auch die Schachtel mit wegzwerfen. Das war sein Unglück. Die Schachtel stammte aus einer Apotheke und hier war das betreffende Rezept unter einer laufenden Nummer mit dem Namen des Empfängers eingetragen. Nun hatte Mollek zwar seinen Namen von der Schachtel weggekraft, nicht aber die Nummer. Auf Grund dieses Anhaltspunktes wurde der Einbrecher bald ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Sein Handwerk wird ihm jedenfalls auf lange Zeit gelegt werden.

Die Verwandlungen der Theatergarderobe. Vor einigen Monaten wurde ein Mann, der sich fälschlich Engelhardt nannte, festgenommen, als er auf der Deutschen Bank den Restbetrag für verkaufte, hier gestohlene Wertpapiere erheben wollte. Der angebliche Engelhardt hatte, wie sich nun herausgestellt hat, allerdings allen Grund, seinen richtigen Namen zu verschweigen, denn in ihm war der Betrüger der bereits mit Zuchthaus bestrafte Tischler Eichert in die Hände gefallen. Eichert betrieb in Niddorf eine Tischlerei, beschäftigte mehrere Gesellen und hielt Pferd und Wagen. Eine in der Wohnung des Eichert und dessen Schwägerin vorgenommene Durchsuchung hatte die Auffindung einer ganzen Wagenladung gestohlenen Gutes zum Ergebnis. Unter den vorgefundenen Gegenständen befanden sich ein großer Theil der Sachen, welche im Sommer 1894 und Frühjahr 1895 dem Professor Zedlitz, dem Musiklehrer Leibholz und der Schauspielerin Rusch a. D. u. e. durch Einbruch gestohlen worden waren. Besonders der letzte Einbruch hatte Aufsehen erregt, nicht nur durch die Frechheit, mit welcher die Diebe operirt hatten, sondern auch durch die Höhe des Diebstahls. Es waren Theatergarderoben und Kleidungsstücke im Werthe von 20 000 M. gestohlen worden. Die prachtvollen Roben der Künstlerin sind von der Schwägerin des Einbrechers, der Frau Lange, welche nun wegen Dieberei festgenommen worden ist, umgearbeitet und dann als Raubgarderoben an Hildorfer Damen vertrieben worden. Nur der geringste Theil des gestohlenen Gutes konnte bisher relognosirt werden. In der Verwahrung der Behörde befinden sich noch die verschiedensten Wäschegegenstände, Herrenkleidungsstücke, Stuh- und Wanduhren, kleine Delgemälde und ganze Stände werthvoller Betten.

Die Einlieferin von Tegel, jene Frau Walter aus Klein-Freden, die Mitte Oktober in vollständig vernachlässigtem Zustande nach 14 tägigem Aufenthalt unter freiem Himmel von Ausflüglern in Tegeler Forst angetroffen und nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht wurde, hat dieses geistlich wieder verlassen. Bald nach dem Ende ihres Einsiedlerlebens wurde von Hildesheim aus eine räthselhafte Geschichte von dem angeblichen Selbstmord einer Frau Dr. Seifert in Thale verbreitet, in der auch Frau Walter eine Rolle spielte. Diese hatte mit Frau Seifert einen Spaziergang gemacht, von dem sie allein nach Hause zurückkehrte. Am folgenden Tage wurde Frau Seifert als Leiche aus der Lake gezogen. Frau Walter behauptete, daß ihre Freundin sich das Leben genommen habe. Eine lange Untersuchung, in deren Verlauf die Leiche der auf dem Einbürger Friedhofe beerdigten Frau Dr. Seifert wieder ausgegraben wurde, hat diese räthselhafte Geschichte nicht aufklärt. Während ihres Aufenthalts in dem hiesigen Krankenhaus haben wieder polizeiliche Ermittlungen über das Leben der Frau Walter festgestellt; sie scheinen jedoch etwas Belastendes nicht zu Tage gefördert zu haben, denn man hat die Frau ohne weiteres abreißen lassen. Angeblich hat sie sich zu ihrem Vater begeben, der sie mit Kleidung und den nöthigen Geldmitteln ausgestattet hat.

In dem Besuden des vierjährigen Wilhelm Siewert, des einzigen überlebenden Opfers der Familienkatastrophe in der Uhländstraße, ist, wie uns aus dem Charlottenburger städtischen Krankenhaus mitgetheilt wird, eine überraschend günstige Wendung eingetreten. Die Ärzte geben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, den Kranken am Leben zu erhalten, vorausgesetzt, daß keine Komplikation der Verletzung eintritt.

Für die Berliner Taschenziehe ist jetzt wieder die Erntezeit angebrochen. Die Diebstahlskunst hat das Feld ihrer Thätigkeit nach der Friedrichstadt verlegt, wo sie eifrig damit beschäftigt ist, die Taschen ihrer Mitmenschen zu erleichtern. Eine Anzahl Kriminalbeamte sind infolge dessen in den hauptsächlich in betracht kommenden Straßenzügen, Friedrich- und Leipzigerstraße, Passage u. Stationstr. Es ist den Beamten auch bereits gelungen, mehrere der Taschenzieher festzunehmen. Unter den Verhafteten befinden sich viel jugendliche, noch im Kindesalter stehende Verbrecher von 10 bis 14 Jahren.

Einen Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem Landröschchen Bierwagen gab es gestern Vormittag in der Frankfurter Allee. Der Führer des Bierwagens, der 26 Jahre alte Bierfahrer Gustav Hoffe aus der Prenzlauer Allee Nr. 10 wurde überfahren und erlitt außer Quetschungen an der linken Körperseite einen Bruch des linken Oberarmes. Er wurde mit einem Wagen der Unfallstation in ein Krankenhaus gebracht.

Ein Berliner Durchgänger ist in Köln a. Rh. festgenommen worden. Vor etwa vier Wochen verschwand von hier der Rangsteigehälse Wolff, der beim Amtsgericht I in der Verifstraße beschäftigt war. Es hieß zunächst, der junge Mann sei Schulden halber ausgeföhrt, in die ihm sein Verhältniß trotz seines völlig ausreichenden Verdienstes gestiftet hätte, es hat sich aber hinterher herausgestellt, daß er einen großen Theil seiner Schulden unter falschen Vorlegungen gemacht hat, wodurch die Schuldennachweise in zahlreichen Fällen zum Betrug gestempelt wird. Gestern wurde der Ausreißer in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert und alsbald dem ersuchten Richter vorgeführt.

Anfälle im Straßenverkehr. Der 71 Jahre alte, taube Maurer Gottlieb Hartwig wurde gestern Vormittag von der elektrischen Bahn in der Schiffschiffstraße erfaßt und umgehoben, wobei er eine leichte Kopfverletzung davontrug. — Beim Uebersteigen des Fahrdammes vor dem Hause Gadescher Markt 3 wurde die 82 Jahre alte Frau Waltheide Wolter aus dem Amalienpark von einem mit Petroleumlampen beladenen Wagen umgehoben. Sie erlitt eine Verstauchung des linken Fußes. — Abends wurde an der Schloßfreiheit die Tochter der Witwe Fegler durch einen Omnibus der Linie Moabit-Alexanderplatz überfahren und am rechten Oberschenkel erheblich verletzt. Sie erhielt auf der Unfallstation V einen Verband. — Vor dem Hause Auguststr. 66 wurde gestern Nacht die unter stützenpolizeilicher Aufsicht stehende Anna V. mit mehreren Verletzungen am Kopf demüthlos auf dem Bürgersteig liegend aufgefunden und nach der Sanitätswache gebracht, wo ihr ein Verband angelegt wurde. Nach ihren Angaben ist sie von Zuhältern mißhandelt worden.

Zur Förderung der Zucht des Kaninchens sollen zu Zuchtzwecken vom Verein für Kaninchenzucht, Alexanderstr. 30, eine Anzahl Kaninchen beliebiger und französischer Rasse gratis vergeben werden. Interessenten belieben sich während des Marktes am nächsten Sonntag von 12-8 Uhr mündlich oder schriftlich an obige Adressen zu wenden.

Der Feen-Basalt hat nunmehr auch sein Weihnachtsprogramm. Freilich ist nichts von Sentimentalität darin zu finden; vielmehr zeigt die Gesangsposse „Eine nette Weihnachtsbescherung“, die allabendlich aufgeführt wird, von dem lebhaftesten Streben, dem Humor in seiner derbsten Ausgelassenheit zum Siege zu verhelfen. Selbstverständlich amüßert sich das Publikum wieder an den reichlich aufgestellten Scherzen. Aus der statlichen Reihe der Artisten und

Artisten erwähnen wir den Jongleur Thomas, den Clown Sarofant sammt seinen Vierfüßlern, die Lustkünstlerin Victoria sowie die Drahtseilkünstlerin Arioli. Die edle Gesangsartistin ist mehr oder minder hervorragend durch Herrn Bayer, die Duellisten Dahn und Walde sowie durch Fräulein Fried vertreten. Beachtung verdient noch Herr Will mit seinen selbstmuffizierenden Automaten.

Feuerbericht. Donnerstag abends 8 Uhr erfolgte Feld-Kreuzmeisterstraße 8 ein Kellerbrand, dem mit Bestimmtheit Brandstiftung zu Grunde liegt. Kurz nach 10 Uhr war Ballstraße 39 ein Gardinenbrand abguldlos. Freitag früh 4 1/2 Uhr wurde die Wehr nach Meherstr. 42 gerufen, wo ein Küchen-schrank in Flammen stand. Nachmittags 1 Uhr hatte Patzdamerstraße 41 ein Posten Stroh Feuer gefangen. Endlich war abends 5 1/2 Uhr Maaßenstraße noch ein Gardinenbrand zu beseitigen. Sämtliche Brandfälle waren aber von unerheblicher Bedeutung, so daß die Wehr nirgends besonders eingzugreifen brauchte.

Theater. Das Olympia-Theater beginnt seine Vorstellungen von heute ab um 8 Uhr. Sonn- und Feiertags finden zwei Vorstellungen und zwar nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr statt. — In der heutigen (Sonntags-) Benefiz- und Fest-Vorstellung, welche die Direktion des Luisen-Theaters zur Feier des 25jährigen Schauspieler-Jubiläums für Arthur Winkler veranstaltet, gelangt außer der am Donnerstag mit großem Beifall aufgenommenen Weihnachts-Revü „Fröhliche Weihnachten“ von S. Ottomeyer noch ein Gelegenheitsstück von H. Probel unter dem Titel „Der 25. Jahre“ zur Aufführung, worin die früheren Ergebnisse des Jubilars bei einer reisenden Gesellschaft vor 25 Jahren in drastischer Weise geschildert werden.

Aus den Nachbarorten.

Die Schließung zweier höherer Privatschulen durch die kgl. Regierung erregt in Erkner allgemeines Aufsehen. Dort ist vor einigen Tagen den Leitern der betreffenden Schulen eine Verfügung zugegangen, die u. a. folgendes besagt: „Wir können mit dem Schluß des Jahres das Bedürfnis für eine zweite Privatschule in Erkner neben der bereits konfessionierten Hummel'schen nicht anerkennen. Wir haben deshalb, nachdem der Versuch einer im Schlußinteresse liegenden Vereinigung mit dieser mißglückt, die Schließung der beiden Unterrichtsanstalten des emeritirten Volksschullehrers Scheid, sowie der Privatschule v. Hennig, welche lediglich als eine einseitige Privatschule angesehen wird, spätestens zum 31. März 1898 angeordnet. Der Schluß der Schule ist jedoch gleichzeitig erwünscht worden, dem pp. Scheid auf seinen schriftlichen Antrag die Fortsetzung seiner früheren Familienschule unter Beschränkung der Schülerzahl auf höchstens zwanzig und ohne fremdsprachlichen Unterricht jederzeit widerwillig zu gestatten.“

Aus Kolonie Grunwald wird gemeldet: In dem Neubau einer Villa von der 28 Jahre alte Studentin Albert Sonnenberg aus Eberswalde mit dem 19jährigen Arbeiterburschen Karl Jels aus Berlin mit dem Anbringen des Stubs beschäftigt. Nach dem Mittagessen füllten sie den eisernen Ofen, welcher zum Ausdrehen des Mannwerks dienen sollte, bis zum Rand mit frischem Koks; dann legten sich beide auf den Fußboden, um eine kurze Mittagsruhe zu halten. Raum waren sie eingeschlossen, als der Ofen platze. Mit schweren Brandwunden bedekt, troden die beiden durch die noch ungeschlossene Thüröffnung ins Freie. Auf ihr Zammern eilten Nachbarn herbei, welche ihnen die erste Hilfe leisteten und sie dann mittels Wagens nach dem Berliner Krankenhaus Bethanien beförderten.

Theater.

r. Louise-Theater. Die liebe Geschichte von Scrooge und Marley's Geist, die Dickens in seinem Weihnachtslied in Prosa erzählt, tauchte gestern dramatisch im Louise-Theater auf. Freilich hatte Herr S. Ottomeyer das englische Original nicht allein verdeutscht, sondern sogar ein wenig berlinisiert, aber das war in diesem Falle kein Schade. Brauchte der Verfasser des „Fröhliche Weihnachten“ genannten Stückes und dadurch doch nicht nur den etwas wehmüthig verträumten englischen Humor, sondern auch die blumenduftende deutsche Märchenwelt vor unser Auge! Wir leben, wie dem geldgierigen, verdrochneten Sünder vom Geiste seines früheren Kompagnons die drei Erscheinungen angekündigt werden, wie der Geist der vergangenen Weihnachten ihm noch einmal die Qualen der kreblosen Jugend, aber auch die ganz vergeßenen Geschichten von Dornröschen, Aschenbrödel und Rothkäppchen bescheert, wie er dann durch den Geist der gegenwärtigen Weihnacht das Liebes- und Familienglück jener Menschen kennen lernt, die er bisher nur als Zahlen oder Ausbeutungsbjekte betrachtet hatte, und wie dann endlich das sanfte Feuer des dritten Geistes vollends die Estrinde schmilzt und er, der nur seinen Wechseln und seinem Geldschatz lebende Kaufmann, beschließt, wieder Mensch unter Menschen zu werden. Das alles geht in einfacher Sprache und in einfachen Bildern an uns vorbei, aber gerade der Mangel jeglichen phlogischen Fittertandes mag dieses kleine, trauliche Weihnachtslied auch uns Großen zu einer Herzerquickung machen.

Das Stück wurde hübsch dargestellt. Herr Kuff als Kaufmann, Herr Winkler als sein Knapp entlohnter Buchhalter und Herr Richter als Berliner Wäckermeister spielten brav und hielten sich von weicherlicher Sentimentalität fern. Gleiches Lob verdienen die Damen Milbig, Meuter, Reinken und vor allem Fräulein Martens, die für den Geist der vergangenen Weihnacht den richtigen Ton fand. —

Soziale Rechtspflege.

Wegen der Bezahlung der gesetzlichen Feiertage führte der Buchdrucker A. gegen die Firma Dageberg (lithographische Anstalt und Steindruckerei) einen interessanten Rechtsstreit. Mit einem Hinweis auf ihre Arbeitsordnung, wonach gesetzliche Feiertage nicht bezahlt werden, lehnte der Vertreter der Beklagten den Anspruch ab. Der Verbandsbeamte und Buchdrucker Maffini, der den Kläger vor dem Gewerbegericht vertrat, machte dagegen folgendes geltend: Kläger sei Buchdrucker und deshalb sei für ihn der Buchdrucker tarif maßgebend, der zwischen der Prinzipalität und der Gehilfenschaft vereinbart worden sei. Dieser Tarif schreibe aber ausdrücklich die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage vor. Auch wäre Kläger nicht bei Dageberg in Arbeit getreten, wenn er davon Kenntnis gehabt hätte, daß die Arbeitsordnung der Firma die Bezahlung der Feiertage ausschliesse. Er sei nicht auf die Arbeitsordnung aufmerksam gemacht worden, und sie hänge an einer Stelle im Fabrikat, wo er nie hingekommen sei. Maffini legte eine Zeichnung vor, die dies illustriert, und sagte noch hinzu, daß dem Kläger auch nicht ein Exemplar der Arbeitsordnung ausgehändigt worden sei, obwohl dies die Gewerbe-Ordnung verlange und die Unterschaffung mit Strafe bedrohe. Schon deshalb könne die Arbeitsordnung für den Kläger nicht gelten, ganz abgesehen von den tariflichen Bedenken. Nach längerer Beratung gab Assessor Dr. Meier, der Vorsitzende der entscheidenden Kammer VIII, A. den Rath, die Klage als unzulässig zurückzunehmen, was der Kläger auch that. Daraus publizirte der Vorsitzende die rechtlichen Erwägungen des Gerichtshofes: Die Arbeitsordnung der Beklagten sei eine obligatorische, da der Betrieb mehr als 20 Arbeiter umfasse; sie müsse dort anhängen. Sie werde darum durch den bloßen Ausschlag bindend für jeden im Betriebe Beschäftigten, ganz gleichgültig, ob er auf sie verwiesen sei, ob er ein Exemplar erhalten habe und ob sie von ihm gelesen worden sei. Der Kläger als Buchdrucker mache keine Ausnahme davon. Die Berufung auf den Buchdrucker tarif sei verfehlt. Der Tarif, so sehrnützlich er auch wirken möge, könne vom Gericht nur als freie Vereinbarung, nicht als gesetzlich bindend angesehen werden. Er sei gleichsam ein Formular, das zum Gegenstande eines freien Arbeitsvertrages gemacht werden könne. Wer aber nicht dazu gemacht, dann sei er für das Gericht nicht da, dann gelte nur das Gesetz und die Judikatur.

Gerichts-Beitrag.

Auf dem Stiftungsfeste eines Arbeitervereins in Wiesbaden hielt der Parteigenosse Göller eine improvisirte Festrede.

Dassel wurde er auf Grund des § 12 des Vereinsgesetzes mit einem Strafmandat bedacht. Man warf ihm vor, er sei in einer Versammlung, die bezweckte, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, als Redner aufgetreten, obwohl diese Versammlung nicht der Polizei gemäß § 1 des Vereinsgesetzes angemeldet worden sei. Wöhrer beantragte richterliche Entscheidung und machte geltend, daß das Stiftungsfest nimmermehr den Zweck gehabt habe, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Auf solchen Festen pflege man sich gewöhnlich zu amüsiren. Das Schöffengericht sprach ihm denn auch frei und das Landgericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft, indem es begründend ausführte, es sei für die Beurtheilung des Falles maßgebend, ob die Versammlung mit der Absicht einberufen worden sei, bezw. ob man das Stiftungsfest mit der Absicht veranstaltet habe, daß dort öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Thatsächlich habe ja der Angeklagte öffentlich politische und soziale Angelegenheiten in seinem Vortrage mit erörtert; daß dies aber schon bei der Einberufung des Festes vorher bestimmt gewesen sei, das habe nicht festgestellt werden können. Dem Angeklagten sei darum zu glauben, daß er erst auf dem Feste selbst erfucht worden sei, eine Rede zu halten, daß man ihm das Thema nicht angegeben habe und daß die Rede lediglich aus dem Stegreif gehalten worden sei. Unter diesen Umständen, bei dem Mangel jeder Vorbereitung der an sich politischen Rede, habe das Fest nicht der polizeilichen Anzeigepflicht aus § 1 des Vereinsgesetzes unterlegen und § 12 desselben Gesetzes könne nicht auf den Festredner angewendet werden. Davon andere auch nichts die zweifelhafte Thatsache, daß der fragliche Verein einen sozialdemokratischen Charakter habe. — Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urtheil noch die Revision ein und betonte vor allem, auf dem Stiftungsfeste eines sozialdemokratischen Vereins sei gar keine andere Festrede denkbar, als eine solche, die auf das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten hinübergreife. Da aber nun die Absicht, eine Festrede halten zu lassen, sicher schon vor dem Beginn des Festes bei den leitenden Personen bekannt habe, so sei das Fest auch zu dem Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten arrangirt worden. Diesen Ausführungen stimmte nicht mal der Oberstaatsanwalt am Kammergericht zu. Der Strafsenat verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft und legte die Kosten der Staatskasse auf, indem er den Gründen des Landgerichts beistimmte. — Der Name des Vereins war bei dem theils gekürzten Vortrage und der sehr schlechten Musik nicht zu verstehen.

10 565 M. Abgaben wegen einer Regelbahn. Der Fiskus hat das ihm gehörige Grundstück an der Ecke der Rathenower- und Seidlichstraße an einen Restaurateur verpachtet. Dieser errichtete darauf an der Seidlichstraße ein Wohnhaus und nach der Rathenowerstraße hin, etwa 3/2 Meter von ihrer Fluchtlinie entfernt, eine Winterregelbahn. Die unbebaute Fläche des Grundstücks dient als Restaurationsgarten. Der Magistrat zog nun den Fiskus als Eigentümer des Grundstücks zu den Anliegerbeiträgen für die Regulirung der Rathenowerstraße mit 10 565 M. heran, weil diese Straße eine neue Straße im Sinne des § 15 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 sei und das Ordsstatut vom 7. März 1877 Anwendung finde. Das Ordsstatut bestimmt, daß Anliegerbeiträge dann zu zahlen sind, wenn an neuen hergestellten Straßen Gebäude errichtet werden. Die von der Thiergarten-Verwaltung als Vertreterin des Fiskus angebrachte Klage wurde vom Bezirksausschuß zurückgewiesen. Das Gericht führte zur Begründung aus, es sei entscheidend, ob die nach der Rathenowerstraße zu belegene Winterregelbahn als ein Gebäude im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Das sei aber der Fall, denn es handele sich um einen langgestreckten geschlossenen Raum, der in Fachwerk ausgeführt sei und dessen Fenster herausgenommen werden könnten. Auch besitze die Bahn ein massives Fundament. Durch die Errichtung der Regelbahn an der neu angelegten Rathenowerstraße werde die Verpflichtung zu den Anliegerbeiträgen für das ganze Grundstück begründet. Ob das Gebäude von der Straße einen Vortheil habe, darauf komme es nicht an. Der Fiskus legte Revision ein und bestritt, daß eine geschlossene Regelbahn als Gebäude im Sinne des Gesetzes von 1875 angesehen werden könne. Der 2. Senat des Oberverwaltungsgerichtes bestätigte aber die Vorentscheidung.

Widmarck gegen die Ansprüche seines Oberführers. Im Prozeß Lange-Widmarck fand gestern in Altona der erste Verhandlungstermin vor dem vierten Zivilkammer statt. Der Kläger forderte 5400 M. Pension auf Grund der Abmachung bei seinem Engagement im Jahre 1877. Beklagter will 4500 M. zahlen nach der Abmachung von 1895; er bestritt die frühere Abmachung. Die Verhandlung wurde ausgesetzt; in acht Tagen findet Beweisbeschluss statt.

Im Prozeß Tappert-Kerr ist ein neuer Termin auf den 22. Dezember angelegt worden.

Androhung. Auf Grund des Gesetzes über die Ausnahme neuanziehender Personen von 1842 hatte der Berliner Polizeipräsident als Organ der Bundes-Polizeibehörde den Arbeiter K. am 1. März 1897 aus Nixdorf ausgewiesen, wo K. am 29. Dezember 1896 Wohnung genommen hatte. Die Verfügung konnte nicht beandwärtet werden. K. siedelte Anfang März nach Berlin über. Am 17. April wurde er dann von neuem angefordert, das Gebiet Berlin und der umliegenden Amtsbezirke zu verlassen. Der Polizeipräsident erklärte K. für einen für die öffentliche Sicherheit gefährlichen Menschen im Sinne des § 2 Nr. 2 des genannten Gesetzes, weil er wegen Diebstahls mit 8 Wochen und wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang mit 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis bestraft ist. Der Diebstahl wurde vom Schöffengericht darin gesehen, daß K. als jugendlicher Arbeiterbursche einer sächsischen Zigarrenfabrik gleich anderen Arbeiterburschen sich nach und nach eine größere Anzahl Zigarren angeeignet hatte. In dem anderen Falle handelte es sich um einen Messerstich, den K. einem Kollegen versetzt hat, nachdem er von ihm gereizt worden war. Die mittelbare Stenokammer berücksichtigte wohl die Anrechnung des etwa 15 bis 18jährigen Täters, glaubte ihm aber andererseits seine jugendliche Verwildernng und Verrohung als erschwerend anrechnen zu müssen. — K. beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten, worauf Rechtsanwalt Dr. Herzfeld für ihn beim Ober-Verwaltungsgericht auf die Aufhebung der Ausweisungsvorschriften klagte. In der mündlichen Verhandlung vor dem 1. Senat war der Anwalt in der Lage, dem Gericht ein Schreiben der Arbeitgeber des Klägers vorzulegen, worin K. als durchaus fleißiger und ordentlicher Arbeiter bezeichnet wird, den sie sehr ungern verlieren würden. Das Ober-Verwaltungsgericht wies den noch die Klage ab. Aus der Begründung ist als wesentlich hervorzuheben: Die vom Anwalt aufgeworfene Frage, ob K. beim Uebersiedeln aus Nixdorf nicht als Neuanziehender zu betrachten gewesen sei, da er bereits zwei Monate dort gewohnt habe, müsse bejaht werden. Stelle die Polizei erst Ermittlungen an, ohne sich besonderer Verläumdungen schuldig zu machen, und vorgehen darüber acht Wochen, bevor sie sich schlüssig machen könne, dann sei der Betroffene immer noch als Neuanziehender anzusehen. Der Amtsvorsteher von Nixdorf habe aber solche Ermittlungen erst anstellen müssen. Und materiell habe der Verwaltungsrichter nicht zu präsen, ob die Ausweisung notwendig sei, sondern nur, ob die Polizei nicht die äußersten Konsequenzen vernünftigen polizeilichen Bedenkens überschritten habe. Das sei indessen hier nicht der Fall. Vielmehr sei der junge Mann nicht so verroht, wie ihn die Gerichte hinstellten; immerhin lasse sich aber nicht leugnen, daß das Messerstechen so junger Leute für die öffentliche Sicherheit gefährlich werden könne. — Trotz des günstigen Urtheils des Arbeitgebers könne das Gericht der Klage nicht stattgeben. K. möge nochmals beim Polizeipräsidenten vorstellig werden.

Soziales.

Im deutschen Berg-, Salinen- und Hüttenbetriebe sind, wie die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ mittheilt,

in der Zeit vom 1. Oktober 1885 bis 1. Januar 1897 durch Unfälle 9743 Menschen ums Leben gekommen, 1031 wurden schwer und 17766 „leicht“ verletzt, im ganzen betrug die Zahl der Unfälle, wofür Entschädigung gezahlt werden mußte, 41 982. Seit 1. Oktober 1885 bis 1. Januar 1895 wurden durch die Betriebsunfälle 4971 Frauen und 18 238 Kinder des Galtens und Baters beraubt. Die entschädigungspflichtigen Unfälle werden aber weit übertroffen von denen, für die von der Berufsgenossenschaft nicht gezahlt wird. So wurden in dem einen Jahre 1896 nicht weniger als 44 105 Unfälle angezeigt gemacht, aber nur für 5406 Unfälle gab es Entschädigung.

Im Laufe der Jahre 1895 und 1896 ist die Zahl der Unfälle, die entschädigt werden mußten, noch gestiegen. Während im Jahre 1895 auf 1000 versicherte Personen 6,50 solcher Unfälle vorliefen, betrug das Verhältnis im Jahre 1896 12,11 auf das Tausend.

Die Statistik der Knappschafts-Berufsgenossenschaft giebt an, daß die Mehrheit der Unfälle durch die Gefährlichkeit des Betriebes an sich, d. h. durch Ursachen entstanden sei, die nicht abzusehen sind; an zirkel einem Drittel der Unfälle sollen die Verletzten selbst und nur in den seltensten Fällen soll der „Arbeitgeber“ schuld gewesen sein. Nach der Statistik der Knappschafts-Berufsgenossenschaft sind von den Unfällen entstanden:

durch Gefährlichkeit des Betriebes an sich	18431 = 58,2 pCt.
Schuld des „Arbeitgebers“	886 = 1,2
„ der Mitarbeiter	1441 = 4,5
„ Schuld der Verletzten selbst	11384 = 35,9

Zeigen schon diese trockenen Ziffern, wie außerordentlich gefährlich der Berg-, Salinen- und Hüttenbetrieb ist, so wird dies noch deutlicher, wenn man die Art der Verletzungen kennen paßiren läßt. Von den 31 679 Unfällen, wofür in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1885 bis 1. Januar 1896 von der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Entschädigung gezahlt wurde, kamen auf den

Verlust von beiden Armen	Anzahl der Fälle
des ganzen linken Armes	1
„ „ rechten	57
„ rechten Vorderarmes	30
„ linken	29
der linken Hand	28
„ rechten	28
beider Hände (gänzlich)	14
des ganzen linken Beines	57
„ rechten	60
„ linken Unterschenkels	98
„ rechten	95
„ linken Fußes	28
„ rechten	30
beider Füße (gänzlich)	83
(theilweise blind)	110
des linken Auges (ganz blind)	308
„ rechten (theilweise blind)	317
„ rechten (ganz blind)	312
„ linken (theilweise blind)	522
„ ganzen Gehörs	2
„ theilweisen Gehörs	14
Knochenbrüche ohne Verlust von Gliedmaßen	6986
Leistenbrüche	899
Verletzung mehrerer Körpertheile zugleich	4621

Daß der Berg- und Hüttenbetrieb an sich gefährlich ist und bleiben wird, leugnet niemand; aber der heutige Grad der Gefährlichkeit läßt sich mindern, das bezogen die Stimmen der Arbeiter, die sorgfältig hierauf hinweisen; das lehren die Massen-Katastrophen in den Gruben, die doch nur entstehen können, weil die Betriebsrichtung in irgend einer Richtung verfehlt gewesen ist. Bei den Massenkatastrophen die Schuld auf die Arbeiter zu schieben, mag das Unternehmer- und Beamtenhum ja selbst nicht. Aber die Behauptung der Selbstverschuldung trifft auch bei den von einzelnen Arbeitern erlittenen Unfällen schwerlich in dem Maße zu, als angegeben wird. Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ hebt hervor, daß die Arbeiterschaft auf die Abfassung der amtlichen Unfallstatistik durchaus keinen Einfluß ausübt. „In ein Unglück pöfist“ — schreibt das genannte Fachblatt — „dann schleppt man die Opfer fort, und wir haben es selbst erlebt, daß man ohne Rücksicht auf die Hauptbetheiligten die Unfallursache „feststellte“. Die Beamten der Unternehmungen sind hauptsächlich die Quellen, aus denen die amtliche Statistik ihre Befundungen über die Ursachen der Unfälle schöpft. So lange nicht von der Untersuchung der Unfälle an bis zur Zusammenstellung der Unfallziffern die Arbeiter oder ihre Vertreter überall ein gerechtes Wort mitreden können, kann keine Unfallstatistik, soweit sie die Unfallursachen feststellt, maßgebend sein. Nicht weil die amtlichen Funktionäre etwa die Statistik fälligen, sondern sie bekommen ihr Material von Leuten, die in recht vielen Fällen an der Feststellung der Unfallursachen interessiert sind. Gest wenn beide Interessenten, Arbeiter und Unternehmer, gleichen Einfluß haben auf die Arbeiten der Unfallstatistiker, dann haben diese auch Anspruch auf volle Beachtung.“

Die Michtigkeit dieser Ausführungen des Bergarbeiter-Fachblattes kann nur von Schülern gelugnet werden.

Da die Unfallziffer im deutschen Bergbetriebe höher ist als in andern Ländern, wie auch von Ministern bei der Eröffnung der Berliner Konferenz zur Verbütung der Unfälle erklärt worden ist, so muß die Ursache in der Art und Weise des in Deutschland üblichen Betriebes liegen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die landesgesetzlichen Vorschriften nicht ausreichen, um Verlesung zu schaffen. In viel nachhaltiger Weise würden die Interessen der Bergarbeiter wahrgenommen werden, wenn das Deutsche Reich, wie es schon längst seine Pflicht gewesen wäre, diese Arbeiterkategorie durch ein Gesetz schützen wollte, denn vor Reichsgesetzen hat das Unternehmertum immerhin noch mehr Respekt als vor Bundesgesetzen, weil die Durchführung jener Gesetze der Kontrolle des Reichstags unterliegt, der durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl zustande kommt.

Daß die Stellung eines Diensthofes unter der Gefinde-Ordnung mit der Klaveret mindestens sehr große Rücksicht hat, zeigt eine Bekanntmachung der Polizeiverwaltung in dem schlesischen Flecken Rokenau. Diese Behörde verordnete unterm 7. Dezember: „In letzter Zeit sind von Seiten der Herrschaften viele Klagen darüber bei uns angebracht worden, daß das Gefinde sich nützlich umhertreibt. Auf Grund des § 129 der Gefinde-Ordnung vom 8. November 1870 hat die Herrschaft das Recht, das Gefinde sofort zu entlassen, wenn dasselbe ohne Erlaubnis der Herrschaft seines Vergnügens wegen ausläßt oder ohne Noth über die erlaubte oder zu dem Geschäft erforderliche Zeit ausbleibt oder sonst den Dienst nachlässig vernachlässigt und von allen diesen Fesseln aus wiederholte Verwarnung nicht abbleht.“ Da hierin ein hartnäckiger Ungehorsam gegen die Befehle der Herrschaft liege, so kann auch noch der ungehorsame Diensthof auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 mit 10 Mark Geldbuße oder drei Tagen Haft bestraft werden. Von heute ab wird daher jeder Diensthof (männlichen und weiblichen Geschlechts), sofern er sich nach 10 Uhr abends ohne Erlaubnis seiner Herrschaft umhertreibt, bestraft werden. Die Polizei-Organen sind angewiesen, nach vorliegender Verfügung strengstens zu handeln und uns entsprechende Anzeigen zu machen.“

Abgesehen von der Frage, ob die Polizei zum Erlaß einer solchen Verordnung ein Recht hat oder nicht; die bloße Thatsache, daß am Schlusse des 19. Jahrhunderts eine Kategorie des arbeitenden Volkes, die so gut Steuern zahlen und allen sonstigen Verpflichtungen gegen Gemeinde und Staat ebenso nachkommen muß wie die „Herrschaften“ und die hohe Polizei, nach 10 Uhr nachts sich nicht an der Straße blicken lassen darf, wenn die „Herrschaft“ verboten hat, — diese bloße Thatsache zeigt, wie viel dem Staate noch zu thun übrig

bleibt, um ein Gemeinwesen zu werden, dem auch die Arbeiter Vertrauen entgegenbringen können.

Versammlungen.

Die Gärtler und Drücker hielten am Donnerstag eine nur schwach besuchte öffentliche Versammlung ab, wo Genosse Paul Zahn an der Hand eines reichhaltigen literarischen und statistischen Materials die kapitalistische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie schilderte. Am Schluß der Versammlung machte Väterer darauf aufmerksam, daß bei vorkommenden Differenzen in den Werkstätten oft Fehler gemacht würden. Die Kollegen möchten sich daher in solchen Fällen, ehe sie etwas unternehmen, an die Organisation wenden. Ferner erluchte der Redner um fleißige Fortsetzung der Sammlungen für die streikenden englischen Maschinenbauer.

Die hiesige Mitgliedschaft des Verbandes der in Buchbindereien z. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ertheilte in ihrer am 6. Dezember stattgehabten Versammlung zunächst das Mandat an den verstorbenen Kollegen Robert Menzel in üblicher Weise. Sodann giebt Kollege Bergmann bekannt, daß die Werkstätten-Vertrauensleute ihren Bedarf an Buchbinder-Zeitungen immer von derselben Poststelle entnehmen sollen, um einem Mangel oder Ueberschuß an Zeitungen vorzubeugen; ebenso notwendig sei die Angabe der neuen Wohnungsadresse bei etwaigem Wohnungswechsel der Mitglieder, besonders der Vertrauensleute. Hierunter wird zur Tagesordnung: „Fortsetzung der Debatte über das graphische Kartell“ übergegangen. Krause erklärt sich für freiwilliges Austritten der Buchbinder aus dem Kartell; betreffs der Zusammensetzung der graphischen Sektionen ist er der Ansicht, daß die Buchbinder gleich den Buchdrucker schon längst mehrere Vertreter halten entsenden sollen, etwa aus jeder Branche einen. Was sich spricht gleichfalls für den Vorstandsbeitrag und stimmt mit Baer und Oberhardt darin überein, daß die „Solidarität“ als Interessensorgan für die Buchbinder dienen soll. Bytomsky warnt vor einem übereilt gefassten Beschluß, der leicht able folgen haben könnte, und stellt den Antrag, den Vertreter der Buchbinder zu beauftragen, in den Sektionen dahin zu wirken, daß alle graphischen Branchen ihren Vertreter zurückziehen, falls nicht etwas Verthvolleres geschaffen werden könnte. Schulze bestritt, daß das graphische Kartell bisher den Buchbindern nicht genügt habe. Nur mit Hilfe der Buchdrucker habe unsere Organisation in Buchbindereien Eingang finden können, seien Lohnaufbesserungen zu verzeichnen und kleinere Uebelstände beseitigt worden, beispielsweise der Sittenfeld und Herrmann. Buchdrucker-Facharbeiter Franko bebaute, daß es bisher keinem der graphischen Vertreter eingefallen sei, brauchbare Vorschläge zu dem Kartell zu machen und empfiehlt, mehr Vertreter in die graphischen Sektionen zu entsenden und ernsthafte Reformvorschläge zu machen. Bergmann berichtet, daß der Vorstand sich nicht durch persönliche Gründe verhalten ließ, sondern daß durch den Artikel des Redakteurs des „Correspondent“, Angriffe gegen die „Buchbinder-Zeitung“ enthaltend, der Stein ins Rollen gebracht wurde. Hierauf wird der Vorstandsbeitrag: die Verbindung mit den graphischen Vertretern vorläufig abbrechen, mit 51 gegen 32 Stimmen angenommen. Der Antrag Bytomsky ist somit gescheitert. Das Ausarbeiten der statistischen Fragebogen wird der bestehenden Kommission übertragen, die sich, wenn möglich, geeignete Personen hinzuziehen soll. Hierauf weist der Vorsitzende auf die am 13. Dezember im selben Saal stattfindenden Wahlen zur Orts-Krankenkasse der Buchbinder hin, und daß pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder dringend geboten ist. Mitgliedsbuch legitimirt.

Die Marmor- und Granitarbeiter beschäftigten sich am Dienstag, den 7. d. M., im Englischen Garten mit dem Streit bei der Firma Jache in Weiskense. Die Streikenden, 13 an der Zahl, erklärten die Zustände in der Werkstelle als unhaltbar. In der darauf folgenden Diskussion wurde von sämmtlichen Rednern das Verhalten des Herrn Jache den Kollegen gegenüber in scharfen Worten kritisiert. Es wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, welche mit Herrn Jache verhandeln sollte, die Verhandlungen scheideten aber, weil Herr Jache den Tarif nicht unterschreiben wollte, trotzdem bei der betreffenden Firma auf einzelne Stücke 30 pCt. über den Tarif bezahlt wird. Da von den Streikenden 5 Mann anderweitig beschäftigt sind, empfiehlt die Kommission den übrigen Kollegen, sich mit Herrn Jache in Verbindung zu setzen, und wenn irgend möglich, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Herr Otto Wehler, Schuhfabrikant, Alexanderstr. 26, theilt uns mit, daß er, entgegen den in der letzten Schuhmacher-Versammlung (vergleiche Bericht in Nr. 286, zweite Beilage) gemachten Ausführungen in seinem Geschäft den Arbeitern eine gute Behandlung zu theil werden lasse. Die Maschinen seien allerneuesten Systems, Klagen über mangelhafte Einrichtungen seien ihm noch nicht bekannt geworden; auch das bei ihm zur Verarbeitung gelangende Material sei gut.

Vermischtes vom Tage.

— Im Verlage von Ulrich Kracht in Berlin sind „Norwegische Reisebilder“ von Therese Kracht erschienen. Schwächeren einer deutschen Bürgerfrau. Ohne jeden literarischen Werth. Die beigegebenen Illustrationen stehen ungefähr auf gleicher Höhe.

— „Jugend“ und „Simplicissimus“ sollen in Berlin einen Kontrakt erhalten. Einige unternehmungslustige Herren wollen vom Januar ab eine Wochenschrift: „Das Narrenschiff“, Wäcker für fröhliche Kunst, herausgeben.

— In Charlottenhof und Königshütte (Oberschlesien) profiren Scharlach und Diphtheritis. In Charlottenhof seien in mancher Schulklasse 20 bis 30 Kinder läglich.

— Die geographische Gesellschaft in Petersburg hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, auf der Bergspitze des Eibrus im Kaukasus, 18 000 Fuß über dem Meeresspiegel, eine meteorologische Station zu errichten.

— In Kiew kam es in einem Vergnügungskolal zwischen russischen Offizieren und Studenten zum Kampf; das Publikum nahm für die Studenten Partei. Die Spieler konnten die vielen Verwundeten kaum fassen.

— Auf der Insel Jersey werden, wegen des ungewöhnlich milden Almas, seit Jahren fast nur mehr Frühkartoffeln gebaut, die hauptsächlich nach England verkauft werden. Die Ernte derselben dauert von Mitte April bis Mitte Juni. In derselben werden jedes Mal 5-6000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der nahen Bretagne herbeigezogen.

— Babendrücker aus Böschpapier werden jetzt in America hergestellt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung findet am Montag, Freitag und Sonntag von 6 bis 8 Uhr abends statt.

H. S. Ablandstraße. Wenden Sie sich an den Vorstand P. Wäcker jr., SO, Waisenstraße 128.

R. 24. H. 100. Rein. — Treuer Abonnent. Ohne Einsicht in das Telegramm läßt sich die Frage nicht beantworten. — **R. 6. 10.** Sie werden nicht handwerklich verbunden, wenn Sie den Bodenbesitzer-Gesellschaft Ihre Kinder oder Ihre nicht beibringen. Diese Auseinandersetzung findet vor dem Amtsgericht statt. — **G. Wäcker.** Jeder 1. und 2. Teil. — **R. 20.** Können Sie mir mitteilen die Wohnung bezüglich ihrer Gesundheitszustand vollständig ungesund, fordern Sie den Wäcker auf, innerhalb 24 Stunden die Wohnung zu einer bewohnbaren zu machen, widrigenfalls Sie anzeigen und Schadenersatz verlangen würden. Dann klagen Sie beim Amtsgericht auf Aufhebung des Mietvertrages und auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch die Ihnen gestattet wird, sofort zu ziehen. Dem Antrag auf Erlaß der Verfügung liegen Sie das Spizitatat bei. — **1000 Nieder-Zehnwende.** Im nächsten Sommer.

Weiter-Prognose für Sonnabend, 11. Dezember 1897. Theils heiter, theils wolkig mit geringem Niederschlag, mäßigen bis frischen südlichen Winden und steigender Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer.

London, den 7. Dezember.

Nachdem sich die erste Aufregung über die plötzliche Unterbrechung der Konferenz der Maschinenbauer etwas gelegt hat, beginnt man sich jetzt ernsthafter mit der Frage des „Was dann“ zu beschäftigen. Nämlich, was dann geschehen soll oder kann, wenn die Urabstimmung der Arbeiter gegen die Annahme der Forderungen der Prinzipale ausfällt. Es wird als sicher angenommen, daß dies geschehen, daß die übergroße Mehrheit der Streikenden und Ausgesperrten für Verwerfung der Forderungen stimmen wird; wie die Frage gestellt ist, kann die Antwort auch lauten eine andere sein. Die Arbeiter stimmen nicht über die einzelnen Punkte des Fabrikantenprogramms, sondern über das Ganze desselben ab. Aber wenn sie nun nein sagen, was wird dann geschehen? Werden oder sollen dann die Verhandlungen von neuem beginnen, und womit? Das ist eine der Fragen, die sich jetzt jedem von selbst aufdrängen, und damit die zweite Frage, wie steht es inzwischen mit den Kampfmitteln?

Im großen Umriß wird die Situation der Kämpfer jetzt so dargestellt. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich auf gegen 80 000, wovon natürlich die größere Hälfte nicht dem Maschinenbauer-Verein angehört, aber zum guten Theil von ihm mit unterstützt werden muß. Der Verein erhebt von seinen fortarbeitenden Mitgliedern wöchentlich 5 Schillinge, was eine Einnahme von etwa 15 000 Pfd. Sterl. bringt. Es müssen also mindestens noch 25 000 Pfd. Sterl. wöchentlich hinzukommen, um die Fortzahlung der an sich sehr mäßigen Streikunterstützung zu ermöglichen. Die eigenen Fonds des Maschinenbauer-Vereins sollen bis auf 100 000 Pfd., von denen 60 000 Pfd. als eiserner Bestand der Kranken- und Invalidenliste des Vereins festgelegt sind, erschöpft sein. Wenn also keine erhebliche Steigerung der Zuschüsse von anderen Gewerkschaften, dem Publikum und den Kollegen in anderen Ländern stattfindet, so würden in kürzester Zeit die Streikzahlungen herabgesetzt oder theilweise ganz eingestellt werden müssen.

Unter diesen Umständen hat John Burns gestern im Bureau der Exekutive des Maschinenbauer-Vereins den Vorschlag gemacht, von der einzuberufenden Konferenz der Gewerkschaften die Garantie eines wöchentlichen Zuschusses von mindestens 15 000 Pfd. Sterl. auf sechs Monate zu verlangen. Können das nicht erzielt werden, dann sei es das Beste, den Arbeitern ohne weiteres Wiederaufnahme der Arbeit zu den bestmöglichen Bedingungen, die sie erwirken können, anzupfehlen.

Burns hat bei diesem Streik, wie übrigens auch andere, nicht immer sehr klug gesprochen, mit den vorstehenden Ausführungen hat er aber meines Erachtens den Nagel auf den Kopf

getroffen. Alle Schimpferei auf die Fabrikanten, alle Proklamationen hinsichtlich der Macht der Gewerkschaft, alle Defamation, daß es sich um Leben oder Tod des ganzen Gewerkschaftswesens handle, sind im gegenwärtigen Moment ein Luxus, den man den Dilettanten der Arbeiterpolitik überlassen kann. Die Fabrikanten thun, was im umgekehrten Falle die Arbeiter auch thun würden. Sie glauben die Sieger zu sein, und verlangen jetzt das, wofür sie den Kampf aufgenommen haben. Die Bedingungen sind hart und würden für den Moment eine erhebliche Schwächung der Position der Gewerkschaft bedeuten, das ist richtig. Aber sie bedeuten auch nicht mehr als das. Ueberzeugen sich die Gewerkschaftsvertreter, daß sie die Mittel zum Kampf nicht mehr lange genug werden aufbringen können, um bessere Bedingungen zu erzwingen, dann handeln sie sicher sehr viel klüger, wenn sie ihn bald aufgeben, statt ihn langsam sich „ausfasern“ zu lassen, was das Resultat einer Verlängerung ins Unbestimmte wäre. Im ersteren Falle wäre zwar eine Niederlage zu verzeichnen, aber nicht schlimmer als wie sie schon mandalim dagewesen, ohne daß die Bewegung daran zu Grunde gegangen wäre. Im letzteren Falle aber würde nicht nur nutzlos Geld verpulvert, sondern würde auch das Ende eine wirkliche und dauernde Schwächung des Ansehens der Gewerkschaft bedeuten.

Man wird mir diese Konjunkturalbetrachtung nicht falsch auslegen. Die Situation ist jetzt derart, daß man alle Eventualitäten ernsthaft in Betracht ziehen muß und melodramatische Griffe weniger als je am Platze sind. Die deutschen Arbeiter, die ihre Hilfsbereitschaft für ihre englischen Kollegen in so glänzender Weise bewährt haben und, wie ich hoffe, solange weiter bewähren werden, bis der Kampf zu einem bestimmten Abschluß gelangt ist, haben Anspruch darauf, den wirklichen Stand der Dinge zu erfahren.

Die überwältigende Masse der Streikenden und Ausgesperrten hält noch wie vor standhaft aus, die Ueberläufer sind bis jetzt geradezu an den Händen abzuzählen. Die Thatsache, daß verschiedene Schiffbau-Firmen — so jetzt auch die von Oberst Dyer geleiteten Armstrong-Werften in Elswick — sich genöthigt gesehen haben, wegen ungenügender Lieferung oder Fertigstellung von Maschinen die Arbeit auf den Werften einzuschränken, zeigt, daß die Ausständigen im großen und ganzen noch nicht erschert sind. Aber daneben steht doch die Thatsache, daß vielfach Tagelöhner mit Erfolg für bessere Arbeiten angeleitet und auch sonst Gesammter angeworben worden sind. Es wird in einer ganzen Reihe von gesperrten Fabriken fortgearbeitet und in manchen davon beginnt sich die Produktion ihrem früheren Umfang zu nähern. Auch dies zeigt darauf hin, daß eine erfolgversprechende Fortsetzung des Kampfes nur möglich ist, wenn den beteiligten Gewerkschaften außergewöhnliche Mittel sicher gestellt werden.

Der Londoner Gewerkschaftsrath hat in seinem Rundschreiben an die Gewerkschaftsvorstände, worin er ihre Ansicht über die Abhaltung einer allgemeinen Konferenz einholte, als Endtermin für die Antworten auf den Vorschlag den 23. Dezember festgesetzt. Dies Datum wird jetzt nicht mit Unrecht als viel zu weit hinausgeschoben bezeichnet. Wenn die großen Gewerkschaften, auf die es doch vornehmlich ankommt, für die Sache zu haben sind, sollte die Konferenz selbst spätestens Weihnachten zusammentreten. Dieser Punkt wird hoffentlich schon in den nächsten Tagen entschieden werden.

Gestern erhielt das Parlamentarische Gewerkschaftskomitee zum ersten Male einen größeren Unterstützungsbetrag von der Gewerkschaft der Kesselschmiede für den Ausstand, nämlich 450 Pfd. (9000 M.). Es wird dies als eine durch die unangenehme Haltung der Unternehmer bewirkte Wendung in der Haltung der Exekutiv dieser Organisation zum Streik betrachtet (Solalvereine der Kesselschmiede haben schon vorher namhafte Beträge geschickt), was immerhin eine charakteristische Thatsache wäre.

Es wird erwartet, daß das volle Resultat der Urabstimmung der Maschinenbauer nächsten Montag bekannt gemacht werden kann. Aber, wie gesagt, allgemein nimmt man an, daß es fast einstimmig auf Nein! lauten wird.

Versammlungen.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Die Filiale I hielt am 6. d. M. bei Wilke Versammlung ab. Nachdem die Abrechnung des Hauptvorstandes bekannt gegeben ist, wird beschlossen, das Mitglied Brunnhilt nicht mehr in den Verband aufzunehmen. Die Mittheilung, daß bei Rodge u. Neide, Obiliger Ufer, pro Tag 11 Stunden gearbeitet werde, wird von der Versammlung mit Enttäuschung entgegengenommen. Sodann wurden verschiedene werkschaftliche Angelegenheiten besprochen und zu reger Agitation für den Verband aufgefordert.

Freiwirtschaftliche Gemeinde. Sonntag, den 12. Dezember, vorm. 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 47: Versammlung. Preisfreie Vorlesung. Am 11 Uhr vora. ebenfalls Vortrag des Herrn G. Vogler: „Die Kolonialer.“ Gäste willkommen.

Freiwirtschaftliche Gemeinde. Sonntag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, Alexanderstr. 27c (oberer Saal) Versammlung: Vortrag über: „Berufswahl und Gewerbelehre.“ Referent: Herr Dr. Weyl. Diskussion. Datum: Gesellschaftsversammlung.

Christlich-technischer Gewerkschaftsverein Berlin und Umgebung. Erste, abends 8 Uhr, Schillingstr. 30: Sitzung.

Wander-Club Vorwärts. Rauberkfahrt am Sonntag, den 12. Dezember, nach Grünau, Friedrichshagen, Müggelberge. Abfahrt Stadtbahnhof Alexanderplatz vorm. 8 1/2.

Stähler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: General-Versammlung. Tages-Ordnung: Wahl des gesamten Vorstandes.

HERMANN MEYER & Co.,

Fernspr.: Amt VII, 3781.

Fernspr.: Amt VII, 3781.

Berlin O., Fruchtstr. 74.

Billigste Bezugsquelle reeller Spirituosen, Fruchtsäfte und Weine.

Einzelverkauf in sämtlichen Filialen zu Engrospreisen.

Filialen in Berlin:	Fruchtsäfte		Ungarweine.		Spirituosen.			
	1/2 Ltr.	1/2 Ltr.	1/2 Fl.	1/2 Fl.	1/2 Fl.	1/2 Fl.		
Annenstrasse 26,	in feinsten Raffinade eingekocht.		Ruster Ausbruch, süß	0,90	0,50	Franzbranntwein	1,50	0,80
Alexanderstrasse 10-11,	Himbeersaft u. Kirschsaff	0,90	Medicinal-Tokayer „	1,10	0,60	Bay-Rum	1,50	0,80
Auguststrasse 64,	Ferner das denkbar feinste nach der		Tokayer, alt, süß	1,75	0,95	rectif. ff. Spirit 96 %	1,90	
Bergmannstrasse 109,	Pharm. Germ. eingekochte		Tokayer, sehr alt, schwer, süß	3,-	1,55	Brennspiritus ohne üblen Geruch	0,22	
Bremerstrasse 69,	Himbeersaft, Kirschsaff, Johannis-	1,20	Oberungar, mild, herb	1,25		beim Brennen	0,27	
Brunnenstrasse 39,	beer-, Erdbeer-, Citronensaft	0,80	Oberungar, alt, herb	1,50		Politur- u. Glühlichtspiritus 95/96 %		0,27
Chausseestrasse 73,	1/2 Ltr. 0,35 Mk.	0,80		2,25				
Eisasserstrasse 19,	Himbeersaft, uneingekocht	0,80	Südwein.			Essig.		
Falkensteinstrasse 42,	Kirschsaff, „	0,80	Portwein, Sherry, Madeira, Malaga	1,-	0,55	Speise-Essig	0,08	
Frankfurterstrasse 85,			feiner	1,50	0,80	Essigsprit zum Einlegen etc.	0,15	
Friedenstrasse 90,			sehr feiner	2,50	1,30	Rheinwein-Essig ff.	0,35	
Hackescher Markt 5,			hochfein, alt, schwer 3,50-5,50	3,50	1,80-2,40	Bordeaux-Essig	0,50	
Holzmarktstrasse 12,			Samos, süß, mild	0,90				
Invalidenstrasse 154,			Champagner, Deutscher.			Branntweine.		
Kirchstrasse 19,			Métropole	1,25	0,75	Nordhäuser	0,45	
Köpnickerstrasse 8a,			Kaisersect	1,50	0,90	Nordhäuser, fein alt	0,60	
Köpnickerstrasse 155-156			Germaniasect	2,-	1,15	Nordhäuser, sehr alt	0,65	
Krautstrasse 2b,			Carte d'or	2,50	1,40	Schl. Weizenkorn, fein alt	0,90	
Lichtenbergerstr. 8,			sowie fast jede gewünschte			Schl. Weizenkorn, sehr alt	1,75	0,95
Lindenstrasse 59,			deutsche und französische			Kirschwasser, alt, fein	1,75	0,95
Madaistr. (Schles. Bahnh.),			Marke billigst.			Kirschwasser, sehr alt, fein	2,25	1,20
Mariannenplatz 6a,			Tafelliköre.			Steinhäger	1,40	0,75
Mauerstrasse 2,			Alpenkräuter	0,70				
Müllerstrasse 156 b,			Stonsdorfer	0,70	0,40	Cognac.		
Mendelssohnstrasse 4,			Berliner Getreideklimmel	0,75		Deutscher Verschnitt-Cognac	0,90	0,50
Manteuffelstrasse 42,			Halb und Halb	0,85	0,50	„ „ Cognac } Originalflasche	1,40	0,75
Manteuffelstrasse 116,			Ingber, Citronen, Kalmus, Wach-			„ „ „ } v. Hermann	2,40	1,25
Naunynstrasse 33,			holder, Himbeer, Pfeffermünz,			„ „ „ } Meyer & Co.	3,40	1,75
Ramirstrasse 2,			Magenbitter, Pommeransen,			Franz. Verschnitt	2,-	1,05
Reinickendorferstr. 2,			Rosen, Vanille, Wermuth etc.			Franz. Cognac Original	2,75	1,50
Rügenerstrasse 12,			Goldwasser, Boonecamp, Stargardter			„ „ „	4,-	2,25
Stettinerstrasse 10,			Tropfen	0,85		„ „ „	5,50	3,-
Usedomstrasse 4,			Hochfeine Tafelliköre,			Rum und Arac.		
in Charlottenburg:			in Orig. nassischen, die besten franz. und			Verschnitt	0,90	0,50
Stuttgarterplatz 14,			holländ. Liköre übertrafend.			„ fein	1,25	0,70
Wilmersdorferstr. 31,			Allasch, Pommeransen, Curaçao,			„ hochfein	1,75	0,95
in Rixdorf:			Cacao à la vanille, Vanille, Ros-			Original	2,50 bis	1,70-2,50
Bergstrasse 124,			wein, Ingwer, Ingwer-Magen-			Punschextracte.		
Hermannplatz 8.			wein, Maraschino, Pfeffermünz			Glühwein I. Qualität	1,75	0,95
			Sherry-Brandy			do. II. „	1,25	0,70
			Nervus rerum, Gesundheitsbitter,			Arrac-Punsch I. „	1,75	0,95
			gesetzlich geschützt			do. II. „	1,25	0,70
			Ei-Cognac,			Grogk-Punsch I. „	1,75	0,95
			das Beste zur Stärkung, stets frisch,			do. II. „	1,25	0,70
			nur in feinsten Qualität			Rum-Punsch I. „	1,75	0,95
			1 Ltr. 3 Mark, 1/2 Ltr. 2,30 Mark			do. II. „	1,25	0,70
			1/2 „ 1,60 „ 1/4 „ 0,85 „			Rothwein-Punsch I. „	1,75	0,95
			Abtel-Likör,			do. II. „	1,25	0,75
			der franz. Qualität Benedictiner			Ananas-Punsch, hochfein	2,-	1,05
			gleichend			Burgunder-Punsch, do.	2,-	1,05
			II. Qualität, sehr fein					

Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen.

3837L*

50 Pf. unt. Ladenpreis kauft man Uhren, Goldfaden, Brillanten etc. im Versteigerungs-Haus H. Graff, Weinstr. 5 I.

Saal 22798
1. Feiertag sowie Sonnabende im Januar, Februar und März zu vergeben. Schulstr. 29.

Christbaum-Konfekt, reizende Neuheiten, nur genießbare Waare, 1 Kiste, fortirt. Inhalt circa 420 Stk., 2 Kisten, 50 Pf.; 1 Kiste, fortirt, Inhalt circa 270 große Stk., 3 Kisten, Berlin, Siegfried Bros., Solmanstraße 10a.

Bruch-Preistohlen
Str. ab Platz, 60 Pf. große schwere Briquets, 1000 Stück 5,50 M. Anfrucht und Steinlohn billig.
H. Hermann's Rohlenlager, Mühlenstr. 12.
Bahnhof Wladiv. Luisowstraße.

Charlottenburg. Reine Buchbinderi, Papier und Spielwarenhandlung befindet sich jetzt **Grolmannstr. 56,** 22868
H. Fiedler.

Winterpaletots, Reifermantel, Hemontourneuren, Regulatorren spottbillig Reanderstr. 6, Pflandische. [6/8]

Weihnachts-Ausverkauf!
Herren- u. Knaben-Garderobe
im Preise bedeutend herabgesetzt.
Max Levy,
4950 Chausseestrasse 4950.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hittsche,** gegründet 1872, Stallstr. 13. Jede Kontrollstraße, am Rottbuser Thor.

Künstliche Zähne.
St. Steffens, Rostenthalerstr. 61, 2 Tr. 2. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Meyer's Lexikon,
Vordrucken, Brecht's Textleben und andere Werke kauft **Hannemann's Buchhdlg.,** Berlin, Friedrichstr. 208.

Kohlenplatz in Stall, Stunde weg. Alters zu verk. 400 Ltr., 53 Rontz. Riethe bill. **Wemelerstr. 54.**
Jeden Sonnabend: Großes Oberbruder Fettgäse-Auschießen auf dem Billard bei **R. Altmann,** Sandwehstr. 15, Ecke Viehmannstr.

Betten, Steppdecken, Gardinen (postl. Reanderstr. 6, Pflandische. [6/9])
Preiswerthe 5 Pf. Zigarren im Zigarrenladen Mariannenstr. 11.

Hüte Schirme und Mägen in großer Auswahl von **Emil Stabrie, Rineis-Platz 4,** zwischen Ruppiner- u. Zwiternänderstr.

Arbeitsmarkt
Lücht Vergolderin verlangt
S. Bergemann, Bräunelstr. 56. [22426]

Niederinnen auf Stahlhaken geholt, verl. **H. Cehlmann Nachf.,** Antenstr. 8. 22776

Berliner und Farbglaser verl. **Ad. Göpfert, Rastbach 44 II.** 22856

Damenhemden, 22755
Arbeiter Juden bei gutem Lohn
Reumarz u. Baer, Neue Friedrichstr. 39.

Bergoldergehilfen, 22716
welcher auch Lanten machen kann,
verl. Goldschmidt Dresdenstr. 38.

Anständige Herren erhalten lohnende Beschäftigung.
Offerten unter **W. 707** an Rud. Roße, Potsdamerstr. 59. 712*

Vor den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber teilsfrei Verantwortung.

Theater.
Sonabend, 11. Dezember.
Opernhaus. Die Zauberflöte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Romeo u. Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Jugendfreunde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Domröschchen. Die kleinen Bogabanden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Bartel Tursofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Logenbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Selig's Hund. Anfang 8 Uhr.
Volk-Militäre. Die Grenzfahrt oder König v. d. Koen. Anfang 8 Uhr.
Neubau. Daria. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Bitte recht freundlich. Hierauf Berlin über Alles. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Joachim Greuninger. Anfang 8 Uhr.
Rath. 4 Uhr: Domröschchen.
Circus. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mittwoch) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschlüsse!

Urania

Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mittwoch) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschlüsse!

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Passage-Panopticum.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Neues Programm

Kommen Quarg's Sehen

Vaudeville-Theater.
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Das Armband
Das Modell
Riesen-Lachstürme!

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich:
Weihnachtswünsche
oder:
Ein Traum in der Christnacht.
Weihnachtsmärchen mit Gesang in 3 Akten von Jacobson u. Girndt.
Jeden Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

OLYMPIA
Circus (Renz.) Riesen-Theater, Karlstrasse.
Bolossy Kirally's „CONSTANTINOPEL“
Morgen und die folgenden Tage:
Constantinopel.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Ca. 1000 Mitwirkende.

Reichshallen-Theater.

Sensationelle Novitäten!
Miss Albertina.
Don Ricardo.
Hedi Perrier.
Bacchus Jacoby.
Max Franklin-Troupe.
Melanie Robertl.
Excelsior-Biograph.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Sonabend, 11. Dezember 1897.
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.

Die 8 Ungarn mit ihrem Volontär-Springen, u. a. a) Der Vollblut-Halloch „Scipio“, Sprung über eine 6 Fuß hohe freie Barriere mit Reiter. b) Der Sprung des Vollblutstierchens „La Holle“ über einen Landauer mit Ansätzen. c) Der berühmte Sandor-Sprung über 3 große Pferde. Eine Tanz-Szene, große Quadrille. 100 Glöckchen, männliche u. weibliche, darunter 20 der besten Varietätssänger. Goldfisch, ungenannt, geritten von Sign. Corradini. 12 ang. Kunststücke, neu dressirt und vorgeführt vom Dir. Busch, darauf 4 Kunststücke als Thier-Springer. Kurieren des berühmten Clown Eugen Weidenmann mit seinen vierfüßigen Affen und Hunden u. Zum Schluss:
Nach Sibirien.

Die letzten 3 Akte aus der Bantomime. 1. Der weiße Akt. 2. Der Gefangenentransport mit der Todesfahrt. 3. Der und in den Hiesigenwerken mit dem Eisenbahn.
Morgen Sonntag: 2 große Vorstellungen, 4 Uhr nachm. und 7 1/2 Uhr abends.
Ausgang der Branerei Stralan.
Wir empfehlen unsere elektrisch er-leuchteten Käse den Berechnen und Gewerkschaften unentgeltlich. (3694)
Die Sonnabende sind nach frei.
Birkholz u. Mittag.
Bereinszimmer.
Nach mehrere Tage frei. Vorwärts liegt aus. Restaurant, Kottbuser-Strasse 7. 20176

Die Uhrenfabrik Max Busse

Brunnenstr. 175, Invalidenstrasse
empfehlen! (3736L*)
goldene Damenuhren . 20 Mk.
mit Email 24 „
goldene Herrenuhren . 86 „
silberne mit Goldrand . 18 „
Nickeluhren 6 „
Bessere Gehäuse und Werke entsprechend theurer.
Grosse Auswahl in Regulateuren, Standuhren, Hängenuhren (Freischwinger) und Weckern.

Nur noch einige Tage Großer Ausverkauf!
als Weihnachtsgeschenke empfehlen:
Licht-, Salon- und Arbeitslampen, Gasstrahlen, Wandarme, Ampeln, Gaslöcher, Cisten, sowie emaillierte Haus- u. Küchengeräthe, bestehend in Eimern, Wannen, Wasserkesseln, Kaffeekannen, Kasserolen, Schmor- und Ringtöpfen u. s. w.
zu staunenerregend billigen Preisen!
Pferdebahn- und Omnibusfahrt wird vergrüßt.
Kochstr. 27, Marktgrabenstraße.
Sonntags bis abends 8 1/2 Uhr geöffnet.

Ein hübsches Weihnachts-Geschenk

Preis: Nur Mark 4,50 ist eine Dampfmaschine „Vulkan“ mit Spiritusheizung, zur lehrreichen Unterhaltung und Erläuterung der Dampfkraft Deutsches Reichspatent Nr. 67233.
„Vulkan“, liegende Maschine mit Messingkessel, blau gebeizt, mit Messing-Dampfbohle, Wasserschraube mit Sicherheitsventil, Lager und Rad ganz aus Eisen, hoher Schornstein, feststehender Cy-linder mit Flachschiebersteuerung, sämtliche Theile lackirt und vernickelt, das ganze auf hübschem Holzfundament montirt. Für tadellose Funktion übernehme volle Garantie.
Gebrachsanweisung jeder Maschine beiliegend. Wird die Maschine hiernach behandelt, ist eine Gefahr vollkommen ausgeschlossen.
Da das vorhandene Lager in diesen Maschinen in kurzer Zeit geräumt sein dürfte, so erbitte Aufträge möglichst sofort, da nur bei frühzeitiger Bestellung für Erledigung der Aufträge garantiren kann.
Umsonst versende meinen Pracht-Katalog, 200 Seiten stark, mit über 500 Abbildungen über alle Arten Dampfmaschinen, Laterna magica, Nebelbilder-apparate, Musikwerke, Feldstecher, Fernrohre, Microscope etc., sowie über sämtliche Solinger Messer-waaren, Revolver, Floberbüchsen etc. etc.

Walter Kirberg, Foche
bei Solingen.

Rum.

Best und echt Verschnitt. — 4 Liter Flasche Mark 1,00. 2,10. 3,10. 4,50. 6,00. 8,00. — ca. 50 pGt. — 4 Liter Mark 1.—. 6 Liter Mark 1,50.
Fern-Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.
Comptoir und Gesamt-Verkauf. Berlin SW. 68 Lindenstr. 16/17. — Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliance-Platz 6a, West IV. 3679. — Neue Friedrichstr. 81. — Cranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Grüner Weg 56. — Kommandantenstr. 67. — Wildenaderstr. 25. — Schönberg, Hauptstr. 129. — Charlottenb., Kaff. Friedrichstr. 48.

Preisliste Deutsche Herrenmoden.
der Firma Winterpaletots, Costums und Perle } . . . u. 10-40 Mk.
Hohenzollern- wie andere Mäntel }
Anzüge in guten wollenen Stoffen, eleg. gearbeitet v. 12-36 Mk.
Winterjoppen, in neuen Facons, warm gefüllt v. 5-16 Mk.
Beinkleider v. 2-12 Mk., Knabenanzüge u. Paletots, sowie elegante Schlafrocke in jeder Hiesenanwahl in Preisen.
Wanhanfertigung unter Garantie bei guten Stoffen empfiehlt
A. Wormann, 2 am Kottbus. Gele Stalitzerstr. 2 Thor.
Ueberzeugung macht wahr!

Belzwaaren- und Hüte-Engros-Lager.
Belze Hüte v. 1,50 Mk. an. Steife Hüte v. 2 Mk. an. Wägen v. 50 Pf. an. Schirme, Stöcke, Cravatten, Damenhüte u. Paricis. Chapeaux claque. Große Auswahl, billige Preise. Bei Einkauf v. 3 Mk. ab 5 pGt. Rabatt.
Robert Teipelke, Dutmacher, Admiralstraße 16.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Sonabend, abends 8 Uhr: Heim-g'sunden.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 6. Vorstellung im Schiller-Gesund: Wallenstein's Tod. Abends 8 Uhr: Kyrie-Ehrig.
Montag, abends 8 Uhr: Heim-g'sunden.

Ostend-Theater.

Gr. Franzfurterstr. 132. Dir. G. Weib. Sum 17. Male:
Leben und Lieben.
Vollblüt mit Gesang in 5 Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: — Frei-Konzert —
Sonntag: Keine Nachmittags-Vorstellung. Abends: Leben und Lieben.

Central-Theater

Alle Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonabend, den 11. Dezember 1897.
Emil Thomas u. G.
Sum 28. Male:

Berliner Fahrten.

Burleske Knusperungsspiele mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhaldt. Musik von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Fest-Vorstellung
für Benefiz für Arthur Winter zur Feier seines 25 jährigen Schauspieler-Jubiläum. Abends 8 Uhr:

Fröhliche Weihnacht.

Bandenspieler mit Musik in 5 Bildern von R. Ottoweyer. Musik von Fritz Krause. Vorher:
Vor fünfundsiebenzig Jahren. Gelegenheitsstück von H. Grabert. Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr: **Volks-Vorstellung** unter Regie von Julius Türk: **Die Räuber** von Fr. Schiller. Billets à 60 Pf. in der bekannten Verkaufsstellen.

Konzert-Sanssouei

Kottbuser Straße Nr. 4a. Dir. G. Wiers. Kräftiger Vetter Joh. Richter. Bildner unverricht. Stimmlicher Verkauf!

Mit vollen Segeln.

Lebensbild mit Musik in 3 Akten. von G. Schulz.

Vorzüglliche neue Spezialitäten.

Anfang des Konzerts: 8. Sonntag 8 Uhr. Anfang der Vorstellung: 8. Sonntag 8 Uhr. Anfang des Konzerts: 8. Sonntag 8 Uhr. Anfang der Vorstellung: 8. Sonntag 8 Uhr. Anfang des Konzerts: 8. Sonntag 8 Uhr. Anfang der Vorstellung: 8. Sonntag 8 Uhr.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22. Dir. Winkler & Fröbel. Das neue hochinteressante Weihnachts-Programm Cabaret's Virtuoser Handjagen. Victoria, die Königin der Luft. Bill's selbstwirkende Automaten sowie das geliebte Schauspiel und Rätsel-Periclon. Lebende Photographien (neue Bilder). Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Sonntag 7 Uhr.
Anfang: 8 Uhr.
Sonabend den 11. Dezember:
Alle fünf Barrisons.
Sum 240. Male:

Tene, liebe Tene.

Apollo-Theater.
Desroches-Blanca
Otto Reutter
Carmen Faur
La Foy's
Feuer- u. Flammentanz
ferner:
32 Kunstkräfte 1. Ranges.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Alcazar

Variété-Theater 1. Ranges. Dresdenstraße 62/63 (City-Passage) Theaterstr. 42/43.
Direktion Richard Winkler. Sonntags Familien- u. Musikfest. Rest! (Vorstellung) Rest! Rosen aus dem Süden. Große Ausstattung-Pose in 1 Akt von W. Gerde.
Socher: Eine nette Beisehung. Lustspiel in 1 Akt von W. Angelp. Intereten sämtl. Spezialitäten.
Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugskarten haben Vortritt.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

Herrfeld-Zyklus

das I. Original-Budapester-Possen- u. Operetten-Theater
Direktion: Gebr. Herrfeld. Was nicht Worte können sagen, sagt ein einziger Gang nach
Kaufmann's Variété.
8 Uhr: Mirz'l Drahrer, Gebr. Forré, Dreher & Schöber.
9 Uhr: Geschwister Meinhold, Georg Rösser, William Schuff.
10 Uhr: Improvisatoren-Wettstreit zwischen Dr. Galdo Steinitz und William Schuff.
10 Uhr: Ein Abend im Wintergarten
Anfang des Konzerts 8 Uhr. Gewöhnliche Preise.
Morgen: **Der Eierhändler**
In Vorbereitung:
Familie Kochsals.
Von Dreien der Glücklichen

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten von G. Schulz.
Kunst Schmeichler, Rudolf Schuch, Wilhelm Schmeichler, Otto Wendt.
Musik: Otto Wendt.
Die kleine Cantorinistin der Welt
Little Elsa.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rest! Ein toller Abend. Rest! Hoffe
Rest! Ein Fehltritt. Rest! Charakterbild.
Mr. Willy, Jongleur u. d. tollenden Angel und Drahtkünstler. Sonntag 8 Uhr. Anfang: 8. Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Abds. Donnerstag, 10. Dezember: **Abtschlebs-Benefiz für Charles Brunow.**

III. Wahlkreis I

Sonntag, den 12. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Herrn Cocha, Dönhofsstr. 21:

Oeffentl. Versammlung.

Bertrag des Herrn Dr. R. Friedberg über: 'Vertrag der Statistik für den Klassenkampf.' Hierzu: Langstränge.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung! Sonntag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, im 'Cösliner Hof', Gölitzstr. 8:

Gr. öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Vogtherr. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmanns.

Achtung! Rixdorf. Achtung! Sozialdemokratischer Verein 'Vorwärts'.

Versammlung

am Dienstag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Gröpler's Salon, Bergstr. Nr. 147.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Silberstein über: 'Darwinismus und Sozialdemokratie'. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) 272/9 Branche der Korbmacher.

Sonntag, den 12. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung mit Damen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion und Mitteilungen. Referent und Thema werden in der Sonnabend-Nummer bekannt gegeben.

Große öffentliche Versammlung Holzbranche beschäftigten Arbeiter.

Tischler, Bildhauer, Möbelpolierer, Drechsler, Maschinenarbeiter u. s. w.

am Sonntag, den 12. Dezember 1897, vormittags 11 1/2 Uhr, im Keller des großen Saal, Koppenstr. Nr. 29:

Tagesordnung: Der Streik und Vergleich vor dem Einigungsamt betriebs der Möbel-fabrik von Eberhard, Maschinenstr. 1 und die Nichterhaltung der Vereinbarungen.

Erklärung.

Die Einberufung der Versammlung der Arbeiter der Holzbranche zum Sonntag ist von uns nicht veranlaßt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsgesellschaft Berlin. Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf

im Lokal des Herrn Gröpler, Bergstr. 147.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Ingenieurs G. M. Grempe. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, Große öffentliche Versammlung im Lokale 'Königsbau', Große Frankfurterstr. Nr. 117.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu der Entlassung des Kollegen Bruno Raab bei Schneider u. Uderitz? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Achtung! Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Verwaltungsgesellschaft Berlin. Sonntag, den 12. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr, im 'Märkischen Hof', Admiralsstr. Nr. 18c:

Außerordentliche Mitglieber-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertreters der Vereinigung freier Tischler. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.

Wahlversammlung sämtlicher großjährigern Kassemitglieder (34 u. 49a des Statuts) am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags von 9-11 Uhr, in den 'Remischallen', Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: Wahl von 100 Vertretern zur Generalversammlung. (Nach § 38 des Statuts ist die Wahl eine geheime und durch Stimmzettel vorzunehmen.)

An demselben Tage findet im gleichen Lokal vorm. von 11-12 Uhr eine Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln für von ihnen beschaffte Kassemitglieder zahlen soll.

Tages-Ordnung: Wahl von 64 Vertretern zur Generalversammlung. (Nach § 48 des Statuts können zu Vertretern der Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte gewählt werden.)

Buchbinder und verwandte Berufsgenossen.

Mitglieder der Ortskassa der Buchbinder! Auf zur Delegiertenwahl

am Montag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Feuerstein, Alt-Johannstr. 75.

Sämtliche Mitglieder der Ortskassa, männlich wie weiblich, welche über 21 Jahr alt sind, haben unter Vorzeigung des Krankenkassenbuches Zutritt und sind wahlberechtigt.

Kollegen! Stimmt für die Liste der organisierten Mitglieder.

Mariendorf Dienstag, 14. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr, bei Gerth in Tempelhof (Dorfstraße):

Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. (12/10)

Vortrag des Genossen Dr. Weyl über Synopsismus. - Diskussion. - Gäste sehr willkommen.

Redakteur gesucht.

Leitatorische Kräfte bevorzugt, sofortiger Eintritt erwünscht. Offerten mit Gehaltsansprüchen bis 20. Dezember d. J. an Emil Bartels, Halberstadt, Weingarten 24.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 13. d., abds. 8 1/2 Uhr, Swinemünderstr. 42: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dähne über: 'Anfall-gefahr'. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Verband der Vergolder (Filiale Berlin).

Montag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den 'Armin-hallen', Kommandantenstr. 20:

Monats-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute der einzelnen Werkstätten. 2. Abrechnung von der Kassende. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

N. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27. Cobden erziehen der neue

Katalog

enthaltend: Freireligiöse Jugendschriften; Theaterliteratur u. s. f. Vereinsliste.

Achtung! 10. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26, achten alten Nordhäuser Bitter Nr. 1, - 1/2 Liter 0,50, extra alte Waare '1,40', 0,70, Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Aug. Günther, Frankfurter Allee 16

Welch. und Bairisch-Biertotal nebst gr. Vereinszimmer. 33032

Wirthshaus Schmargendorf,

Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeecke (à Liter 60 Pf.) - Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. - Herzliche Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Panchofer Bier, Glas 10 Pf. 29622

Del-, Licht- und Seifengeschäft.

Sämtliche Artikel zur Küche, Schrubber, Bürsten, Haarbesen, Dachte, Cylinder und alle in das Fach einschlagende Artikel. 38493

Große Auswahl von Christbaumschmuck.

Um gütigen Zuspruch bittet Wwe. L. Schultze, früher Königsberg i. Pr. Püchlerstraße 12. 38330

Lesen Sie

doch dieses Angebot! Jeder August Wk. 19.-; Jeder Paletot Wk. 20.- zum Ankaufen! Kein Laden. C. Flach & Co., Köpnickstr. 111, Hof- deshalb enorm billig!

Neujahrs-Karten!

Billigste u. direkte Bezugsquelle f. Händler u. Wiederverkäufer. 20er-Karten in 50 verschiedenen recht originellen Mustern à 100 St. 40 Pf. Edle Rändelner humoristische Postkarten à 100 St. 65 Pf. Doch humoristische Karten in großer Auswahl zu allen Preisen.

Was besonders empfohlen wir unsere allgemein beliebten Gratulationskarten-Sortimente, enthaltend 100 Stück sortierte Karten zum festlichen billigen Preise von 3 und 5 Pf. pro Sortiment. S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a (unweit der Ringstraße).

Pelzwaren, Hüte, Schirme.

Wendete den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 Pfg. Dresdenstr. 2. Otto Gerholdt, Ecke Stallgerstraße.

Uhren, Gold-, Silber-, Alfenidewaren

verkauft nur gute Fabrikate zu den bekannten billigen Preisen nahe dem H. Gottschalk, Admiralsstr. 37, Kottbuser Thor.

SINGER Nähmaschinen

für den Hausgebrauch, Kunstfiderel und industrielle Zwecke jeder Art. Ueber 14 Millionen

Neueste Erfindung Electricischer Kraft.

Diese Einrichtung, welche ebenso einfach wie praktisch und nicht an der Maschine angeschlossen ist, ermöglicht es überall, wo elektrisches Licht im Hause, durch einfache Einwirkung, die Maschine je nach Wunsch langsam oder bis zu 1000 Stiche pro Minute durch elektrische Kraft zu betreiben, oder auch dieselbe durch einen leichten Druck bei jedem gewöhnlichen Stich stillzustellen.

Weihnachtsgaben.

Die Singer Nähmaschinen verdienen Ihren Namen durch die vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle Fabrikate der Singer Co. auszeichnen.

Kostenfreie Unterrichtsreise auch in der modernen Kunstfiderel. Die Nähmaschinen der Singer Co. tragen am Arm derselben nebenstehende Fabrikmarke sowie in Goldschrift die volle Firma The Singer Manufacturing Co. und sind nur in unseren eigenen Geschäften erhältlich.

Singer Co. Act.-Ges.

W., Kronenstraße 11. Frühere Firma: G. Neldlinger.

Unserm Freunde und Genossen Karl Link zu seinem heutigen Weibesein ein dreifaches Hoch. 22806

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der Maler Paul Schneider

im 38. Lebensjahre nach langem Leiden am Mittwoch früh 3 Uhr sanft entschlafen ist. 22778

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Charitee aus statt. Die trauernde Mutter und Brüder, Aufschluß.

Lithographen, Stein-drucker u. Berufsgen.

Den Herren Kollegen die traurige Nachricht, daß am 9. d. M. unser werther Kollege, der Steinbruder Emil Martiny,

nach langer Krankheit gestorben ist. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 22786

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Linden aus nach dem Gammelskirchhof statt. Die Kollegen der Firma Otto Schaefer & Scheibe.

Todes-Anzeige.

Am 7. d. M. verschied nach kurzen aber schweren Leiden unser Sohn, Bruder und Schwager, der Sattler Karl Kulisch.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 2 Uhr nach dem Thomas-Nirchhof in Rixdorf. 22818

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am Dienstag, den 7. d. M. starb das Mitglied 22890

Karl Kulisch.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Bethanien aus nach dem Thomas-Nirchhof in Rixdorf statt. J. A. M. Dittberner.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme anlässlich der Beerdigung meines lieben Sohnes 22768

Robert Henzel sage hiermit namens der Hinterbliebenen allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie seinen werthen Kollegen und Kolleginnen den innigsten Dank. W. H. Hensel.

Mechanische Strumpfwirerei

Waarenhaus 35842 für Gelegenheitskäufe Herm. Treitel & Co., Berlin SO., Dresdenstr. 132. Wollwaren, Ankerstr., Wäsche, Korsetts, Schirme. Geschäftszeit 8-11 1/2 Uhr, u. 3-9 Uhr.

Möbel

vertieft gewesene und neue, Haueub billig, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 29172

Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Charlottenburg.

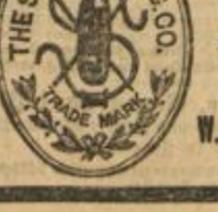
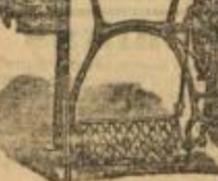
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der Maler Paul Schneider

im 38. Lebensjahre nach langem Leiden am Mittwoch früh 3 Uhr sanft entschlafen ist. 22778

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Charitee aus statt. Die trauernde Mutter und Brüder, Aufschluß.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Wöhltinger

Spezialarzt f. Haut u. Scharfleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.



Preisliste von Carl Stier



Fabrik
für 5239Q
Herren- und Knaben-Garderobe.
Oranienstr. 168.
Potsdam: Brandenburgerstrasse 23.

Zur **Winter-Saison**
empfehle meine durchweg **sauber gearbeiteten u. elegant sitzenden Fabrikate**

zu nachstehenden **billigen Preisen:**

A. Anzüge.

Jacket-Anzug von dunkel oder farbig meliertem Zwirn-Buckskin 1- oder 2-reihig	16.-
Jacket-Anzug von kräftigerem Zwirn-Buckskin	18.-
Jacket-Anzug von blau oder schwarzem Cheviot 1- oder 2-reihig	18.-
Jacket-Anzug von Zwirn-Buckskin, schöne, neue Muster, haltbar und solide	22.50
Jacket-Anzug von schwarz, braun oder blau Cheviot, eleganter Anzug	25.-
Jacket-Anzug von meliertem Diagonal-Cheviot, sehr halber Anzug	25.-
Jacket-Anzug von (J. Belour, hochmoderne Muster, haltbarer Stoff	25.-
Jacket-Anzug von schwarz oder blau Raummargen-Cheviot, mittelharter, eleganter Anzug	27.-
Jacket-Anzug von Diagonal-Raummargen 1- oder 2-reihig	27.-
Jacket- oder Rock-Anzug von Kochener Raummargen, eleganter Anzug	30.-
Jacket- oder Rock-Anzug von meliertem Raummargen, feiner Frauenabend-Anzug	33.-
Jacket- oder Rock-Anzug von Diagonal-Raummargen, Cheviot, feiner, eleganter Anzug	33.-
Jacket-Anzug von festem Diagonal-Cheviot in ganz neuen Farben, hochmodern	33.-
Jacket-Anzug von prima Cheviot, schwarz, braun oder blau, sehr haltbar und hochlegant	36.-
Jacket- oder Rock-Anzug von Raummargen, höchste Qualität	48.-, 45.-, 42.-
Jacket-Anzug von feinen deutschen und englischen Reueleten	50.-, 45.-, 42.-
Gehrock-Anzug von Diagonal-Raummargen, sehr eleg.	36.-
Gehrock-Anzug v. sehr feinem Kochener Raummargen	45.-
Gehrock-Anzug von f. Kochener Tuchraummargen, hochleganter Gesellschafts-Anzug	50.-

B. Hosen.

Hosen von gewirtem Stoff	1.75
Hose von Wollestin oder gewirtem Baumwollstoff	2.25
Hose von kräftigem, gewirtem Stoff, schöne gestreifte Muster	2.75
Hose von Zwirn-Buckskin	3.10
Hose von schwarzem Buckskin, gestreifte dunkle Muster	4.50
Hose von Zwirn-Buckskin, schöne gestreifte Muster, sehr haltbar	5.50
Hose von kräftigem Belour, hell oder dunkel	6.50
Hose von Belour, in schwerer Waare	8.00
Hose von Raummargen, Junit	5.50
Hose von gestreiftem Raummargen, sehr schöne Muster	8.50
Hose von Cheviot, in schönen melierten Farben	5.50
Hose von Kocher Zwirn-Buckskin, sehr u. haltbar	7.50 u.
Hose von Kochener Raummargen, schöne, dunkle Muster	8.50
Hose von Kottbuser Zwirn-Buckskin oder Cheviot, elegant, sehr feine Muster, solide im Tragen	15.00, 13.50, 12.00, 11.00, 10.50 bis
Hose von Kochener Raummargen, hochlegante Neuheiten	16.50, 15.00, 14.00, 13.50, 12.00 bis
Hose von schwarzem Satin, Tuch-Raummargen, Raummargen od. Buckskin	16.50, 15.00, 12.00, 10.50 bis

C. Knaben- und Burschen-Anzüge.

Knaben-Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren, in schönen, neuen Mustern, hell oder dunkle Farben	von 4.00 Mk. an
Knaben-Anzüge für das Alter von 7-12 J.	7.50
Jünglings-Anzüge	12.00
Einsegnungs-Anzüge in Satin, Raummargen, Cheviot etc.	30-12

Knaben- u. Jünglingsmäntel zu sehr billigen Preisen.
Die besten Preise sind an jedem Gegenstand deutlich angegeben. Handel ausgeschlossen.
In meiner Abtheilung für Mahausfertigung befindet sich ein außerordentlich reichhaltiges Stofflager mit allen Neuheiten ausgestattet.
Muster- und Mahausfertigung sende ich nach außerhalb und garantiere für tadellose Ausführung und eleganten Sitz.

Konkurs-Ausverkauf eleganter Herren-Garderobe.

Die zur Braunspar'schen Konkursmasse gehörig gewesenen Waarenbestände und andere werden am
198 Oranienstraße 198, Gegend Heinrichsplatz,
täglich von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends und Sonntags in den freigegebenen Geschäftsstunden.
zu festen Tagespreisen unter Leitung des Herrn **Bernhard Braunspar** ausverkauft.

Bitte Annonce einlesen!
Weltbekannt
durch unübertroffene Güte und Billigkeit sind die Fabrikate der
Stahlwaarenfabrik C. W. Gries, Solingen.
Die Firma versendet an die Feiler des "Vormüßig" franco zur Probe ein feines
Rastrmesser wie Zeichnung, mit schwarzem Heft, von feinstem Silberstahl geschmiedet, fertig
zum Gebrauch abgezogen.
Nr. 55. Extra fein hochgeschliffen p. St. N. L.70.
54. Feinstes Stahlgeld mit Goldbrud
verz. N. 6.20.
Richtigewünschtes
bitte durchzusehen.
ca. 2/3 nat. Größe.
Franko-Einsendung des Betrages oder Retoursendung innerhalb 10 Tagen.
Wohnort u. Poststation (lesterlich): Name u. Stand (recht deutlich):
Erste und älteste Fabrik am Platze, die direkt an Private versendet. Neueste
große Dreifach- mit Zeichnungen von sämtlichen Stahlwaaren und Haushaltungs-
Artikeln wird umsonst und franco versandt.

Für 10 Mark
liebere Stoff zu einem f. Herren-
Winterpaletot, für 5 M. liebere Stoff
zu einem kompletten Herrenanzug,
für 8-10 feinen, für 12 M. guten
Raummargenstoff oder Cheviot. Reste
zu Knabenanzügen sehr groß 2-3 M.
Man überzeuge sich
im Riesenstofflager
Oranienstr. 14, 1., fein Laden.

Räthsel der
ganzen
Welt!
Neu eingetroffen. Welcher
Herrenhut
hochelegant
fabelhaft! **2,30 Mk.**
nur
Gottmann
Gr. Frankfurterstr. 130.

Jede Uhr
reparieren und reinigen
kostet bei mir unter
Garantie d. Gutgebens
nur 1 Mark 50 Pf.
außer Bruch. Keine Reparaturen
billiger. Grobes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regula-
toren und Werke, alle Arten
Retten, sowie Brillen u. Plüsches.
Carl Lox, Uhrmacher.
35 Chaussee-Strasse 35.

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.
Größte Leistungsfähigkeit der Hutbranche.
Herren-Hüte, weich oder steif, von 1,75 an bis 3,50 M.
Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 M. an.
Hocheleganter Zylinder la. 7,50 M.
Blüschüte la. 5, 6, 7 M.
Letzte Neuheit „weicher Herrenhut“ in allen Farben p. St. 2,75 M.
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

M. Schulmeister,
Schneidermeister,
Berlin SO., Dresdenstr. 4. | **Schöneberg, Hauptstrasse 143,**
Schlafrocke in grösster Auswahl von Mk. **8,50-30,-**
Hohenzollern-Mäntel in grau, blau, schwarz **16-48,-**
Winterpaletots in guten Eskimos u. Krimmerstoffen . . . **14-40,-**
Loden- und Büffeljoppen, warm gefüttert **5,- an.**
Rock- und Jacket-Anzüge in Cheviot, Diagonal und
Tuchstoffen **16-40,-**
Knaben-Garderobe zu äusserst billigen Preisen.
Bestellungen nach Maass in besten Stoffen prompt u. billig.
Bitte genau auf die **Firma u. Hausnummer** zu achten.
Dresdenerstrasse 4 und Hauptstrasse 143
am Kottbuser Thor in Schöneberg.

Announce bitte einlesen!
Verschenken
kann ich zwar meine Waare nicht, aber um Jedermann von der Güte und Billigkeit
meiner Fabrikate zu überzeugen, verschicke ich **1 hochfeines Taschmesser**, wie
Zeichnung No. 475 mit 2 aus bestem Gussstahl geschmiedeten Klingen und Stahlkorkzieher,
echtem Perlmutterheft und Neusilberbeschlägen zum Preise von **Mk. 1,50.** - Passendes
Etui dazu 20 Pf. extra -
auf
8 Tage
zur Probe!
Besteller verpflichtet sich, den Betrag innerhalb obiger Zeit einzusenden, oder das Messer
zurückzuschicken.
Name (leserlich): Wohnort (deutlich):
An die Stahlwaarenfabrik von
A. Schnittert, Wald bei Solingen.
Meinen grossen Prachtkatalog mit ca. 500 Abbildungen von sämtlichen Stahlwaaren
und Haushaltungsgegenständen versende an Jedermann gratis und franco.
Briefmarken nehme in Zahlung.

Fast ungläublich!
Eine hochfeine Accorbbühler
mit 6 Manualen, 25 Saiten,
52 cm groß, f. poliert, herr-
licher Ton, in einer Stunde
erlernbar, die sonst überall
12 und 15 Mark kostet, liefert
ich für
nur M. 7,50
nebst Schute, mit neuesten
Saiten, Notenpult, Schüssel,
Ring, Karton u. Verpackung.
Biete 50 Pf. Jeder Käufer
wird küssen und lasse ich nie-
mand diese Gelegenheit ent-
gehen. Versand pr. Nachnahme
ohne Risiko; nicht conv. Be-
trag sofort zurück. Großes
Musik- u. Instrumenten-
Werkzeug- u. Musikhaus
V. Schmitt,
Hörscheid-Solingen 53.
Sie sehr erkannt über den
so billigen Preis der Zither.
Klammulatorfabrik A. Zapp,
Hagen i. W. 37702
Gabe mich sehr gewunderi,
wie es möglich ist, diese Zither
für M. 7,50 zu liefern; hier
lassen sie überall 15 M.
A. Morgenstern, Dresden-A.

Belzwaren
Ruffen, Kragen, Barets, Herrentragen,
Mützen, lassen Sie nur bei Käufener
J. Streblow, seit 20 Jahren,
im Bräuerstr. 15a.
Herren-Hüte in allen Farben und
Größen 2,40 Mark. 35782

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte enorm billig,
verkauft aus der Fabrik
im Rouvair 29692
nur Garni-Strasse 4/5,
Sonntags geöffnet.

100000 Harmonikas
mit meiner selbst erfundenen, garantiert unübertroffenen Spirals-
Gitarre-Resonanz habe ich bereits seit langer Zeit verkauft.
Nicht eine einzige Reklamation wegen Brechen oder Zahm-
werden meiner neuen Taschenharmonika ist in dieser Zeit ein-
gegangen. Diese Harmonika ist in veredeltem Eisen
patentirt.
in Deutschland unter D. R. G. Nr. 47492 geschüt-
zt.
für nur 5 Mark!
wegen der unübertroffenen, besonders Spezialität, eine
elegante Concert-Zug-Harmonika, mit einer
herausragenden Resonanz, die durch die Spirals-
resonanz und abwechselnden Klappen, 10 Zähler,
40 breite Stimmen, 2 Böse, 2 Register, brillante Klappen-
beschläge, offene Mittel-Klappen, mit einem breiten
Vielstimm-Saiten, gutem, hartem Holz mit 2 Doppel-
bösen, 2 Zählern, fortw. Holzschlag mit Metall-
resonanz, ist ein voll- u. herrliches Instrument und selbst
erfindungswürdig. Dieses Instrument mit
harmonischem Klappenpiel nur 50 Pf. mehr.
Hier zu beziehen durch den Erfinder
Heinr. Suhr, Neuenrade i. W.
Nachweislich ältester und grösster Harmonika-
verfabrik in Neuenrade.

Künstl. Zähne 1,50 M.
F. Nahrstedt
40/41. Wrangelstr. 40/41.
Kleiderstoffe, reichhaltige Auswahl in
den neuesten Mustern.
Ganz besonders mache ich auf den Artikel
Wühlhanfer Warp auf-
merksam.
Gardinen, Tisch- u. Steppdecken, Teppiche, Portiären,
fertige Betten sowie Bettfedern in allen Preislagen.
Ganze Wäsche-Ausstattungen in sauberer Aus-
führung.
Wollene Westen und Tricotagen.
Arbeitsanzüge für Mechaniker, Bildhauer, Maler, sowie für jeden
Beruf pass.; auch nach Maß ohne Preiszuschlag.
Regenschirme und Herren-Gravatten.